

Verurteilt zum Tode durch Erschießen

Opfer des Stalinismus aus Sachsen-Anhalt,
1950 - 1953

Jörg Rudolph, Frank Drauschke und
Alexander Sachse

Die Grundlage dieses Bandes zu Sachsen-Anhalt bilden die Ergebnisse der Recherchen des gemeinsamen Forschungsprojektes von Memorial International Moskau, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin und Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin, die im Jahr 2005 unter folgendem Titel veröffentlicht wurden:

Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky (Hrsg.): „Erschossen in Moskau ...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2005.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Landesbeauftragter für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
in Sachsen-Anhalt
Klewitzstraße 4
39112 Magdeburg

2006

Layout und Druck: Garloff Media GmbH

ISBN-10:

ISBN-13:

Inhalt

	Seite
Vorwort	5
Todesurteile durch Sowjetische Militärtribunale in der DDR	7
Biografien der Opfer aus Sachsen-Anhalt	86
Auszug aus dem Artikel 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 22. November 1926	114
Literatur und Abkürzungsverzeichnis	116
Kontaktadressen	118

Vorwort

Als die Gruppe Ulbricht am 30. April 1945 in Bruchmühle bei Berlin im Stab des sowjetischen Generals Schukow eintraf, um die „Sowjetisierung“ der Sowjetischen Besatzungszone vorzubereiten, hatte die Rote Armee den Osten des Deutschen Reiches bis zur topografischen Grenzlinie „Elbe“ fast vollständig besetzt.

Auf ihrem Weg an die Elbe folgten der Roten Armee die Sicherheitstruppen des NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten). Als politische Polizei hatten diese streng militärisch organisierten Einheiten die Aufgabe, die Zivilverwaltung in den sowjetisch besetzten Gebieten nach sowjetischem Vorbild aufzubauen. Die Hauptaufgabe bestand in der „Säuberung“ der Bevölkerung von angeblichen und wirklichen „nazistischen Elementen“ sowie von Gegnern des neuen Systems.

In einer ersten „Säuberungswelle“ von 1945 bis 1950 wurden wirkliche und vermeintliche ehemalige kleine Nazis in Internierungslagern dem Verhungern preisgegeben. Dazu kamen schnell diejenigen, die sich den Aufbau der neuen Gesellschaft anders vorgestellt hatten, bis hin zu denjenigen, die als vermeintliche Spione und Werwölfe dem Verfolgungswahn Stalins zum Opfer fielen.

Mit Gründung der DDR im Herbst 1949 war der Aufbau eines deutschen „Staatssicherheitsdienstes“ soweit gediehen, dass sich die sowjetische Besatzungsmacht nicht mehr mit der Kleinarbeit beim Aufspüren von widerständigen oder anders auffälligen Bürgern der DDR abgeben musste. Dank des im Februar 1950 gegründeten Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hatte der von NKWD in MGB (russische Abkürzung von MfS) umbenannte sowjetische Geheimdienst nun einen Verbündeten, der viel weiter in die Wurzeln der Gesellschaft hineinwirken konnte.

Diese Helferfunktion übte das MfS mit großer Gründlichkeit aus. Nach den Maßstäben der stalinistischen „Säuberung“ des Volkes von „feindlichen Elementen“ kam es zu willkürlichen Verhaftungen und je nach „Schwere“ der „Vergehen gegen das Besatzungsregime und konterrevolutionären Verbrechen“ zu Überstellungen an den MGB zur weiteren Aburteilung durch Sowjetische Militärtribunale (SMT). Diese verurteilten jene Bürger unter Missachtung der inzwischen erlangten staatlichen Souveränität der DDR nach Paragraphen des sowjetrussischen Strafgesetzbuches, verschleppten sie in die Sowjetunion und ließen sie dort je nach „Schwere“ des Vergehens gegen Gesetze der Sowjetunion hinrichten oder in Zwangsarbeitslagern arbeiten.

Das hier vorliegende kleine Kompendium zeigt anhand vieler Biografien von Bürgern aus dem damaligen Sachsen-Anhalt, wie nach Verhaftung durch das MfS die Aburteilung durch die sowjetischen Militärtribunale und der Vollzug der Todesstrafe in der Sowjetunion erfolgte. Gleichzeitig werden die Gründe für die Verhaftung und die Verurteilung zum Tode, die Verschleppung in die Sowjetunion und der Hergang von Hinrichtung und heimlichem Verscharren der Asche nachgewiesen. Schließlich wird auch die perfide Vertuschung durch den Staatssicherheitsdienst und die Behörden der DDR beschrieben.

Die Broschüre dokumentiert in einer erschütternden Art und Weise die Kontinuität des staatlichen Terrors in der DDR, der sich mit dem Verschweigen der beschriebenen Menschenrechtsverletzungen bis zum Ende der DDR fortsetzte.

Sie dokumentiert damit auch, dass das stalinistische System angefangen vom Politbüro bis hin zum Parteisekretär bis zum Ende der SED-Diktatur aufrechterhalten wurde, ohne dass in vierzig Jahren jemals die hier geschilderte Praxis von Verhaftungen und Verurteilungen in Frage gestellt worden wäre.

Ich wünsche der gut recherchierten und übersichtlich zusammengestellten Broschüre, dass sie ein wichtiger Bestandteil beim Bewahren unserer Demokratie wird und das Entstehen jedweder Diktatur-Elemente in der Zukunft verhindern hilft. Insbesondere wünsche ich mir, dass das hier beschriebene Wissen jeder heranwachsenden Generation wieder neu vermittelt und in die Schulbildung eingebunden wird.

Gerhard Ruden
Landesbeauftragter

Magdeburg, November 2006

Todesurteile

durch Sowjetische Militärtribunale

in Sachsen-Anhalt

„Als wir aber dann durch Klopfzeichen von Zelle zu Zelle in Erfahrung bringen, dass der und der zu 25 Jahren, oder aber zum Tode, oder zu 2 und 3 mal 25 Jahren vor dem Militärtribunal im Gefängnis verurteilt worden sei, da wird es verflucht ernst. ...“

*Erinnerung eines unbekannten Heimkehrers
(Quelle: DRK-Suchdienst München, Lagerarchiv)*

Abschied ohne Wiederkehr

Am 16. November 1950 erscheint im Haus des Mathematikers Dr. Helmut Sonnenschein in Naumburg/Saale ein Mann, der sich als Mitarbeiter des Wohnungsamts der Stadt vorstellt. Es sollen neuerliche Einquartierungen vorgenommen werden, jedoch ist die Aufnahme weiterer Bewohner im Haus aus Platzgründen gar nicht mehr möglich. Dr. Sonnenschein protestiert gegen diese Entscheidung, worauf ihn der Mann vom Wohnungsamt auffordert, ihm „zur Klärung des Sachverhalts“ aufs Amt zu folgen. Doch dort kommt Dr. Sonnenschein nie an. Seine hochschwangere Frau Hildegard und seine zwei Kinder bleiben ohne jede Nachricht zurück und werden ihn nie wieder sehen. Ein „Greifkommando“ des DDR-Geheimdienstes nimmt ihn, vermutlich noch vor dem Haus der Familie, fest und überstellt ihn an den sowjetischen Geheimdienst MGB.



Dr. Helmut und Hildegard Sonnenschein in Berlin, um 1949

(Quelle: Privat)

Helmut Sonnenschein, Sohn eines Landmaschinenfabrikanten, 1906 in Leipzig geboren, studierte von 1925 bis 1934 an der Leipziger Universität Mathematik, Physik und Astronomie und promovierte 1935 an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Philosophischen Fakultät. Seine spätere Frau lernte er ebenfalls hier kennen. Als Nationalkonservativem blieb ihm im Dritten Reich eine erfolgreiche akademische Laufbahn verwehrt, unter anderem auch, weil er sich in der Dissertationsschrift bei seinen seit 1933 als Juden verfeimten akademischen Lehrern Léon Lichtenstein und Friedrich Levi aufrichtig bedankte. Lichtenstein, dem Sonnenschein freundschaftlich verbunden war, starb im August 1933 unter nicht geklärten Umständen, Levi gelang die Flucht nach Indien.

Sonnenschein wurde 1936 als Regierungsbaurat beim Heereswaffenamt der Wehrmacht angestellt und trat 1938 als nominelles Mitglied der NSDAP bei. Als Mathematiker war Dr. Sonnenschein an der Lösung ballistischer Probleme im Rahmen von geheimen Entwicklungen des Heeres beteiligt. Er wurde als Versuchsdienstleiter auf dem Schießplatz Hillersleben eingesetzt. Anschließend diente Dr. Sonnenschein drei Jahre lang

als Batteriekommandeur an der Front, übernahm einen Lehrauftrag an einer Unteroffiziersschule und hatte ab 1944 als kommandierender Oberleutnant einer V-Waffen-Batterie mit der legendären „Wunderwaffe“ zu tun, die den Ausgang des Krieges zugunsten des Dritten Reiches hätte entscheiden sollen. Bei Kriegsende geriet Sonnenschein in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde.

Nach verschiedenen Bewerbungen fand Dr. Sonnenschein Ende September 1947 eine Anstellung im geheimen Wissenschaftlich-Technischen Büro „Geräte“ des sowjetischen Luftfahrtministeriums bei der SMAD in Berlin-Karlshorst, Gregoroviusweg 12. Weder seine Vergangenheit als Heeresoffizier noch die amerikanische Kriegsgefangenschaft oder seine NSDAP-Mitgliedschaft stellten für die Besatzungsmacht ein Einstellungshindernis dar.

Bis zur Liquidation des Geheimbetriebes im März 1948 führten hier deutsche Spezialisten unter Anleitung sowjetischer Offiziere für die Rote Armee Entwicklungen aus requirierten Rüstungsfirmen des Reiches in den Bereichen Luft- und Raumfahrttechnik fort. Sonnenschein, stellvertretender Leiter des Büros „Geräte“, wickelte ab Anfang 1948 die Einrichtung personell ab. Durch seinen Einsatz gelangten viele ehemalige Kollegen und Mitarbeiterinnen zu neuen Anstellungen in der Industrie oder in einer der vielen Verwaltungen der vier Besatzungszonen. Anders als sein ehemaliger Chef oder andere Mitarbeiter wechselte Sonnenschein aber nicht zu den westlichen Alliierten. Nach einer kurzen Arbeitsphase im „Sowjetischen Ingenieur-Büro Nr. 2“ in Berlin-Niederschönhausen und in den Leunawerken fand er eine Anstellung als Physiker und Versuchingenieur bei der Agfa Filmfabrik Wolfen – als SAG Photoplenka seit 1945 unter sowjetischer Verwaltung – wo er bis zu seiner Verhaftung tätig war.



Reisebescheinigung vom Wissenschaftlich-Technischen Büro „Geräte“ für Dr. Helmut Sonnenschein vom 25. September 1947
(Quelle: Privat)

Jahrzehntelang erhielt Hildegard Sonnenschein auf vielfache Vermisstenanzeigen, Anfragen und Gesuche bei den verschiedensten Behörden – so beispielsweise beim Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, und dem Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser – zum Verbleib ihres Ehemanns abgesehen von vertröstenden Zwischennachrichten keinerlei Antwort. Auskünfte ehemaliger Häftlinge beim Suchdienst vom DRK nährten über lange Jahre in der Familie die Hoffnung, Sonnenschein könnte als Spezialist in einem der sogenannten „Schweigelager“ im Fernen Osten der UdSSR die Haftjahre überleben. Nach ihrer Rückkehr aus sowjetischen Straflagern 1955 berichteten Heimkehrer, dass der Häftling Sonnenschein im sogenannten „U-Boot“, dem berüchtigten MGB-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen, gefoltert worden war. Sie berichteten auch vom Militärstrafverfahren des MGB gegen ihn im ehemaligen Amtsgerichtsgefängnis Berlin-Lichtenberg, oder bezeugten, dass man Dr. Sonnenschein in verschiedenen Lagern der UdSSR gesehen habe. Nach langem Schweigen erteilte das Exekutivkomitee der Allianz der sowjetischen Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond Moskau (RKM) dem DRK-Suchdienst München auf seine Anfrage vom August 1978 hin ebenfalls eine negative Nachricht über den Verbleib des Mathematikers.

Eine amtliche Todesnachricht aus der UdSSR ging bis zur politischen Wende in Osteuropa bei der Familie Sonnenschein nicht ein. Erst im April 1990, nach dem Einschalten des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl und nach Petitionen an den Generalsekretär des ZK der KPdSU Michael S. Gorbatschow, erfuhr Frau Sonnenschein, dass ihr Mann als „Spion des US-Geheimdienstes“ vom Sowjetischen Militärtribunal Nr. 48240, damals das höchste Militärgericht der Besatzungsmacht in der DDR, am 26. April 1951 wegen angeblicher „Spionage für den britischen und amerikanischen Geheimdienst“ nach Artikel 58 des Strafgesetzbuches der russischen Sowjetrepublik zum Tode durch Erschießen verurteilt worden war. In den umfangreichen MfS-Unterlagen entdeckte die Familie nach der politischen Wende den Denunziationsbrief eines vermeintlichen Freundes an Minister Zaisser vom Juli 1950, der mutmaßlich zur Verhaftung von Dr. Helmut Sonnenschein geführt hatte.

Auch wenn im Jahr 2006 längst noch nicht alle Fragen zum Schicksal von Dr. Sonnenschein beantwortet werden können, gelang es den Autoren des Bandes „Erschossen in Moskau ...“¹ durch umfangreiche Recherchen in den letzten beiden Jahren neue Informationen zum Fall des Mathematikers zu ermitteln: So lehnte das Präsidium des Obersten Sowjets das Gnadengesuch des Mathematikers im Protokoll vom 30. Juni 1951 ab. Die Hauskommandantur des Sowjetischen Geheimdienstes (MGB) vollstreckte das Todesurteil wenige Tage später, am 4. Juli 1951, im Moskauer Gefängnis Butyrka. Das MGB-Kommando erschoss in derselben Nacht mit ihm zusammen weitere neun Männer und eine Frau aus Deutschland. Am 22. März 1994 rehabilitierte die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation Dr. Helmut Sonnenschein.

Wie schwierig die Recherchen für das Erinnerungsbuch waren, lässt sich angesichts der Tatsachen ermesen, dass eine Reihe von Nachrichten durch den Geheimdienst systematisch gefälscht wurden und viele Akten noch immer als geheim eingestuft werden und damit den Familien und Forschern verschlossen bleiben.

Im vereinten Deutschland hatte man bis Ende der 1990er Jahre nur geringe Kenntnisse über die Todesurteile der sowjetischen Militärjustiz in der SBZ/DDR. Nach einer Aktennotiz der Rechtsschutzstelle der Bundesrepublik vom September 1959 sei im Jahre 1951 „kein Todesurteil, das ausgesprochen wurde, vollstreckt“ worden. Wie neueste Forschungen belegen, war dies eine klare Fehleinschätzung. Allein im Jahr 1951 vollstreckte das MGB in den Kellern des Butyrka-Gefängnisses 441 Todesurteile gegen deutsche Staatsbürger aus Ost- und Westdeutschland. Insgesamt wurden zwischen April 1950 und Dezember 1953 923 Deutsche in Moskau hingerichtet, vier der zum Tode Verurteilten starben kurz vor ihrer Hinrichtung. Ihre Leichname wurden verbrannt und ihre Asche fand auf dem Moskauer Friedhof Donskoje die letzte Ruhestätte. Nach Angaben der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial International Moskau wurden in dieser Zeit insgesamt 1.438 Menschen in Moskau erschossen – zwei Drittel von ihnen waren Deutsche.

Im Folgenden sollen die Hintergründe des Schicksals dieser fast 1.000 Menschen dargestellt werden.

¹ Die Grundlage dieser Publikation für Sachsen-Anhalt bilden die Ergebnisse der Recherchen des gemeinsamen Forschungsprojektes von Memorial International Moskau, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin und Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin, die im Jahr 2005 unter dem Titel: „Erschossen in Moskau ...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, herausgegeben von Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky, Berlin 2005 veröffentlicht wurden.

Widerstand in der DDR –

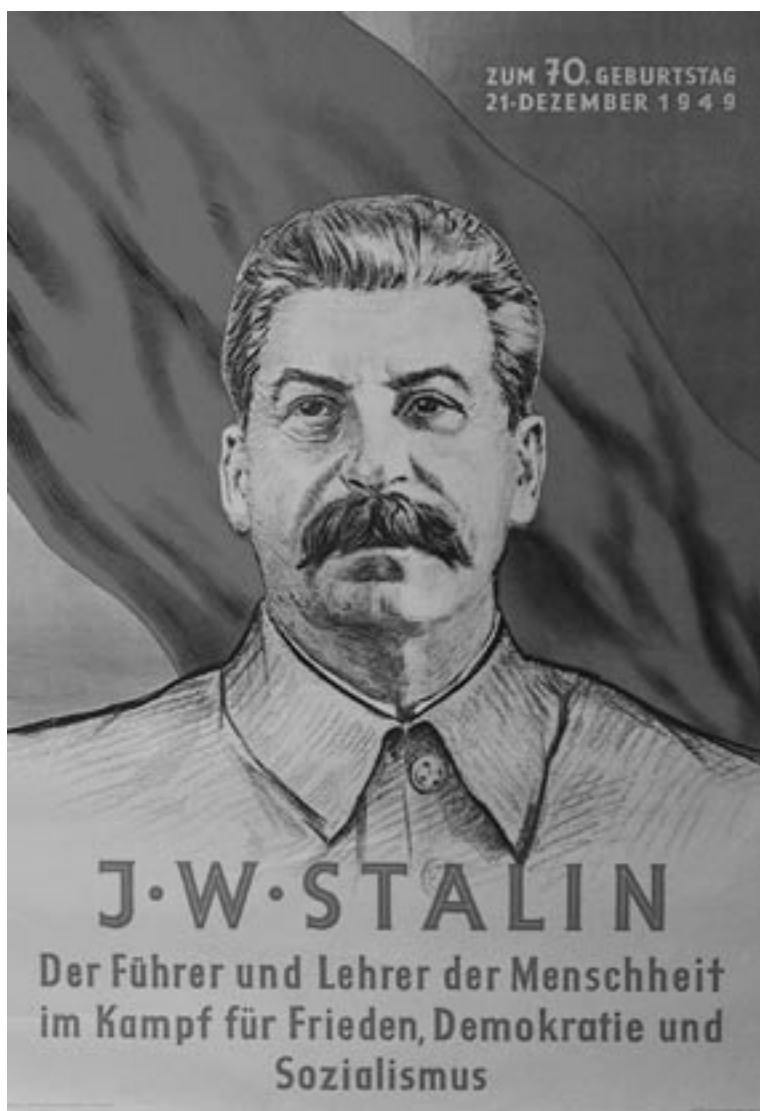
Ursachen, Organisation und Wirkung

Am Ende des Zweiten Weltkriegs teilten die vier alliierten Siegermächte – Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA – Deutschland und Berlin in Besatzungszonen auf, wie in den Konferenzen von Jalta, Potsdam und London vereinbart. Amerikanische Truppen zogen sich Anfang Juli 1945 aus den während der Kampfhandlungen besetzten Gebieten in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg sowie der Provinz Sachsen und Anhalt hinter die zuvor vereinbarte Demarkationslinie zurück. Zwischen dem 2. und 4. Juli 1945 marschierte die Rote Armee in die von den US-Streitkräften geräumten Gebiete des späteren Landes Sachsen-Anhalt ein. Die deutsche Bevölkerung war von nun an mit dem Besatzungsregime sowjetischer Prägung konfrontiert.

Bereits 1946 zerfiel die Allianz der Sieger, der Kalte Krieg begann. Die Sowjetunion und die USA stritten von nun an um die Vorherrschaft in der Welt. Das besetzte Deutschland wurde, geteilt durch den „Eisernen Vorhang“, zum Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen beiden Gesellschaftssystemen und damit auch zum Schlachtfeld verfeindeter Geheimdienste. Während die drei Westmächte die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum 23. Mai 1949 betrieben, entstand unter sowjetischer Regie in Ostdeutschland am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR), in der die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) unter Walter Ulbricht den Führungsanspruch der kommunistischen Bewegung mit allen Mitteln durchsetzte.

Der von der Besatzungsmacht eingeleitete und von der SED durchgesetzte Kurs gesellschaftlicher Veränderungen griff tief in die traditionellen Eigentumsstrukturen der Bevölkerung ein. Verloren Hersteller von Rüstungsgütern ihre Firmen bereits in den Jahren 1945/1946, kam es in den Folgejahren zu einer breiten Enteignung von Unternehmern aller Branchen. Im Rahmen einer Bodenreform enteignete die SBZ seit dem Sommer 1945 Landwirte, die über Nutzflächen von mehr als 100 ha verfügten.

Mit Hilfe unternehmerfeindlicher Rohstoffbewirtschaftung und Steuerpolitik richtete das DDR-Regime in den ersten Jahren seiner Macht absichtsvoll zahllose Kleinunternehmen in Handel und Gewerbe zu Grunde. Die so enteigneten Geschäfte, Gaststätten und kleineren Produktionsbetriebe wurden in die staatliche Handelsorganisation (HO), die kommunalen Wirtschaftsbetriebe (KWU) oder in Konsumgenossenschaften eingereiht. Traditionelle Handelsbeziehungen zwischen ost- und westdeutschen



*Der Personenkult um Josef Stalin erreichte zu dessen 70. Geburtstag in der DDR einen neuen Höhepunkt, 1949.
(Quelle: MfS-Museum Berlin-Lichtenberg)*

Gebieten wurden mittels administrativer Vorgaben unterbrochen.

Der Verlust der Lebensgrundlage, die Vielzahl antidemokratischer Eingriffe auf politischer Ebene, der eingeleitete Strukturwandel an den Universitäten und die staatlich sanktionierte Anfeindung kirchlicher Arbeit ließen unter der Bevölkerung den Unwillen gegen das Regime wachsen, das sich mit der allgegenwärtigen Präsenz der sowjetischen Besatzungsarmee und durch eine eigene Geheimpolizei die Macht sicherte.

Die von der SED und ihren Massenorganisationen propagierte deutsch-sowjetische Freundschaft fand angesichts von Übergriffen durch Sowjetsoldaten auf die Zivilbevölkerung oder des bis dahin ungeklärten Schicksals deutscher Kriegsgefangener sowie einer Vielzahl politischer Häftlinge in den „Speziallagern“ wenig Zuspruch in der Bevölkerung. Mitglieder zugelassener demokratischer Parteien wehrten sich seit Ende der 1940er Jahre gegen ihre Vereinnahmung durch die SED-Politik über die Wahlplattform „Nationale Front“. Kurzzeitig gewährte politische Freiheiten hatten zu offenen Niederlagen für die SED geführt: Bei den Gemeindewahlen im Herbst 1946 war der Herrschaftsanspruch der kommunistischen Partei in Frage gestellt worden, ihre Kandidaten hatten massive Wahlniederlagen hinnehmen müssen.

Zudem erwuchs in den westlichen Besatzungszonen ein offenkundig erfolgreicherer Gegenentwurf zum sowjetisch geprägten Wirtschaftssystem in Ostdeutschland. In Westdeutschland nahmen die Bürger, unter ihnen eine Vielzahl von Kriegs- und SBZ/DDR-Flüchtlingen, zunehmend am wirtschaftlichen Erfolg des aufstrebenden Landes teil. Ausgelöst durch die Währungsreform vom 20. Juni 1948, die Integration in den westeuropäischen Wirtschaftsraum und dank großzügiger Wiederaufbaukredite, vor allem aus dem Marshall-Plan, gelang in Westdeutschland eine schnelle Beseitigung der Kriegsschäden sowie eine umfassende Modernisierung der Wirtschaft.

Wollten Ostdeutsche an diesem Wirtschaftserfolg teilhaben, mussten sie illegale Wege beschreiten, wofür ihnen drakonische Strafen drohten. So zwangen unterschiedliche Währungen zum illegalen Transfer von Geldbeträgen. Der Besitz von westlichen Waren über willkürlich festgesetzte Höchstmengen hinaus galt in der SBZ/DDR als verfolgungswürdiges „Wirtschaftsverbrechen“. Reisen ohne den „Interzonenpass“² in benach-

² Nur mit einem solchen Pass war die Aus- und Einreise für Ost- und Westdeutsche in die DDR möglich, erst im September 1953 zog sich die Sowjetische Kontrollkommission aus dem Genehmigungsverfahren in der DDR zurück. Eine Ausnahme bildete Berlin: In der Stadt verfügten die Bewohner und Gäste bis zum Mauerbau 1961 über die Freizügigkeit eines kleinen Grenzverkehrs, obgleich schikanöse Kontrollen an Übergangsstellen und im Bahnverkehr üblich waren.

barte Gebiete waren nur als illegale Grenzgänge über eine zunehmend strenger bewachte Demarkationslinie möglich. An ein auf Dauer geteiltes Deutschland wollte der Großteil der Bevölkerung damals jedoch nicht glauben.

All diese äußeren Umstände führten viele Menschen, sofern sie nicht in den Westen flohen und von hier aus aktiv gegen das SED-Regime wirkten, in den Kreis von Widerstandsgruppen.

Jugend in Opposition

Eine Vielzahl von Oberschülern, Lehrlingen oder Studenten versuchte sich der Vereinnahmung durch kommunistische Massenorganisationen, allen voran die Freie Deutsche Jugend (FDJ) unter Erich Honecker, zu entziehen und vertrat nonkonforme Auffassungen von Freizeitvergnügungen und politischer Machtbeteiligung. Bemühungen der zugelassenen Parteien LDP(D) und CDU, aber auch der Kirchen, eigenständige Jugendorganisationen zu bilden, wurden in der SBZ/DDR massiv verfolgt. In Schulen und Universitäten wurden die Jugendlichen mit dem politischen Versagen ihrer Eltern und Großeltern während des Dritten Reiches konfrontiert. Nicht wenige von ihnen zogen deutliche Parallelen zwischen den Diktaturen von NSDAP und SED und lehnten sich gegen das neu errichtete Regime einer Einparteiherrschaft auf. Politisch interessierte Jugendliche schlossen sich zu informellen Zirkeln zusammen und suchten den Kontakt zu DDR-kritischen Organisationen und westdeutschen Medien, um auf diesem Weg an Informationsmaterial oder an logistische Hilfe für ihre Widerstandsaktionen zu gelangen. Diese Jugendlichen kritisierten zunehmend offen, unter anderem in Flugblattaktionen, die Lebensbedingungen in der DDR oder wiesen auf Defizite in Politik und Wirtschaft hin, so zum Beispiel auf die sich anbahnende Verfälschung der Wahlen zur DDR-Volkskammer im Herbst 1950.

Auf Grund von Westkontakten, in Folge offener Aktionen oder häufig auch durch Denunziationen gerieten diese Jugendlichen ins Visier der DDR-Behörden oder der Besatzungsmacht. Unter den Verurteilten der Sowjetischen Militärtribunale war der Anteil der Jugendlichen besonders hoch: allein zwischen 1950 und 1953 erschoss der sowjetische Geheimdienst in Moskau 293 Deutsche der Jahrgänge 1925 bis 1933.



Protokoll zur Übergabe von Heinz Torgau durch das „Untersuchungsorgan“ im MfS (Abt. IX) an die SKK (= MGB) vom 24. Oktober 1950.
(Quelle: BStU Außenstelle Halle/Saale)

Am 1. Oktober 1950 wird der Schriftsetzerlehrling Heinz Torgau, geboren 1932, nach einer Gepäck- und Personenkontrolle beim Verlassen des Bahnhofs Merseburg durch die Transportpolizei verhaftet, weil man bei ihm Pakete mit Flugschriften der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) sowie Westzeitungen findet. Er sollte diese illegalen Schriften am folgenden Sonntag in Leuna einer ihm unbekannten Frau übergeben. Torgau wird noch am gleichen Tag in die Untersuchungshaftanstalt Halle/Saale, „Roter Ochse“, überführt. Der Buchdruckerlehrling der Gutenberg-Druckerei in Merseburg, Am Entenplan, soll, so dessen Aussagen bei den Ermittlungsorganen der MfS-Länderverwaltung, seit Mai 1950 Kontakte zur KgU und zur Redaktion der in der amerikanischen Besatzungszone herausgegebenen „Die Neue Zeitung“ sowie nach Auskunft eines Mithäftlings zum Rundfunksender RIAS in West-

Berlin gehabt haben. Torgau – seit 1949 Mitglied der NDPD und dort in seiner Heimatstadt Bad Dürrenberg als Kassierer tätig – war an Flugblattaktionen im Stadtgebiet von Halle/Saale beteiligt und hatte „Die neue Zeitung“ in seiner Heimat verteilt.

Ende Oktober 1950 überstellt das MfS den Häftling aus Block A Zelle 41 an das MGB, nachdem bereits eine durch das MfS formulierte Anklageschrift beim Landgericht Halle/Saale eingereicht worden war. Zu einem Verfahren kommt es nicht mehr.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Heinz Torgau am 1. Februar 1951 in Halle/Saale wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Agitation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 13. April 1951 ab. Das Todesurteil wird am 18. April 1951 in Moskau vollstreckt. Russische Militärstaatsanwälte rehabilitieren ihn am 15. Januar 1999.

Auch Schüler und Studenten, die versuchten, sich ihre Ausbildungsstätte frei zu wählen und sich damit dem staatlichen Lenkungssystem in der DDR entzogen, wurden durch die SED verfolgt. Besonderer Verfolgung durch VP- oder MfS-Angehörige sahen sich Studenten aus der SBZ/DDR ausgesetzt, wenn sie an der Freien Universität (FU) oder der Hochschule für Politik in West-Berlin immatrikuliert waren und sich bei Kontrollen mit dort ausgestellten Papieren legitimierten. Beide West-Berliner Einrichtungen profitierten in ihren Anfangsjahren von der besonderen Zuwendung der amerikanischen Kommandantur und nordamerikanischer Stiftungen. Eine Förderung, die den Ost-Berliner Machthabern als Beleg für die Unterwanderung der beiden Hochschulen durch US-Geheimdienste galt und deren Studenten als potentielle Agenten erscheinen ließ. Den Studenten wurde von Seiten der Hochschule empfohlen, die „Zone“ zu meiden, jedoch nahmen einige von ihnen diese Warnung nicht ernst genug und zahlten dafür einen hohen Preis: Bis heute ist die Zahl der verurteilten Studenten unbekannt.

Zu den zehn bisher bekannten FU-Studenten, die in Moskau hingerichtet wurden, gehört auch Karl-Heinz Wille aus Weferlingen, Kreis Gardelegen, nahe der Demarkationslinie.

Wille stammt aus einer Gastwirtsfamilie. Sein Vater führt seit 1925 das Parteilokal der SPD in Weferlingen, das 1943 auf Betreiben der NSDAP zwangsweise geschlossen werden muss. Karl-Heinz Wille, Jahrgang 1923, setzt nach dem Krieg sein bereits 1944 in Halle/Saale begonnenes Studium zunächst an der Technischen Fachschule für Handwerk in Berlin-Wilmersdorf fort, mit dem Ziel

Bauingenieur zu werden. Seinen Wunsch Tiermedizin in der SBZ/DDR zu studieren gibt Wille auf, nachdem ihm der Studienplatz verweigert wird. Im November 1948 wechselt er an die Freie Universität. Hier besucht der FU-Student der Volkswirtschaft Seminare an der juristischen und der volkswirtschaftlichen Fakultät.

In der Nacht vom 10. auf den 11. März 1951 wird Wille während eines Wochenendbesuches im elterlichen Hotelbetrieb in Weferlingen durch die Kriminalpolizei zu einem Verhör abgeholt. Das MfS ermittelt gegen ihn im Zusammenhang mit einer Widerstandsgruppe um Gerhard Britz.

Seine Eltern verwenden sich für ihn und verweisen auf ihren Widerstand gegen das Naziregime, doch ohne Erfolg. Das SMT Nr. 48240 verurteilt Wille zusammen mit Gerhard Britz und Willibald Riemann am 21. Februar 1952 in Berlin-Lichtenberg wegen angeblicher Spionage, antisowjetischer Propaganda und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnädengesuch am 16. Juni 1952 ab, zehn Tage später wird das Urteil in Moskau vollstreckt.

Karl Kitzmann, Weferlingen,
Bahnhofstrasse 1

Weferlingen, den 21.9.1946

Bescheinigung

Herrn Karl Heinz Wille, Weferlingen, Magdeburgerstrasse Nr.1 bescheinige ich, daß er im Monat März 1946 und auch einige Wochen später wiederholt von der G.P.U. aufgefordert worden ist, für Sowjetrussland Agentendienst zu tun. Ich selbst sollte ihn damals, als Leiter der Weferlinger Stadtpolizei, dazu überreden. Herr Wille weigerte sich jedoch immer und ich hatte es also nicht nötig ihn von diesem gefährlichen Vorhaben abzuraten. Da Weferlingen unmittelbar an der Grenze liegt, sollte Herr [Wille] ungehindert die Grenze passieren können und dann den russischen Dienststellen Berichte über die Westzone zusenden. Diese Bescheinigung habe ich Herrn Wille nur unter der Bedingung ausgehändigt, dass niemals eine russische Dienststelle davon Kenntnis erhalten wird, sondern sie nur für die Freie Universität Berlin benötigt wird.

Unterschrift
(Karl Kitzmann)

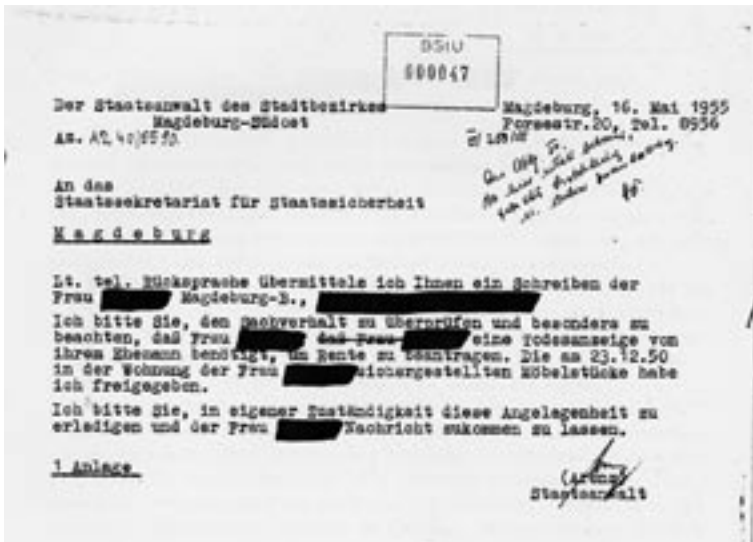
Vertrauliche Mitteilung über die politische Verfolgung von Karl-Heinz Wille durch die Ortspolizei Weferlingen für ein Studium in West-Berlin vom 21. September 1946.
(Quelle: Universitätsarchiv FU Berlin)

Widerstand in der Staatspartei

Auch Menschen, die anfänglich den Aufbau der DDR zu einem sozialistischen Staat unterstützten, konnten in Opposition zum DDR-Regime geraten oder den internen Säuberungen der Partei zum Opfer fallen. Hierzu zählten Mitglieder des SED-Parteiapparates, Parlamentarier oder Angehörige der Volkspolizei, die angesichts der sich herausbildenden Parteidiktatur zunehmend in Distanz zum kommunistischen System gerieten. Andere tarnten ihre Protesthaltung mit Konformität und versuchten, das System mit Hilfe illegaler Zirkel oder durch die Weitergabe interner Papiere an westliche Parteifreunde, Rundfunksender oder Geheimdienste zu demaskieren. Dies galt u.a. für eine Reihe von Personen, die sich zum Dienst in der Volkspolizei verpflichtet hatten, um so aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen zu werden, ohne dass sie sich dafür zum Arbeitsdienst im Uranbergbau verpflichten mussten. Bald mussten sie enttäuscht feststellen, dass sie in militärischen Einheiten – denen der Kasernierten Volkspolizei (KVP) – Waffendienst leisten sollten. Schließlich konnten auch Menschen, die bis zu ihrer Verhaftung vom DDR-System überzeugt waren, in den Fokus der Geheimdienste geraten: sei es durch Willkür, Zufall oder auf Grund von Denunziationen aus dem unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld. Insgesamt waren unter den zwischen 1950 und 1953 in Moskau hingerichteten Deutschen 197 SED-Mitglieder, 31 von ihnen kamen aus Sachsen-Anhalt.

Paul Götze, Jahrgang 1904, ist von Beruf Funkingenieur. Der verheiratete Vater einer erwachsenen Tochter wohnt in Magdeburg-Buckau. Götze tritt bereits 1923 der KPD bei und bleibt bis zu seinem Ausschluss 1948 in der Partei. 1944 inhaftieren ihn die Nationalsozialisten, nach seiner Befreiung betätigt er sich als Funktionär in der Organisation Odf/VVN.

Zum Zeitpunkt seiner erneuten Verhaftung betreibt Götze eine Reparaturwerkstatt für Rundfunkgeräte. Nach Aussage seiner Familie holt ihn am Abend des 23. Dezember 1950 ein deutscher Zivilist zur „Reparatur eines Gerätes“ ab. Danach hören sie nichts mehr von ihm. Am 1. Weihnachtsfeiertag durchsuchen zwei Kriminalpolizisten, vermutlich Angehörige des MfS, die Wohnung. Das MfS wirft Götze vor, Verbindungen zum RIAS zu unterhalten, und überstellt ihn in das Untersuchungsgefängnis Halle/Saale. Paul Reppin, vom MfS am 23. November 1950 wegen des Verdachts auf Zusammenarbeit mit einem westlichen Geheimdienst inhaftiert, hatte im Verhör Paul Götze als Kontaktperson benannt.



Nach der Verhaftung von Paul Götze und Paul Reppin stellte das MfS in der Wohnung der Familie Reppin Wertgegenstände sicher. Die Weisung zur Freigabe eines Zimmers durch die Wohnraumlentung in Magdeburg nimmt Frau Reppin am 16. Mai 1955 zum Anlass, Erkundigungen über das Schicksal ihres Mannes einzuholen. Doch erst im August 1959 erhalten Frau Götze und Reppin Sterbeurkunden für ihre Männer mit verfälschten Daten ausgehändigt. (Quelle der Anfrage StA Magdeburg: BStU Zentralarchiv Berlin)

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Götze zusammen mit Paul Reppin am 17. Mai 1951 in Halle/Saale wegen angeblicher Spionage zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt beider Gnadengesuche in der Sitzung vom 19. Juli 1951 ab. Am 24. Juli 1951 werden die Todesurteile in Moskau vollstreckt. Am 15. März 1999 werden Götze und Reppin von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

Wunsch nach Freiheit und Demokratie

Ab Sommer 1945 hatte die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone die Gründung von demokratischen Parteien genehmigt. Bereits im April 1946 kam es aber zu massiven Einschränkungen in der Parteipolitik durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Sich dieser Zwangsvereinigung widersetzen SPD-Mitglieder wurden aus der Partei entfernt und teilweise verhaftet. Gegen die wachsende Vereinnahmung und Kontrolle durch die Staatspartei SED sowie die schweren Verletzungen demokratischer Grundregeln versuchten sich die Mitglieder von CDU, LDP(D) und NDPD aktiv oder passiv zur Wehr zu setzen und gerieten hierdurch häufig in Widerspruch zu den gleichgeschalteten Vorständen ihrer eigenen Parteien.

Ende der 1940er Jahre übernahm eine Gruppe kritischer LDP(D)-Mitglieder um den Jurastudenten Arno Esch im Land Mecklenburg-Vorpommern die Ämter von Jugend- und Pressereferenten. In diesen Positionen sprachen sie offen Missstände in der Politik der Besatzungsmacht und der SED an und forderten persönliche und wirtschaftliche Freiheiten auch bei ihrem Parteivorstand in Ost-Berlin ein. Die Gruppe um den Rostocker Jurastudenten wurde durch das MGB verfolgt und schließlich von sowjetischen Militärtribunalen in Schwerin, Berlin-Lichtenberg und Moskau zum Tode verurteilt. Arno Esch wurde gemeinsam mit zwei politischen Freunden am 24. Juli 1951 in Moskau hingerichtet.

Auf Grund kritischer Äußerungen über die von der SED eingesetzte Wahlplattform „Nationale Front“ wurden 1950 und 1951 allein 35 CDU-Mitglieder aus Potsdam inhaftiert. Dreizehn von ihnen wurden zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet, unter ihnen der Potsdamer Bürgermeister Erwin Köhler und seine Frau Charlotte.

Am Nachmittag des 12. März 1952 verlässt der Unternehmer Curt Handrik sein Haus in Naumburg für einen kurzen Geschäftsgang. Der Besitzer der Ersten Naumburger Zementwarenfabrik, Jahrgang 1897, kehrt bis zum Abend nicht in die Bahnhofsstraße zurück. Um 20.00 Uhr des gleichen Tages durchsuchen zwei VP-Angehörige und ein sowjetischer Offizier in Uniform das Arbeitszimmer in Handriks Wohnung. Auf ihre drängenden Fragen erhält die Ehefrau des Unternehmers von den Polizeibeamten nur die lapidare Auskunft, dass sich ihr Mann auf der Polizeiwache befinde. Gegen 22.30 Uhr verlassen die Polizisten das Haus. Spätere Nachfragen der Familie bei Polizeidienststellen der Stadt bleiben ohne

1. Name: Handrik
(bei Fremden auch Geburtsname)

2. Vorname: Curt-Albert

3. geb. am 2.9.1897 in Dresden

4. Wohnort: Suchendorf, Toni Handrik, Naumburg, Bahnhofstr. 23 a
(*Handrik*)

5. registriert am verstorben am: 21. März 1954

Chiffre am 1.7.1958 nach West-Berlin

illegal verurteilt *Handrik*

Ende der Fünfziger Jahre werden die Fälle der „auf dem Territorium der UdSSR Verstorbenen“ in einem geheimen Verfahren bei den Standesämtern in der DDR beurkundet. Die dafür benutzten Karteikarten werden im Original ausgeteilt und wieder an das Ministerium des Innern nach Ost-Berlin zurück gesandt.

(Quelle: Bundesarchiv Berlin)

Antwort. Zur Mittagszeit des 28. Mai wird auch die Ehefrau von Curt Handrik in der Wohnung durch zwei Zivilisten festgenommen und das Haus einer neuerlichen Durchsuchung unterzogen. Eines der erwachsenen Kinder erreicht die Nachricht der Mutter, sie sei bei der Kriminalpolizei.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt den Unternehmer am 15. Juli 1952 wegen angeblicher Spionage für einen ausländischen Geheimdienst zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 16. Oktober 1952 ab. Das Urteil wird am 22. Oktober 1952 in Moskau vollstreckt.

Handriks Frau flieht Anfang Juli 1958 aus Naumburg nach Westdeutschland und erhält daher vom DDR-Innenministerium keinerlei Auskunft über die Ende 1958 in Ost-Berlin eintreffende Todesmeldung aus Moskau. Auf dieser hatte der KGB das Sterbedatum von Curt Handrik um zwei Jahre auf den 21. März 1954 verfälscht. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert den Unternehmer am 31. Januar 2002.

Der Widerstand gegen das SED-Regime formierte sich jedoch nicht nur im Untergrund, in geschlossenen Zirkeln oder kleinen Gruppen. In der SBZ/DDR kam es auf Grund der zahlreicher werdenden Repressalien

immer wieder zu Arbeitsniederlegungen in Unternehmen, tumultartigen Versammlungen oder handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Vertretern der Staatsmacht. Die wohl eindrucksvollste Protestwelle fand am 17. Juni 1953 statt. An diesem Tag folgten in über 700 Orten der DDR, so auch in Bitterfeld, Leuna und Magdeburg, Tausende dem Vorbild streikender Arbeiter von den Baustellen an der Berliner Stalinallee. Sie legten ihre Arbeit nieder und forderten neben der Rücknahme unsinniger Arbeitsnormen vor allem politische Freiheiten. Die Protestierenden stürmten Büros der verhassten Staatspartei SED, des MfS – so etwa die Kreisdienststelle des MfS in Merseburg –, der Volkspolizei oder deren Gefängnisse, wie u.a. in Eisleben, Merseburg und Roßlau. Nur durch Hilfe der Sowjetarmee gelang es der SED, ihre Macht zu stabilisieren. Im Rahmen des verhängten Kriegsrechts verurteilten Militärtribunale der Sowjetarmee in der DDR fünf deutsche Zivilisten zum Tode.

Zu den Toten des 17. Juni 1953 in Magdeburg gehört der selbstständige Handwerker Herbert Stauch. An diesem Tag wird er, eigentlich auf dem Weg zur Bank, durch Demonstranten in eine Delegation gewählt, die ihre Forderungen dem Polizeichef des Bezirks, Paulsen, vortragen will. Ihren Wunsch nach Freilassung politischer Häftlinge wehrt der Polizeichef strikt ab, die vier Parlamentäre können das Gebäude der VP-Bezirksverwaltung noch unbehelligt verlassen. Bereits am Abend des gleichen Tages wird Herbert Stauch jedoch verhaftet. Stauch, Jahrgang 1917, wird am Folgetag durch das Sowjetische Militärgericht Nr. 92401 in Magdeburg gemeinsam mit Alfred Dartsch wegen bewaffneten Aufstandes zum Tode verurteilt. Beiden Männern werden der Tod zweier VP-Angehöriger und eines MfS-Bediensteten beim Sturm auf das Gefängnis Magdeburg-Sudenburg und alle anderen Ereignisse des Vortages zur Last gelegt. Die Möglichkeit, ein Gnadengesuch einzureichen, verwehrt man ihnen. Das Terrorurteil wird, nach geltendem Kriegsrecht, gleich auf dem Gefängnishof durch deutsche VP-Angehörige vollstreckt.

Stauch und Dartsch werden im März 1996 durch russische Militärstaatanwälte rehabilitiert. Seit 2003 führt in der Landeshauptstadt ein Teil der Halleschen Straße den Namen von Herbert Stauch.³

³ Eine ausführliche Darstellung der Ereignisse am 17. Juni 1953 in Magdeburg sowie zum SMT-Verfahren am Folgetag gegen Dartsch und Stauch findet sich bei Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: Der Tag „X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003.



*17. Juni 1953 belagert die Bevölkerung die Bezirksbehörde der VP in Magdeburg
(Quelle: BStU Außenstelle Magdeburg)*

Das MGB verschleppte von Juli bis September 1953 letztmalig größere Häftlingsgruppen – unter ihnen etwa 100 bis 150 politische Häftlinge des Volksaufstandes – aus dem zentralen Gefängnis in Berlin-Lichtenberg in die Lager des GULag. In nachfolgenden Massenverfahren verurteilte die DDR-Justiz 1.526 Personen, teilweise zu langjährigen Haftstrafen.

Die Sonderrolle West-Berlins im Kalten Krieg

Berlin, die ehemalige Hauptstadt des Deutschen Reichs, wurde im Sommer 1945 unter den alliierten Großmächten in vier Besatzungssektoren aufgeteilt. Die „Frontstadt“ war im Kalten Krieg eines der wenigen Tore durch den „Eisernen Vorhang“ und geriet so zum Tummelplatz europäischer Nachrichtendienste und ihrer Substrukturen. In West-Berlin werteten alliierte Geheimdienstler Informationen über die ca. 500.000 in Ostdeutschland stationierten Sowjetsoldaten und die geheime Aufrüstung der SBZ/DDR aus, gewannen Agenten unter den politischen Flüchtlingen oder überwachten den Funk- und Luftverkehr bis weit nach Osteuropa hinein. Besonders interessiert waren die Geheimdienste an allen militärisch und wirtschaftspolitisch relevanten Nachrichten, wie dem Neubau

von Brücken und Kasernen in der DDR, der Weiternutzung ehemaliger Wehrmachtsbauten und Übungsplätze durch die Sowjetarmee, den Produktionsprofilen volkseigener Unternehmen sowie dem Eisenbahnverkehr mit Reparationsgütern aus Ostdeutschland. Erst mit dem Mauerbau am 13. August 1961 beendeten die Ostberliner Machthaber den offenen Zugang und damit auch die Ausreisemöglichkeit über die Sektorengrenze nach West-Berlin.

West-Berlin nahm bei der Organisation des Widerstands gegen das DDR-Regime einen besonderen Platz ein; hier waren die meisten der DDR-kritischen Organisationen angesiedelt. Viele der aus ostdeutschen Haftanstalten oder sowjetischen Lagern entlassenen Häftlinge beteiligten sich nach ihrer Flucht aktiv am Widerstand und der politischen Aufklärung. Zu diesem Zweck gründeten sie Organisationen wie die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.“ (VOS) oder halfen den Ostbüros der CDU, FDP und SPD bei Protestaktionen. Aus dem durch alliierte Militärkommandanturen geschützten Freiraum heraus lenkten Parteien und Gruppen ihren Kampf gegen das SED-Regime. Von West-Berlin aus wurden Widerstandsgruppen in der SBZ/DDR mit Flugblättern, Druckmaschinen, Medikamenten, gefälschten Lebensmittelmarken oder sogenannten „Sabotagemitteln“ sowie Geld versorgt. Waffentransporte sind nicht belegt. Zugleich war der Westteil der Stadt der wichtigste Fluchtraum für alle gefährdeten Personen. Von den Flughäfen Tempelhof und Tegel flogen alliierte Maschinen fast täglich Flüchtlinge in die Bundesrepublik aus. Enttarnte Agenten des MGB oder MfS wurden durch die West-Berliner Polizei verhaftet.

Paul Scharping, Jahrgang 1895 und Sohn des Werkleiters der Hautwoll AG Rotleben bei Roßlau/Elbe war als Absolvent der Landwirtschaftsschule Zerbst nach dem Ersten Weltkrieg bis 1923 als Gutsinspektor in Liebenow/Krs. Arnswalde, anschließend bei der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer und bei der AEG in Berlin tätig. 1944 wurde er zur Brabag in das Synthesewerk Schwarzhöhe als Arbeitseinsatzkontrolleur dienstverpflichtet, wo der verheiratete Vater dreier Kinder bis 1949 arbeitete.

Anfang 1949 wird Scharping, seit 1946 SED-Mitglied, in der VVB der Bau- und Baustoffindustrie Sachsen-Anhalt angestellt, um die Bearbeitung landwirtschaftlicher Flächen der Ziegelei Hecklingen bei Staßfurt zu überwachen. Nach einer Erntekontrolle entläßt man ihn wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten. Im November 1950 flieht Scharping nach West-Berlin. Im Flüchtlingslager General-Pape-Straße untergebracht, wird er von der französischen



ГЕНЕРАЛЬНАЯ ПРОКУРАТУРА
РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ

ГЛАВНАЯ
ВОЕННАЯ ПРОКУРАТУРА

СПРАВКА
(о реабилитации)

24 июля 1998 г.

№ К-97031

121145, Москва, К-145, Халдеев пер., д.14

Гражданин (ка) САРПИНГ Павел-Огто

Год и место рождения 1936 г., гор. Рыбачь земл. Салозинг-Актон

Гражданин (ка) иного государства Германия

Национальность немец Место жительства до ареста

гор. Барн-Камеберг, Пальенгассе, 15

Место работы и должность (род занятий) до ареста

слесарь

Дата ареста 19 июня 1951 года.

Когда и каким органом осужден (а) (репрессирован/а)

19 октября 1951 г. военным трибуналом военной части 40040

Квалификация содеянного и мера наказания (основная и дополнительная) ст.ст. 58-6, ч.1 и 58-11 УК РСФСР к высшей мере наказания - расстрелу, с конфискацией имущества, без права помилования.

Дата освобождения 31.12.1951 г. приговор приведен в исполнение

На основании ст. 3 нез. Закона РФ «О реабилитации жертв политических репрессий» от 18 октября 1991 года гражданин(ка) САРПИНГ Павел-Огто реабилитирован (а).

ПРИМЕЧАНИЕ: Решение о реабилитации не может служить основой для инициативных требований граждан Германии, идущих вразрез с действующим законодательством и международными обязательствами.

Научный отдел реабилитации
Главной военной прокуратуры

В.К. КОЗЛОВА



[Handwritten signature]

Rehabilitierungsurkunde für Paul Scharping, ausgestellt von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation am 24. Juli 1998.

(Quelle: Stiftung Sächsische Gedenkstätten Dresden)

Besatzungsmacht mit der Ordnung von erbeuteten Wehrmachtsunterlagen beschäftigt. Von seinen Reisen in die DDR, die er angeblich wegen der Arbeitssuche unternimmt, meldet sich Scharping u.a. aus Bautzen mit einer Postkarte bei seiner Ehefrau in Hecklingen. Am 14. April 1951 wird er in Berlin-Friedrichshain verhaftet und zwei Monate später an das MGB überstellt. Seinen eigenen Aussagen zufolge war der Landwirt im Auftrag des CIC seit Dezember 1950 an verschiedene Orte in der DDR gereist, um dort Unternehmen und Militäreinrichtungen auszuspionieren.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Paul Scharping am 19. Oktober 1951 wegen angeblicher Spionage für den amerikanischen Geheimdienst zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 28. Dezember 1951 ab. Das Todesurteil wird kurz vor dem Jahreswechsel 1951 auf 1952 in Moskau vollstreckt. Russische Militärstaatsanwälte rehabilitieren ihn am 24. Juli 1998.

„Nichtstun ist Mord“ – Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)

Die aktivste Widerstandsorganisation gegen den sowjetischen Besatzungsterror und das SED-Regime gründete Rainer Hildebrandt nach einer Veranstaltung am 17. Oktober 1948 in Berlin-Steglitz. Hildebrandt war als Student von Albrecht Haushofer ins Umfeld der Attentäter vom 20. Juli 1944 geraten und war in der Nazizeit inhaftiert gewesen. Zusammen mit Vertretern antikomunistischer Jugendbewegungen und Studenten der West-Berliner Hochschulen rief er die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) ins Leben und leitete diese Organisation. Sein Stellvertreter und Nachfolger, der Theologe Ernst Tillich, hatte sich als Vikar der Bekennenden Kirche aktiv am Widerstand gegen das Dritte Reich beteiligt und war dafür drei Jahre im KZ Sachsenhausen interniert gewesen. Im April 1949 ließ die Alliierte Kommandantur die KgU als politische Organisation zu.

Ursprünglich als Suchdienst für Speziallagerinsassen und Sowjethäftlinge konzipiert, unterstützte die Kampfgruppe zunehmend den Widerstand in der SBZ/DDR mit Flugblättern, Informationsmaterial, illegalen Transportmitteln und Rundfunksendungen. Am 20. Juli 1949 startete die KgU mit der „F-Kampagne“ ihre bekannteste Widerstandsaktion. „F“ stand



Verdeckte Aufnahme des KGU-Gebäudes in Berlin-Zehlendorf, Ernst-Ring-Straße, für das MfS aus den 1950er Jahren.

(Quelle: BStU Zentralarchiv Berlin)

für „Freiheit für die terrorisierten Menschen und Feindschaft gegen das terroristische System“. Die KGU sammelte aber auch durch gezielte Befragungen Informationen zu militärischen Objekten und Strukturen der Roten Armee, des NKWD/MGB und der Volkspolizei sowie über SED-Funktionäre und MfS-Spitzel und war somit als Nachrichtendienst tätig.

In speziellen RIAS-Sendungen wurden dann Namen von Mitarbeitern des ostdeutschen Geheimdienstes veröffentlicht. Insgesamt verzeichnete die Zentralkartei der KGU ca. 45.000 Spitzel des MfS und MGB. In den Karteien des organisationseigenen Suchdienstes fanden sich Nachrichten über 74.000 Häftlinge, die in Gefängnissen der DDR und in sowjetischen Lagern verschwunden waren. Noch 1956 galten 23.000 Personen als inhaftiert oder verschollen.

Die Aktivitäten der KGU wurden anfänglich durch Spenden und Zuwendungen aus dem öffentlichen Haushalt West-Berlins und der Bundes-

republik⁴ finanziert. Zunehmend übernahmen dann die amerikanischen Geheimdienste CIC, MID sowie der CIA die Kosten der personalaufwändigen Arbeit. Im Gegenzug erhielten die US-Geheimdienste militärische Erkenntnisse aus dem Informantennetz der KgU. Westdeutsche Dienststellen profitierten ebenfalls von den Gutachten der KgU, verloren aber nach einer Reihe von Verhaftungen, Fehlmeldungen und organisationsinternen Querelen das Vertrauen in das Führungspersonal der Organisation. Zusätzlich gelang es dem MGB und dem MfS, an entscheidenden Stellen der KgU Spitzel zu installieren, was dazu führte, dass ganze Widerstandsgruppen in der DDR aufflogen. Aus diesem Grund warnte zum Beispiel der britische Nachrichtendienst seine Agenten vor jedem Kontakt mit der KgU und sorgte für Verstimmungen, weil man freimütig von „Verbrechern in der KgU“ sprach.

Die bei Verhaftungen von KgU-Vertrauensmännern teilweise aufgefundenen Waffen, Spreng- und Giftstoffe sowie Sabotagemittel dienten der ostdeutschen Justiz als willkommener Anlass, der Widerstandsorganisation den Anschein einer gegen die DDR-Bevölkerung gerichteten und mit US-Waffen hochgerüsteten Terrorgruppe zu geben. Die vom MfS gesteuerte Propagandadebatte zeigte trotz umfangreicher Gegen Darstellungen zunehmend auch in der westdeutschen Öffentlichkeit ihre Wirkung. Bereits 1952 ausgebrochene scharfe Konflikte innerhalb des KgU-Vorstandes über die Grenzen und Methoden des weiteren Kampfes gegen das SED-Regime gaben dem Bund letztlich den Anlass, die finanzielle Förderung gänzlich einzustellen. 1959 wurde die KgU aufgelöst, wichtige Unterlagen an den Bundesnachrichtendienst übergeben und die Suchdienstkarteien an den Suchdienst des DRK überführt. Der Gründer Hildebrandt war bereits 1952 aus der KgU ausgeschieden, u.a. weil er den bewaffneten Untergrundkampf ablehnte. Ernst Tillich erklärte im April 1958 seinen Rücktritt als Leiter der KgU.

Zu den zahlreichen Personen aus Sachsen-Anhalt, die auf Grund ihrer Zusammenarbeit mit der KgU Opfer des MGB oder MfS werden, gehört auch Theodor Wesche.

Wesche, Jahrgang 1931, arbeitet als Former bei der Nationalen Radiator-Gesellschaft in Schönebeck/Elbe. Er wohnt in Großmühlingen bei Schönebeck und ist seit 1948 Mitglied der LDP(D). Nach Hinweis einer Denunziantin auf Waffenlager und eine Widerstandsgruppe im Ort, fahndet die Staatssicherheit im Raum Schönebeck

⁴ Die KgU wurde als anerkannte Stelle im Rahmen des Bundesnotaufnahmeverfahrens mit der Begutachtung von DDR-Flüchtlingen betraut.

Als Kopf der „Kampfgruppe“, die sich im Kriegsfall vor Ort gegen die möglichen Verteidiger des SED-Regimes stellen wollte, ermittelt die MfS-Dienststelle Schönebeck Theodor Wesche. Er wird am 27. Juli 1950 gemeinsam mit sechs weiteren Personen festgenommen. Bereits am Folgetag werden alle Häftlinge dem MGB in Magdeburg übergeben. Das SMT Nr. 48240 verurteilt Theodor Wesche zusammen mit Rudi Rose und zwei weiteren Gruppenmitgliedern am 2. Dezember 1950 in Halle/Saale wegen angeblicher Spionage, Aufstands, antisowjetischer Tätigkeit und Propaganda sowie Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ihr Gnadengesuch am 15. März 1951 ab. Die Todesurteile werden am 10. April 1951 in Moskau vollstreckt.



19. **ВЕСЕ** Теодора, рожд. 1931 года, уроженец и жителя дер. Гросс-Маллинген, района Беннебек, земли Саксония-Ангальт; немца, из крестьян, с 8-классным образованием, до ареста работавшего на заводе формовщиком по отливке котлов, холостого, член **НДА** с мая 1943 года, с 1941 года по май 1945 года состоявшего членом молодежной организации "Титлер-квечд"; **РОЗЕ** Руди, рожд. 1927 года, уроженец и жителя дер. Гросс-Маллинген, района Беннебек, земли Саксония-Ангальт; немца, из крестьян, с 8-классным образованием, до ареста работавшего на заводе токарем по выпуску труб, холостого, с 1941 года по май 1945 года состоявшего членом молодежной организации "Титлер-квечд", с декабря 1944 года служившего в войсках "СС" немецкой армии в качестве сапера; **ВИА** Эриха и **РИХА**РДА Вернера, уроженцы и жители дер. Гросс-Маллинген, района Беннебек, земли Саксония-Ангальт; немцы, из рабочих, с 8-классным образованием, до ареста работавшего на заводе "Друпп-Круза" сталеваром, холостого, с 1941 года служившего в немецкой армии в чине обер-фельдшера, находившегося в плену в СССР с 1944 года по 1949 год и **РИХА**РДА Вернера, рожд. 1927 года, уроженец дер. Гальденберг, жителя дер. Гросс-Маллинген, района Беннебек,

Отклонить ходатайства **ВЕСЕ** Теодора и **РОЗЕ** Руди с помилованием.

Удовлетворить ходатайства **ВИА** Эриха и **РИХА**РДА Вернера с помилованием и заменить меру наказания каждому двадцатью пятью годами исправительно-трудовых лагерей.

земли Саксония-Ангальт; немца, из рабочих, с 8-классным образованием, до ареста работавшего на заводе крановщиком, холостого, с 1942 года по май 1945 года состоявшего членом молодежной организации "Титлер-квечд", с 1944 года по день капитуляции Германии служившего в немецкой армии солдатом - приговоренным 2 декабря 1950 года военным трибуналом войсковой части 45243 к высшей мере наказания с конфискацией имущества, 7 лет при аресте ценностей по ст. ст. 58-2, 58-6 ч.1, 19-58-9, 58-10 ч.2 и 58-11 УК РСФСР.

(Л. № 1-00277-р/003179 от 21.П-1951г.)

Ablehnung der Gnadengesuche von Theodor Wesche und Rudi Rose durch das Präsidium des Obersten Sowjets vom 15. März 1951. Über Gesuche von Werner Richter und Peter Zahn wird positiv entschieden, beide kehren 1955/1956 nach Deutschland zurück.
(Quelle: GARF Moskau)



Mit Hilfe solcher Flugblattballons versuchten die KGU und die Ostbüros der Parteien die gefährlichen Kurierwege über die Grenze zu vermeiden. Ballonstart in West-Berlin, aus den 1950er Jahren.

(Quelle: BStU Zentralarchiv Berlin)

Die Ostbüros demokratischer Parteien

Als Reaktion auf die sich durch den Kalten Krieg verschärfenden politischen Auseinandersetzungen gründeten die westdeutschen Parteien CDU, FDP und SPD zwischen 1946 und 1948 eigene Ostbüros. Diese pflegten von West-Berlin aus den Kontakt zu den sich immer weiter entfernenden politischen Freunden in der DDR, beziehungsweise boten den Sozialdemokraten der SBZ nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED eine neue politische Heimat. Die Ostbüros leisteten Schulungsarbeit oder halfen verfolgten Parteimitgliedern und deren Angehörigen bei der Flucht aus der DDR. Ihre Tätigkeit bewegte sich zwischen humanitärer Dienstleistung und Parteiarbeit in konspirativen Zirkeln. Die Ostbüros waren dem MGB und dem MfS dementsprechend ein Dorn im Auge. Kontakte zu den Westparteien und deren „Agenturen des Kalten Krieges“ führten zur

Verfolgung der Betroffenen als „Spione“. Nach Urteilen von sowjetischen Militärtribunalen wurden zwischen 1950 und 1953 mindestens 71 Mitglieder der LDP(D), 37 Mitglieder der NDPD sowie 35 Mitglieder der CDU in Moskau hingerichtet. Einige von ihnen hatten zuvor den Kontakt zu den Ostbüros in West-Berlin gesucht und deren Informationsschriften illegal in der DDR verteilt.

Der Technische Zeichner in der SAG Waggonbau Dessau, Horst Benecke, Jahrgang 1926, sucht Mitte August 1950 während einer Dienstreise zum Stahlwerk in Hennigsdorf nordwestlich von Berlin mit einem Kollegen das Ostbüro der SPD in West-Berlin auf. Er will sich dort, so die Aussage seines später mitverhafteten Reisebegleiters beim MfS, als Pilot nach Westdeutschland bewerben. Im Ostbüro erhalten die Männer Flugblätter, die sie in ihrem Unternehmen weitergeben oder auf anderem Wege in der Öffentlichkeit verbreiten. Am Jahresende 1950 soll Benecke, so das MfS-Protokoll weiter, seinen Kollegen dem britischen Geheimdienst in West-Berlin als Agenten zugeführt haben, damit der ehemalige Nachrichtensoldat der Wehrmacht und VP-Angehörige als Funker für die Widerstandsgruppe tätig werden könne. Diese Gruppe wird vom MfS entdeckt; am 31. August 1951 wird Benecke in Dessau verhaftet und am 6. September 1951 dem MGB überstellt.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Horst Benecke zusammen mit Harry Jahn, Heinz Schneider und Helmut Wachs am 27. Februar 1952 wegen angeblicher Spionagetätigkeit gegen die sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ihre Gnadengesuche am 17. Mai 1952 ab. Die Todesurteile wurden am 21. Mai 1952 in Moskau vollstreckt. Am 23. Juni 1995 werden Benecke, Jahn, Schneider und Wachs von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

19. Feb. 1998

Adl. Adl.

Уважаемые господа!

Возвращая Ваш запрос сообщаем полученные нами сведения:
 - Беннеке Горст, 1926 г.р., урож. г.Вольфен/Биттерфельд, жителя г.Дессау, немец, был арестован 6.9.1951 г. и приговором военного трибунала от 25-27.02.1952 г. на основании ст. 58-6, ч.1 УК РСФСР осужден к высшей мере наказания. Приговор приведен в исполнение 21 мая 1952 г., кремирован в Московском крематории (Донское кладбище).

Беннеке Г. реабилитирован заключением ГДЛНВД военной прокуратуры.

Справка о реабилитации была направлена в июне 1995 г. в Консульско-правовой отдел Посольства ФРГ в РФ.

С уважением,

Директор

В.Н.Зетикова

Herr Horst BENECKE, geb. 1926 in Wolfen/Bitterfeld, zuletzt wohnhaft in Dessau, Deutscher, wurde am 6.9.1951 verhaftet und zwischen dem 25. - 27.02.1952 von einem Militärtribunal gemäß Art. 58-6 Nr. 1 StGB der NSPSR zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 21. Mai 1952 vollstreckt. Herr BENECKE wurde auf dem Friedhof "Donskoe kladbistsche" in Moskau feuerbestattet. Seine Rehabilitierung erfolgte durch Beschluß der Militärhauptstaatsanwaltschaft. Die Rehabilitierungsbescheinigung wurde im Juni 1995 der Rechtsabteilung der Konsularabteilung der Deutschen Botschaft in der Russischen Föderation zugeleitet.

Auskunft des RKM zum Schicksal von Horst Benecke vom 4. Februar 1998; eines der wenigen Beispiele von Sterbebescheinigungen mit dem Hinweis auf den Bestattungsort in Moskau, die in den 1990er Jahren nach Deutschland gelangten.

(Quelle: DRK-Suchdienst München)

Stimmen der Freiheit

Widerstandsgruppen versuchten vor allem immer wieder Informationen sowie Flugschriften, die das Regime bloßstellen sollten, in den SED-Staat zu schleusen. Zu solchen Materialien zählten Tarnschriften und ausgewählte Dünndrucke politischer Literatur, wie beispielsweise der fiktive Roman von George Orwell „1984“. Dünndruckausgaben vom „Kleinen Telegraf“, einer SPD-nahen Tageszeitung aus West-Berlin, Flugschriften der KGU sowie die satirische Monatszeitschrift „Tarantel“ zählten in der SBZ/DDR zu den populärsten eingeschmuggelten Druckstücken während des Kalten Krieges. Die ostdeutschen Behörden diffamierten diese illegalen Schriften in ihren Akten und Pressemitteilungen als „Hetzblätter“.

Die farbige Satirezeitschrift „Tarantel“ erschien von 1950 bis 1962 in West-Berlin und wurde dort kostenlos an Kiosken verteilt oder über Deckadressen in die DDR versandt. Ende 1953 erreichte das Blatt eine Auflagenhöhe von ca. 100.000 Exemplaren. Leiter der Zeitschrift war Heinz Wenzel (alias „Heinrich Bär“, 1919–1971), der selbst im Juli 1946 durch den NKWD/MGB verhaftet und durch ein sowjetisches Militärtribunal als angeblicher französischer Spion verurteilt worden war. Wenzel war mehrere Jahre im Speziallager Sachsenhausen interniert und wurde bei der Auflösung des Lagers im Januar 1950 entlassen.

Ostdeutsche, die während ihrer Berlin-Besuche Dienststellen oder Kontaktbüros im Westteil der Stadt anliefen, bekamen derartige Informationsschriften immer mit Verhaltensmaßregeln ausgehändigt. So sollten sie die Schriften bei der Reise sorgsam vor den Kontrollen der Transportpolizei verbergen, sie anonym auslegen oder nur an vertrauenswürdige Personen weitergeben. Allein der Besitz illegaler Schriften oder eine durch Denunzianten angezeigte Weitergabe galt für die „Untersuchungsorgane“ von MfS und MGB immer auch als Indiz für den Kontakt des Beschuldigten mit einer „westlichen Spionageorganisation“.

Wie der Haftbeschluss der MfS-Verwaltung „W[ismut]“ gegen den Reviergeologen (Kollektor⁵) der SAG Wismut, Gerhard Walter, vom 8. August 1951 belegt, wird bereits der Besitz und die Weitergabe der „Tarantel“ als „antisowjetische Tätigkeit“ bewertet. Walter, 1929 in Jessen im Kreis Schweinitz geboren und ledig, ist bis zu seiner Verhaftung bei seiner Mutter in Annaburg/Sachsen-Anhalt

⁵ Kollektor: Assistent der Geologen bei der SAG Wismut, verantwortlich für die Erzbestimmung vor Ort sowie die bergtechnische Dokumentation im jeweiligen Bergbaurevier.



Satirische Zeitschrift „Tarantel“ Nr. 29 aus West-Berlin vom Februar 1952.
(Quelle: MfS Museum Berlin-Lichtenberg)

beheimatet. Der Bergmann arbeitet seit Mai 1950 bei der Wismut, zuletzt im Schacht Nr. 54/61b des Objektes Nr. 1 im Uranerzbergbau von Johanngeorgenstadt. Im November 1950 besucht Walter einen nach West-Berlin geflohenen Bekannten und kommt über ihn in Kontakt mit dem Ostbüro der SPD (Berlin-Charlottenburg, Langobardenallee 12). Zeitschriften und das satirische Magazin „Tarantel“, die er hier erhält, gibt er an vertrauenswürdige Kollegen im Schacht weiter. Walter, dessen Vater seit 1945 nach der Inhaftierung durch die sowjetische Besatzungsmacht in einem Speziallager verschollen ist, steht dem SED-Regime kritisch gegenüber. Ab Februar 1951 besucht er mehrfach das SPD-Ostbüro in West-Berlin und macht dort Angaben zum Personal, zur Struktur sowie über tödliche Bergunfälle in den Schächten der SAG Wismut. Aus West-Berlin bringt Walter immer wieder Informationsmaterial in das Wismut-Gebiet und stellt Kontakte zu weiteren Bergarbeitern her, unter ihnen auch Horst Krafczyk.

Walter wird am 6. August 1951, zwei Tage nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub in Berlin, durch die MfS-Verwaltung „W“ in Johanngeorgenstadt verhaftet. Wenig später wird der Bergmann in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Chemnitz überführt und mit Abschluss des MfS-Ermittlungsverfahrens am 4. September 1951 an das MGB in Chemnitz übergeben. Den Walter betreffenden Personalakt schließt die SAG Wismut mit dem Vermerk „flüchtig ab 25.8.1951“.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Gerhard Walter und Horst Krafczyk am 1. März 1952, vermutlich in Chemnitz-Kaßberg, wegen angeblicher Spionage für den amerikanischen Geheimdienst und Verbreitung antisowjetischer Literatur zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt die Gnadengesuche am 7. Juni 1952 ab. Die Todesurteile werden am 12. Juni 1952 in Moskau vollstreckt. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert beide am 30. Mai 2002.

Zu den publikumswirksamsten Mitteln des Widerstandes gegen das SED-Regime zählten in den 1950er Jahren Rundfunksender. Der in West-Berlin ansässige Rundfunksender „RIAS“ nahm während des Kalten Krieges eine Sonderstellung ein. Der US-Sender bot West-Parteien, DDR-Flüchtlingen oder Studenten der Hochschule für Politik bzw. der Freien Universität durch eigene Sendereihen die wirksamste Plattform für politische Aufklärungsarbeit. Derartigen Sendungen räumte der Direktor Fred G. Tayler großzügig Programmplätze ein. So wurde der Rundfunksender



*Das Gebäude des RIAS in Berlin-Schöneberg, um 1953.
(Quelle: Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin)*

unter dem Slogan „eine freie Stimme der freien Welt“ zum mächtigen Sprachrohr der unterdrückten Opposition in der SBZ/ DDR.

Für ihre Wortbeiträge recherchierten RIAS-Mitarbeiter viele Daten und Informationen über die Stimmung der Bevölkerung in der „Zone“, über deren Versorgungslage, über Produktionskennziffern volkseigener Betriebe sowie über Widerstandsaktionen gegen das SED-Regime. Die hier gesammelten Nachrichten dürften Eingang in die nachrichtendienstlichen Analysen der Westalliierten gefunden haben.

In den Suchsendungen des RIAS wurde nach Tausenden von politischen Häftlingen des Kalten Kriegs gefahndet, u.a. auch nach den in Moskau erschossenen MGB-Opfern. Der Sender war praktisch in der ganzen SBZ/ DDR zu empfangen, da seine Programme auch über eine im bayerischen Hof errichtete Anlage in den Südtteil der DDR ausgestrahlt wurden. Täglich suchten Hörer aus der SBZ/DDR das markante, unweit vom Rathaus Schöneberg gelegene Rundfunkgebäude in West-Berlin auf. RIAS-Mitarbeiter und deren Informanten aus der SBZ/DDR wurden von den Ostberliner Machthabern mit besonderer Energie verfolgt, da sich der Sender, wie der damalige Staatssekretär Erich Mielke in einer Dienstanweisung vom 13. November 1950 feststellte, zur „Agentenzentrale“ entwickelt habe.

Zu den einfachen „Zuträgern“ des RIAS zählt auch Gerhard Krüger, Jahrgang 1924, aus Zerbst. Aus dem Krieg und anschließender französischer Gefangenschaft kehrt er in seine Heimat zurück. Der kaufmännische Angestellte bei der Franz Braun Maschinenfabrik in Zerbst verliert auf Grund der Demontage des Betriebs durch die sowjetische Besatzungsmacht im Zuge der Reparationen seine Arbeit. Eine Krankheit macht ihn berufsunfähig. Die Wohlfahrtsrente, die der verheiratete Krüger nun bekommt, bessert er als Gelegenheitsautor auf. Sein Stück „So wurden wir wissend“ lässt die FDJ in Roßlau/Elbe aufführen. Durch Denunzianten erfährt das MfS, dass Krüger seine Geschichten auch an den RIAS verkauft. Am 21. Januar 1951 wird er bei einer Verhaftungswelle in Zerbst als angebliches Mitglied einer örtlichen Widerstandsgruppe von sowjetischen und deutschen Geheimpolizisten in der Wohnung festgenommen. Im April 1951 wird er von Mithäftlingen in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Halle/Saale gesehen. Das SMT Nr. 48240 verurteilt Krüger am 20. April 1951, am Standort Halle/Saale „Roter Ochse“, wegen angeblicher Spionage und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 19. Juli 1951 ab, fünf Tage später wird das Urteil in Moskau vollstreckt. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert ihn am 24. Juli 1998.

Krüger, Gerhard ca 27 Jahre
 Zerbst, Friedensallee 45
 21.1.51 SSD
 K. ist infolge einer Geisteslähmung Hordenkämpfer
 Es sollte sich gegen seine Verhaftung mit den Horden
 die Wehr, wurde aber niedergeschlagen. Im Hause
 fanden sich Blutspuren ebenso beim Eingang
 der SSD - Dienststelle in der Gaststätte.
 K. soll angeblich bereits verhaftet sein.
 2.4.51 T. b.

Vermerk über die Verhaftung von Gerhard Krüger durch den SSD (= MfS) in Zerbst aus der KgU-Suchkartei, April 1951. Die Angaben zu seinem Tod sind falsch, Krüger wurde in der Nacht des 24. Juli 1951 gemeinsam mit 14 weiteren Deutschen erschossen.
 (Quelle: DRK-Suchdienst München)

Spionage – Eine Form des Widerstandes

Die westlichen Geheimdienste maßen während des Kalten Krieges allen militärischen und wirtschaftlichen Informationen aus Ostdeutschland außerordentliche Bedeutung bei. So versuchten sie das Wissen der sich in Flüchtlingslagern in West-Berlin und Westdeutschland zu Tausenden einfindenden Zonenflüchtlinge abzuschöpfen. Häufig stellten die alliierten Dienste den ersten Kontakt während des sogenannten „Aufnahmeverfahrens für politische Flüchtlinge“ her. Die Alliierten versprachen, bei der Erlangung des für den Aufenthalt in Westdeutschland notwendigen Status als „politischer Flüchtling“ behilflich zu sein, wenn dafür Gegenleistungen erbracht wurden. Einige der so Angesprochenen ließen sich – auf Grund ihrer Protesthaltung gegen das SED-Regime, aus Abenteuerertum, aus finanziellen Interessen oder schlicht aus Naivität – überzeugen, als Agenten noch einmal in die DDR zurückzukehren. Sie sammelten in der Nähe sowjetischer Kasernen die geforderten Informationen, arbeiteten als Kuriere oder gewannen neue Agenten. Vor allem waren Aufzeichnungen zu den Standorten von Sowjettruppen, Fotos und Skizzen moderner Waffentechnik, zum Beispiel des Düsenjägers MiG 15, Listen mit Kennzeichen von Kfz der sowjetischen Besatzungsmacht, Angaben zu Transporten militärischer Güter sowie alle Nachrichten aus der Rüstungsindustrie – d. h. über Werften, Hütten und Maschinenbaubetriebe der DDR – relevant für die Analysen der Geheimdienste.

Im Februar 1952 zerschlägt die Länderverwaltung des MfS unter Anleitung der „Freunde“ einen Spionagering in Halle/Saale, dem es offenbar erfolgreich gelungen war, Informantinnen in Einrichtungen der Besatzungsmacht, in Parteien, bei der VP und im MfS zu gewinnen. So gelang es beispielsweise, die Sekretärin des Operativchefs der VP-Landesbereitschaft in Halle/Saale und Mitarbeiterinnen der Landesvorstände der LDP(D) und NDPD ins Vertrauen zu ziehen. Die Gruppe soll außerdem versucht haben, Spitzel des MGB zu enttarnen und Geschäftsfreunde vor diesen zu schützen. Bereits im Mai 1951 erhält das MfS einen Hinweis auf die Gruppe in Halle/Saale. Die Staatssicherheit überwacht die Post der Beschuldigten und schleust GM „Vorwärts“ unter dem Deckmantel eines Bediensteten der Kirche an Oskar Schmiedeknecht heran. Dieser Geheime Mitarbeiter begleitet Schmiedeknecht auf seinen Reisen nach West-Berlin und verrät dem MfS das Informantennetzwerk einer „Offiziers-Bruderschaft“ um Schmiedeknecht sowie dessen

Schrift.

22

Besuch Schmi edeknecht bei mir vom 27.1. abends bis
30.1.52 Mittags.

BSU

000043

Das Wichtigste:

- 1) Schm. erfährt von Schriftföcken der Polizei. Ein Angestellter der Staatssicherheit (Vorher Kriminalpolizei) hat ein Liebesverhältnis mit der Sekretärin von V-Polizeileiter [REDACTED]. Diese Sekretärin hat den Schlüssel zum Tresor. Sie gibt ihnen stündlich solche Schriftstücke, dieser gibt sie Schm. und Schm. fotografiert sie dann.
- 2) Schm. erhält jedes Monat Bericht über Stärke und Truppenteil und Standort der Gruppe der Kranken des sowjetischen Lazaretts in Halle/ Mähweg. Den Bericht gibt ein dort beschäftigter Elektriker (Deutscher). Schm. gibt den Bericht weiter nach Berlin, wo die Einzelheiten auf einer Karte eingetragen werden. Solche Berichte laufen auch von anderen ein, sodass man in Berlin sich ein Bild machen kann über die sowj. Truppen. Außerdem erfährt Schm. auch die Art der Krankheiten. Die Geschlechtskrankheiten sind jetzt zurückgegangen, aber sehr stark tritt TDG auf, wahrscheinlich infolge des anderen Klimas.
- 3) Schm. arbeitet in der "Offiziers-Bruderschaft". Er hat außerdem Verbindung zum Band "Freiheitlicher Juristen".
- 4) Schm. war kürzlich in Merseburg auf der Geschäftsstelle der NSPD (Vorsitzender Kreisgeschäftsstelle). Dort verlangte er den "Offenen Brief" zum Verbleiben nach dem Verstein, der ihm ausgehändigt wurde. Er trug sich dann in die dort geführte Liste ein, die die Namen derer enthält, die solche Briefe nach dem Verstein verwendet. Er gab einen falschen Namen an. Personalangabe wurde ihm nicht abverlangt. Es kam ihm nur darauf an, zu sehen, wer in der Liste steht.
- 5) Schm. hat mit vier Konfessionen Verbindung, die als Agenten der Russen arbeiten. In Wirklichkeit sind diese Konfessionen aber nicht auf Seite der Russen, sondern nur auf so. Von ihnen erfährt Schm., was die Russen wissen wollen. Er hilft diesen Konfessionen ihre Berichte so abzufassen, dass die Russen etwas bekommen, aber nur das, was sie erfahren können.
- 6) Über Niemöller ist Schm. wütend. Niemöllers Reise nach der SU ist gerade in der jetzigen Entwicklung der Dinge ein Schlag gegen die Aufrüstung "So es in Westen schon so schwer ist, sie durchzuführen".
- 7) Schm. arbeitet seit Anfang 1946. Er sagte: Ich arbeite jetzt fünf Jahre, seit Anfang 1946. Da habe ich schon allerlei erlebt."
- 8) Schm. sagte, wo wir was das erste Mal zusammentrafen auf der Fahrt nach Berlin, war für mich ein wichtiger Tag. Ich traf damals in der Lützenburger Strasse bei dem Rechtsanwalt mit "höheren Leuten" zusammen. Ich wurde dort eingeführt von meinem früheren Bataillons-Kommandeur.
- 9) Schm. will in Zukunft sich mit mir immer am Mittwoch statt Donnerstag (immer der erste im Monat) treffen, weil ich am Mittwoch besser abkommen kann. Aber im Februar muss es noch einmal der Donnerstag sein, weil er vorher noch viel zu arbeiten hat zur Vorbereitung seiner Besprechung in Berlin. Er sagte sich neue Angaben noch viel Berichte einholen von seinen Agenten und diese dann noch auswerten."
- 10) Schm. gab mir besondere Anweisungen: Wenn etwas zu schreiben ist, und durch die Post versandt wird, so ist mit besonderer Liste zu schreiben, die es gleichen Teilen aus Urin und Wasser hergestellt sind. Halbfestes Papier nehmen. Auf der einen Seite beimgelassen

Bericht des Geheimen Mitarbeiters „Vorwärts“ an seinen MfS-Führungsoffizier über Treffen mit Oskar Schmiedeknecht vom 31. Januar 1952.
(Quelle: BStU Außenstelle Halle/Saale)

Verbindung zum dortigen UfJ. Dem sowjetischen Geheimdienst gelingt es, zwei seiner Agenten um Schmiedeknecht zu platzieren. Oskar Schmiedeknecht, der als Handelsvertreter für die Firma Fritz Heide in Halle/Saale und später bei der Firma Kurt Uhlig in Magdeburg arbeitet, gelingt es mit Hilfe seines Spionagerings ehemaliger Offiziere, militärische Nachrichten aus der Region zusammenzuführen und diese unauffällig weiterzuleiten. Als Auftraggeber für die sogenannte „Offiziers-Bruderschaft“ ermittelt das MfS einen westdeutschen Geheimdienst; vermutlich arbeitet Schmiedeknecht als Verbindungsmann unter dem Decknamen „Ossy“ für den militärischen Nachrichtendienst im Amt Blank, dem späteren Militärischen Abschirmdienst. Schmiedeknecht, Vater zweier Kinder, war als Berufsoffizier bereits 1937 in die Wehrmacht eingetreten und 1944 als Oberleutnant bei Metz in US-Kriegsgefangenschaft geraten. Im September 1946 wurde er aus der Gefangenschaft entlassen.

Nach seiner Verhaftung am 20. Februar 1952 übergibt das MfS Oskar Schmiedeknecht zusammen mit fünf weiteren Personen und allen Unterlagen zum Ermittlungsvorgang „Rose“ an das MGB.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Oskar Schmiedeknecht am 8. Juli 1952 wegen angeblicher Tätigkeit für den Bonner Geheimdienst und antisowjetischer Agitation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 11. September 1952 ab. Das Todesurteil wird bereits am folgenden Tag in Moskau vollstreckt. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert ihn am 29. März 1995.

Geheimfabriken und Uranerz

Die aufstrebende Atommacht UdSSR hatte bereits 1945 im Erzgebirge einen der grundlegenden Rohstoffe für die eigene Kernwaffenherstellung gefunden: Uranerz. Für dessen breite Gewinnung und erste Aufbereitung beschäftigte die SAG-Wismut, ein militärisch streng abgeschirmtes Unternehmen der Beatzungsmacht, in den Folgejahren über 150.000 Menschen. Die massive Geheimproduktion zog die Aufmerksamkeit aller westlichen Geheimdienste auf sich. Mittels systematischer Befragungen von Flüchtlingen, aufwändiger Agentenschulungen und über den illegalen Erzhandel zu horrenden Preisen versuchten sie, umfassende Informationen über die Erzlager, die angewandten Abbaumethoden, die geheimen Schachtanlagen sowie die militärischen Verteidigungsanlagen im Wismut-Gebiet zu erlangen. Unter anderem sollte so das atomare Potenzial der UdSSR abgeschätzt werden.



*Bergmann in den Schächten der SAG Wismut, 1950er Jahre.
(Quelle: Museum Uranbergbau Schlema)*

Die in allen Teilen der SBZ/DDR angeworbenen Bergleute, Mechaniker oder Verwaltungsangestellten arbeiteten und lebten in den Abbaugebieten von Sachsen und Thüringen unter bis dahin ungekannten Bedingungen. Den Arbeitern wurde ein Mehrfaches des üblichen Durchschnittslohns gezahlt, es gab eine eigene, gut ausgestattete Ladenkette sowie die sonst raren Ferienplätze an der Ostsee. Angelockt durch diese Versprechungen zogen in kurzer Zeit Tausende in die Bergbauregion, wo die Realität jedoch zunächst anders aussah, als von den Werbern versprochen. In der Region mangelte es an Wohnraum und Infrastruktur, daher lebten viele Wismut-Kumpel in Provisorien und Notbauten. Waschgelegenheiten waren knapp und die Anfahrten zur Arbeitsstelle oftmals abenteuerlich. Auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen, die teilweise als mittelalterlich bezeichnet werden müssen, und wegen des übermäßigen Alkoholkonsums im Uranerzbergbau kam eine Reihe von Arbeitern ums Leben, andere zogen sich schwere gesundheitliche Schäden zu.

Proteste gegen den fehlenden Arbeitsschutz und den Wohnraum-mangel wurden durch die sowjetische Unternehmensleitung ebenso unterdrückt wie die Bildung einer wirksamen Interessenvertretung der Arbeiter. Versuche, öffentlich auf die äußerst schwierigen Lebensbedingungen im „Wismut-Gebiet“ aufmerksam zu machen, wurden durch eigens eingerichtete Strukturen des NKWD/MGB, durch die MfS-Abteilung „W[ismut]“ und durch die Bergpolizei verfolgt. Das Innenministerium der DDR ging nach einer amtsinternen Richtlinie Ende Dezember 1951 zu einer systematischen „Säuberung des Wismut-Gebiets von deklassierten Elementen“ über. Rädelsführer von Protesten, sogenannte „unsichere Elemente“ und Erzschmuggler hatten mit drakonischen Strafen zu rechnen und verschwanden, nachdem sie auf dem Weg zur Arbeit oder bei Scheinvorladungen konspirativ verhaftet worden waren, für lange Zeit in Gefängnissen oder sowjetischen Lagern. Einige Familien der ehemals bei der SAG Wismut Beschäftigten blieben bis in die 1990er Jahre ohne jede Nachricht über den Verbleib ihrer Angehörigen. Mindestens 80 der zwischen 1950 und 1953 in Moskau erschossenen Deutschen waren bei der SAG Wismut beschäftigt gewesen.

Am 12. Juni 1952 kehrt der Werkmeister Charles Pietschker von seiner Arbeitsstätte, der Mechanischen Werkstatt des Objektes 86 – einer zur SAG Wismut gehörenden Anlage zur Aufbereitung von Uranerz in der Nähe von Saalfeld – nicht in sein Quartier zurück. Der gelernte Dreher, Jahrgang 1897 aus Magdeburg, hatte von 1915 bis 1918 am I. Weltkrieg teilgenommen und war 1944 erneut zum Heeresdienst eingezogen worden. Nach dem Krieg war er in

die SPD eingetreten und war bis 1948 Mitglied der SED. Noch am selben Tag seines Verschwindens wird sein Zimmer in der Saalestadt durchsucht. Am 4. und 17. Juli 1952 finden Hausdurchsuchungen bei seiner ahnungslosen Ehefrau im brandenburgischen Lindow/Mark statt. Sie erfährt nicht einmal, von welcher Dienststelle die Männer kommen, die in ihr Haus eindringen. Nach vielen vergeblichen Anfragen bei der SAG Wismut und verschiedenen Polizeidienststellen in Chemnitz, Gera und Saalfeld teilt ihr das VP-Amt Gera 1954 endlich mit, dass „... die Ermittlungen nach dem Pietschker erfolglos verlaufen sind. Es konnte lediglich in Erfahrung gebracht werden, dass P. illegal verzogen ist und sich vermutlich nach Westdeutschland absetzte. Der Grund seiner Flucht konnte nicht geklärt werden. ...“⁶ Auch ihre Anfrage bei der Staatssicherheit in Berlin vom September 1956 bleibt ohne Antwort, da dort keinerlei Hinweise zu Pietschker „einliegen“.

Das SMT Nr. 48240 verurteilt Charles Pietschker zusammen mit dem Bergingenieur Georg Haarmann aus dem gleichen Betrieb, vermutlich im MGB-Gefängnis Chemnitz-Kaßberg, am 2. Oktober 1952 wegen angeblicher Spionage, antisowjetischer Tätigkeit und Propaganda sowie Beihilfe zu Verbrechen und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt die Gnadengesuche beider am 12. Dezember 1952 ab. Die Urteile werden am 3. Januar 1953 in Moskau vollstreckt. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert Charles Pietschker und Georg Haarmann am 18. Juli 2001.

⁶ Derartige Einträge finden sich bei einer Reihe der Opfer in Einwohnermelderegistern bis zum heutigen Tag. Diese Vermerke sind offenbar planmäßig auf Weisung des MfS oder des MGB vorgenommen worden, um weiteren hartnäckigen Fragen der Familien vorzubeugen.

Jr-895 v 20.4 84 TOT

Jr. 895 1/4

DEUTSCHES ROTES KREUZ

IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

GENERALSEKRETARIAT

Angehörige
benachrichtigen

SUCHDIENST MÜNCHEN, INFANTERIESTR. 76, MÜNCHEN 40

SUCHANTRAG Nr. Z - 1/12/P1

Gesuchter: Haarmann Datum: 19.11.82
 Russische Nr.: - 11/8 - 1 6 Date: 52.24.1
 Zuname: Haarmann
 Familienname: Хаарманн
 Vorname: Georg Vater: Johannes
 Name: Георг Onkel: Иоаннес
 Geboren am: 25.8.1909 in: Dortmund
 Wohnort: Dortmund
 Beruf: Ingenieur Staatsangeh.: deutsch
 Profession: инженер Staatsangeh.: германское

Letzte
Nachricht: Murde am 16.6.1952 in Saalfeld in sowjetischen
 Posession: Gewehrarm genommen. Später Lager in Berlin-
 Lichtenberg und Brest

Вост в советское заключение 16.6.1952 г. в г.
 Заальфельд. Позднее лагеря в Берлине-Лихтенберге
 и Бресте.

Schülerin
 Gesuch von: Neubach
 Russische Nr.: M Vorname: Elisabeth
 Familienname: B Name: Элизабет
 Zuname: Coburg
 Adresse: 11
 Y 298 11.11.82 4

HAARMANN Georg Wilhelm, 1909-1952, 29-
 Dortmunder, um 3. Januar 1952.



DRK - DEUTSCHES ROTES KREUZ

DRK - DEUTSCHES ROTES KREUZ

DRK - DEUTSCHES ROTES KREUZ

DRK - DEUTSCHES ROTES KREUZ

HAARMANN Georg Wilhelm, 1909-1952, 29-
 Dortmunder, um 3. Januar 1952.

HAARMANN Georg Wilhelm, 1909-1952, 29-
 Dortmunder, um 3. Januar 1952.

Auskunft vom Roten Kreuz Moskau auf die Anfrage des DRK-Suchdienstes München vom 30. November 1982 zum Schicksal von Georg Haarmann am 20. April 1984.
 (Quelle: DRK-Suchdienst München)

Die Arbeit sowjetischer Geheimdienste in der SBZ/DDR

Den Fronttruppen der Roten Armee folgten 1945 die sowjetischen Sicherheitsdienste des NKWD/MWD, NKGB/MGB sowie Spezialtruppen der Militärabwehr, der Smersch, nach Deutschland.⁷ Für die Bewachung der auf dem Boden der SBZ errichteten Speziallager, den Gefangenentransport bis in die UdSSR sowie für die Inhaftierung politischer Gegner waren die Truppen der Innenverwaltung zuständig.

Die Sowjetische Militäradministration für Sachsen-Anhalt (SMASaA), mit Sitz in Halle/Saale, überzog kurz nach der Besetzung das Land mit einem der Verwaltung und Überwachung dienenden Netz von Stadtkommandanturen. Daneben baute der berüchtigte sowjetische Geheimdienst NKWD ein Terrorsystem auf, an dessen Spitze der „Operative Sektor“ für das spätere Land Sachsen-Anhalt stand. Bereits im Herbst 1946 wurden der sowjetischen Staatssicherheit (MGB) die gesamten Befugnisse zur Verfolgung politischer Verbrechen in der SBZ übertragen. Der MGB-Apparat verfügte bis Mai 1953 über rund 2.200 Angehörige in der gesamten SBZ/DDR. Nach Stalins Tod im März 1953 sollte der Personalbestand auf 328 Mitarbeiter abgesenkt werden, doch dieser Plan verzögerte sich auf Grund der Ereignisse um den 17. Juni 1953.

Wie in der ganzen SBZ beschlagnahmte der sowjetische Geheimdienst kurz nach seinem Eintreffen in größeren Orten Sachsen-Anhalts villenartige Privathäuser, ehemalige Amts- oder Fabrikgebäude sowie Gefängnisbauten und richtete diese zu Amtssitzen für den NKWD/MGB im „Operativen Sektor“ des späteren Landes Sachsen-Anhalt her. Keller oder Nebengelasse dieser Häuser wurden zu Haft- und Folterzellen ausgebaut, wie zum Beispiel an den MGB-Dienststellen in Magdeburg, Halle oder Dessau. In diesen sogenannten „GPU-Kellern“ verschwanden Tausende von Frauen, Männer und Kinder: Deutsche Zivilisten, befreite Fremdarbeiter sowie Kriegsgefangene aus der UdSSR, aber auch straffällig gewordene Angehörige der Roten Armee.

⁷ Smersch: Abkürzung von „Tod den Spionen“. Die Sondertruppe der Militärabwehr zur Bekämpfung von deutschen Agenten und sowjetischen Kollaborateuren während des Zweiten Weltkriegs wurde 1946 in das MGB eingegliedert.

Die „operative Arbeit“ im Besatzungsgebiet wurde nach der allgemeinen Verwaltungsstruktur der sowjetischen Militäradministration in der SBZ/DDR organisiert. Neben der Zentrale des NKGB/MGB mit eigenem Zentralgefängnis in Berlin-Lichtenberg verfügte der sowjetische Geheimdienst, seit 1946 unter dem Namen Ministerium für Staatssicherheit (MGB) firmierend, in jedem Land über regionale Strukturen mit einem zentralen Untersuchungsgefängnis.



*Untersuchungshaftanstalt des MfS und MGB sowie Sitz des zentralen SMT für das Land Sachsen-Anhalt in Halle/Saale, Am Kirchtor 20, 2006.
(Quelle: Facts & Files Berlin / Jörg Rudolph)*

In Sachsen-Anhalt richtete der sowjetische Geheimdienst sein Zentralgefängnis im preußischen Zuchthaus „Roter Ochse“ in Halle/Saale ein. Vermutlich im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform der DDR im Sommer 1952 übergab das MGB seine Haftanstalten in den Ländern formal in die Hände des ostdeutschen MfS, das die Gefängnisse häufig bis 1989 als Untersuchungshaftanstalten weiterführte. Allein das Zentralgefängnis für die SBZ/DDR in Berlin-Lichtenberg verblieb länger unter der Kontrolle des MGB.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Zusätzlich zum eigenen Verfolgungs- und Spitzelapparat organisierte der sowjetische Geheimdienst früh die Schaffung von Nachrichtendiensten und Geheimpolizeien in der Staatspartei sowie in der ostdeutschen Verwaltung. Personen aus den illegalen Strukturen der KPD-Geheimdienste aus den Jahren der Weimarer Republik – mit Fronterfahrungen aus dem Spanischen Bürgerkrieg oder aus illegalen Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus – bildeten den Kern der SED-internen Parteiabwehr oder des „Amtes zum Schutze des Volkseigentums“. Auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16. August 1947, der die Verfolgung von NS-Verbrechen auf die Deutsche Volkspolizei übertrug, entstand unter dem Deckmantel der Kriminalpolizei zusätzlich das Kommissariat 5 (K5). Unter der stetigen Aufsicht des MGB bestand die Aufgabe dieser politischen Polizei in der Bekämpfung „faschistischer Banden“ sowie der Verfolgung von „Agenten des Westens“. Kurz nach Gründung der DDR beschloss das ZK der SED, den vielschichtigen Sicherheitsapparat in den Ländern neu zu organisieren und ein eigenständiges Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in die Verwaltungsstruktur der DDR einzubauen. Damit setzte das oberste politische Organ der DDR im Februar 1950 die bereits am 28. Dezember 1948 erteilte Genehmigung zur Gründung eines deutschen Geheimdienstes vom ZK der KPdSU in Moskau um.

Die mit dem Gesetz über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vom 8. Februar 1950 installierte Geheimpolizei agierte unter direkter Anleitung und Aufsicht sowjetischer „Berater“⁹ gegen alle „Feinde des Sozialismus“. Wer unter dieser Bezeichnung einzuordnen war, unterlag der Definitionshoheit der SED-Führung. „Feinde“ im Sinne des MGB bzw. MfS waren neben den Kritikern des sozialistischen Aufbaus unter anderem Angehörige von Kirchen, Mitglieder und Sympathisanten demokratischer Parteien, aber auch Wirtschaftsflüchtlinge.

⁹ Seit 1951 führten die MGB-Verbindungsoffiziere die MfS-interne Bezeichnung „Inspektoren“. Das MfS führte in seinen Akten die Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes NKGB/MGB/KGB unter wechselnden Bezeichnungen und Kürzeln: SKK, D5, Fr., oder „Freunde“. In späteren Jahren wurde der KGB innerhalb des MfS auch als KfS bezeichnet.

Bei wiederholten Personalprüfungen in den Sicherheitsorganen, der Nomenklaturkader oder beim bloßen Ausstellen von Personaldokumenten stießen Kontrollkommissionen, Polizei und MfS immer wieder auf „verdächtige“ Personen. Diese hatten Kontakte zu Verwandten im Westen, waren aus westlicher Kriegsgefangenschaft entlassen worden oder wurden wegen ihrer öffentlichen Kritik am System als „politisch unzuverlässig“ eingestuft. Häufig hatte die Zuordnung zu einer der Kategorien fatale Folgen für die Betroffenen.



*Festnahme durch die Volkspolizei in Berlin, 1952. Bei Verhaftungen trat das MfS häufig in Uniformen der VP auf.
(Quelle: Polizeihistorische Sammlung Berlin / Brombach)*

Das MfS verfügte im Jahre 1950 über ca. 2.500 hauptamtliche Mitarbeiter. Bis zum Jahresende 1953 konnte der Geheimdienst sein Personal nahezu vervierfachen.

Das Ministerium selbst hatte seinen Sitz im ehemaligen Finanzamt von Berlin-Lichtenberg, in der Normannenstraße, in unmittelbarer Nähe zu der zentralen MGB-Ermittlungsabteilung. Dem Minister Wilhelm Zaisser und seinem Staatssekretär Erich Mielke waren fünf Länderverwaltungen der Staatssicherheit von Groß-Berlin, Brandenburg (Potsdam), Mecklenburg (Schwerin), Sachsen (Dresden) und Sachsen-Anhalt (Halle/Saale) sowie die Sonderverwaltungen „W“ (für das Wismut-Gebiet) und „E“ (die

Transportpolizei) unterstellt. Zeitweise wurde auch die Grenzpolizei der DDR von Zaisser kontrolliert. Jede Länderverwaltung des MfS verfügte wiederum über zahlreiche örtliche Dienststellen.

Wie in der Sowjetunion stützten sich auch in der DDR die Geheimdienste bei ihrer Suche nach „Systemfeinden“ auf ein Netz von Spitzeln und Denunzianten. Nicht wenige Geheime Mitarbeiter (GM) hatten sich „auf Druck“ durch einen der Ostblock-Geheimdienste anwerben lassen oder versprochen sich einen persönlichen Vorteil.

Der selbstständige Gemüsehändler Friedrich Lübke aus Haldensleben, Jahrgang 1926, wird Opfer eines MfS-Spitzels mit dem Decknamen „Walfisch“. Es ist der Leiter des Arbeitsamtes von Haldensleben, der sich im Auftrag der Staatssicherheit das Vertrauen Lübkes erschleicht.

Am 18. August 1950 verhaftet ihn das MfS auf einer Reise nach Berlin wegen seiner Verbindung zum RIAS. Bei ihm werden Aufzeichnungen über militärische Anlagen im Raum Haldensleben sowie Listen mit Kennzeichen sowjetischer Kfz gefunden. Nach eigener Erklärung will Lübke wenige Wochen zuvor während eines Besuches in Berlin zur Regelung offener Erbschaftsangelegenheiten einen ehemaligen Kollegen seines Vaters in Berlin-Wilmersdorf aufgesucht haben. Lübke wird von diesem mit dem Leiter des CIC bekannt gemacht. Im Gespräch erkundigt sich der CIC-Chef nach der Stationierung der sowjetischen Besatzungsmacht.

Nach den Berichten des GM „Walfisch“, der Lübke auf Reisen nach Berlin begleitet, soll dieser ihm anvertraut haben, dass er bereits in Kriegsgefangenschaft für eine nachrichtendienstliche Arbeit in der SBZ angeworben worden sei. Nach dessen Berichten will Lübke als Mitglied einer internationalen Spezialeinheit der US-Armee deren Spionageschule in Frankreich besucht haben, woraufhin er nach Haldensleben geschleust worden sei. Später habe er für den englischen Geheimdienst sowie den Nordwestdeutschen Rundfunk gearbeitet.

Die MfS-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt übergibt Lübke, verheiratet und Vater eines Kindes, noch am Tage seiner Verhaftung an das MGB. Lübke wird im MGB-Gefängnis Halle/Saale, „Roter Ochse“ gesehen. Das SMT Nr. 48240 verurteilt ihn dort am 30. November 1950 wegen angeblicher Spionage zum Tode durch Erschießen. Nach Aussagen von Mithäftlingen wird er um den 22. Januar 1951 aus Halle/Saale in die UdSSR deportiert. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 20. Februar 1951 ab. Das Todesurteil wird am 10. April 1951 in Moskau vollstreckt. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert ihn am 21. Dezember 1998.

MFS Karte liegt ein SSK Liste 32

Haldensleben 21. Juni 1952

An das
Ministerium des Innern der DDR
Berlin W 8

BSU
000570

MFS
- 4 -
5. MRZ. 1952
Tph. Nr. 0031/25/153
Weiter an: ...

Mein Sohn Friedrich Lübke, geboren am 29. 10. 1926 in
Haldensleben, ging am 11. August 1950 morgens um 6 1/2 Uhr
von hier fort, um selbigen Tages oder spätestens anderen Tages
zurückzukommen. Bis heute ist er nicht zu uns zurückgekehrt
und erhielt keine Nachricht von ihm. Alle Nachforschungen
nach ihm blieben erfolglos. Wir wurde daher, mich an das
Ministerium des Innern der DDR zu wenden. Sollte es nun
noch nicht die richtige Instanz sein, bitte ich mein
Schreiben weiter zu leiten, damit ich Nachricht bekomme.
Teilen Sie mir bitte den Aufenthaltsort meines Sohnes mit
und was ihm zur Last gelegt wird.

Ihre künftige Antwort entgegenstehend
zeichne kassationsvoll

Haldensleben (194)

Nicht in Kartei
00/10. 7. 52.

Auf ihr Gnadengesuch vom 21. Juni 1952 erhielt die Mutter von Friedrich Lübke keine Antwort. Intern vermerkte das MFS die Abgabe von Lübke an den MGB mit „Karte liegt ein SSK, Liste 32“.

(Quelle: BStU Außenstelle Halle/Saale)

Das erklärte Ziel nachrichtendienstlicher Verfolgungspraxis der Besatzungsmacht und ihrer deutschen Hilfskräfte war es, möglichst viele „politische Gegner“ zu erkennen und sie der juristischen Strafverfolgung zuzuführen. Von der Sowjetunion übernommene Feindbilder, vage ideologische Vorgaben sowie „Gummi-Paragraphen“ im Strafrecht erlaubten es dem MfS, vermeintliche oder wirkliche Kritiker des SED-Regimes beliebig und außerhalb der Normen, die das Rechtssystem in der DDR bot, zu verfolgen. Oftmals hatte die Verfolgung politischer Gegner dramatische Folgen für ganze Familien.

Die Familie von Karl-Otto Hennig, Jahrgang 1895, aus Burg bei Magdeburg, trifft es besonders hart. Hennig, Sohn eines Kaufmanns, verheiratet und Vater zweier Söhne, ist nach dem Krieg als Tiefbauunternehmer tätig. Zuletzt arbeitet Karl-Otto Hennig als Steuereinnnehmer für die Kirchenprovinz Sachsen im Kirchensteueramt Burg. Hennig wird am 28. Juli 1950 in Burg verhaftet und 1951 im MGB-Gefängnis Potsdam inhaftiert. Das SMT Nr. 48240 verurteilt Hennig zusammen mit Joachim Esfeld aus Zerbst am 20. Juni 1951 in Potsdam wegen angeblicher Spionage und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt ihre Gnadengesuche am 5. September 1951 ab, das Urteil wird am 11. September 1951 in Moskau vollstreckt.

Heffrau Ida Hennig, sein Sohn Adolf Hennig und ein Bruder werden ebenfalls vom SMT zu langjährigen Lagerhaftstrafen verurteilt. Frau Hennig kehrt erst 1955 aus einem sowjetischen Lager nach Deutschland zurück.

Um jede öffentliche Aufmerksamkeit zu vermeiden, wurden die meisten Opfer auf dem Weg zur oder von der Arbeit, nachts in oder vor ihren Wohnungen oder während eines zum Schein inszenierten Behördenganges, beispielsweise mittels einer Vorladung zum Arbeitsamt, verhaftet. Dabei traten die MfS-Angehörigen in Uniformen der Volkspolizei auf bzw. wiesen sich als Kriminalbeamte oder Bedienstete städtischer Ämter aus. Im dichten Netz der Zugüberwachung und Bahnhofskontrollen durch die Transportpolizei verfielen eine Reihe von Menschen schon allein deshalb, weil ihre Reisepapiere unvollständig waren oder sie westdeutsche Ausweise, Dokumente oder Waren bei sich hatten. Auch fahndete das MfS auf Weisung sowjetischer Organe gezielt nach Personen und verhaftete diese im Auftrag des MGB.

Martin Meißner aus Rehmsdorf bei Zeitz, Jahrgang 1932, arbeitet als Dekorateur und Sattler in der Werkstatt seines Vaters. Am 31. März 1951 findet das Zugbegleitkommando der Transportpolizei bei einer Kontrolle des Zuges zwischen Berlin und Erfurt in seinem Brotbeutel 300 Klebezettel sowie Broschüren der KGU, darunter auch George Orwells Roman „1984“. In Weimar wird Meißner durch das MfS übernommen. Dieses ermittelt, dass er seit Dezember 1950 unter dem Decknamen „Keller“ mit der KGU zusammengearbeitet und einen Bericht über den VEB Leder- und Kofferwarenfabrik in Zeitz geliefert haben soll.

Der Häftling wird am 23. April 1951 an das MGB überstellt. Zum 24. Mai 1951 wird die Familie aufgefordert, Bekleidung für ihn in die VP-Haftanstalt Weimar, Marienstraße zu bringen. Das SMT Nr. 48240 verurteilt Martin Meißner zusammen mit Reinhard Weise am 26. Juni 1951 in Weimar wegen angeblicher Spionage und Bildung einer antisowjetischen Organisation zum Tode durch Erschießen. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 28. August 1951 ab. Das Todesurteil wird am 11. September 1951 in Moskau vollstreckt. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert ihn am 9. April 1996. Die ebenfalls verurteilte Freundin und ein Freund kehren aus sowjetischen Lagern zurück.

So gut wie keiner der Verhafteten sah jemals einen amtlichen Haftbefehl. Rechtsbeistände wurden regelmäßig verweigert und die mit Kontrollbefugnissen ausgestattete Staatsanwaltschaft scheiterte regelmäßig bei der Einforderung gesetzlicher Vorgaben, wie etwa dem Einhalten von Fristen für die Haftprüfung und die Dauer der Untersuchungshaft, an der Allmacht der Geheimdienste. Bei vorbereiteten Verhaftungen erwirkte der zuständige MfS-Mitarbeiter im ersten Schritt den Haftbeschluss. Dieser war vom Minister für Staatssicherheit Zaisser oder seinem Nachfolger Wollweber, dem Staatssekretär Mielke sowie den Hauptabteilungsleitern, den Leitern der Länderverwaltungen oder deren Stellvertretern, zu bestätigen. Eine vom MfS gesiegelte Einlieferungsanweisung begleitete den Häftling in das jeweilige Untersuchungsgefängnis und wurde zu den Akten genommen. Erst nach der Inhaftierung erwirkte das „Ermittlungsorgan“ des MfS, die Abteilung IX, bei der zuständigen Staatsanwaltschaft einen offiziellen Haftbefehl gemäß der DDR-Strafprozessordnung.

Bei Hausdurchsuchungen führten die MfS-Mitarbeiter in einem amtlichen Durchsuchungsprotokoll alle entnommenen Gegenstände auf, ließen anwesende Zeugen die Aufstellung unterschreiben und hinterließen einen Durchschlag bei der Familie. Dieser Protokolldurchschlag war häu-

fig der einzige Beleg, den die Angehörigen für die Inhaftierung erhalten konnten. Rückfragen über den Verbleib der Verhafteten oder Vermisstenanzeigen beantworteten Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften oder Arbeitsstellen, wenn überhaupt, nur zögerlich. Das MfS teilte nach Rücksprache mit dem MGB nach Richtlinie Nummer 4 vom 6. Januar 1951 üblicherweise in mündlicher Form nur mit: „Die betreffende Person ist von den Organen des MfS festgenommen worden. Weitere Auskünfte können bis zum Abschluss der Untersuchung nicht erteilt werden.“ Konfiszierte Wertgegenstände und Barmittel übernahm die Verwaltung des MfS. Beweise und persönliche Effekten des Häftlings wurden teilweise durch das MGB übernommen, immobile Gegenstände und Inventare wurden durch „örtliche Organe“ verwertet.

Bei der Ermittlungs- und Verhörpraxis übernahm das MfS von seinen sowjetischen Ausbildern die Maßstäbe, auch was den Einsatz physischer Gewalt gegenüber den Häftlingen anging. Übergriffe auf Häftlinge, der Entzug von Essensrationen und nächtliche Verhöre waren beim MfS an der Tagesordnung, um das Ermittlungsziel – das Geständnis des Beschuldigten – zu erreichen. Welches Ausmaß diese Praxis angenommen hatte, belegt die Dienstanweisung 7/51 der Länderverwaltung Thüringen vom 8. Oktober 1951, die ähnlich sicher auch in den anderen Verwaltungen erlassen worden ist. Unter Strafandrohung wurde allen Leitern der Kreisdienststellen und Hauptabteilungen der Staatssicherheit des Landes durch den Minister befohlen, von solchen Übergriffen künftig Abstand zu nehmen. In der Öffentlichkeit werde von „Gestapomethoden“ gesprochen, außerdem sei die Misshandlung von Häftlingen nur der Unfähigkeit geschuldet, „die ihnen übertragenen Aufgaben zu lösen“.

A.B.S.S.R.I.F.F.

Ministerium für Staatssicherheit
- Verwaltung Sachsen-Anhalt -
Dienststelle Dessau

Dessau, den 6.9.1951

36

an das
Ministerium für Staatssicherheit
- Verwaltung Sachsen-Anhalt -
und, des Herrn Inspektor G r u n l e r



Halle / Saale

Betr.: Telefonischer Anruf vom 5.9.1951 bezüglich Schlagen eines
Häftlings

In der Angelegenheit wurde mit dem Sachbearbeiter VP1-Hauptwachmeister Hoffmann Rücksprache genommen. Kamerad Hoffmann erklärte, dass bei dem mündlichen Verhör des am 19.7.1951 inhaftierten [REDACTED] dieser nicht geschlagen worden ist. [REDACTED] stand an der Tür des Zimmers, Hoffmann hat es [REDACTED] gesagt er solle sich dort von der Tür wegstellen. Kamerad Hoffmann hatte ihn an der Schalter gefasst und ihn einen Platz an der Ecke des Zimmers zugeordnet. Wie der VP1-optwa Hoffmann festgestellt hatte, hat [REDACTED] schon bei seiner Einlieferung einen kleinen merklieh blauen Fleck am Auge gehabt.

(gez. Hitzsche)
VP1-Bat.

F.d.H.d.L.

Im Bericht vom 6. September 1951 versuchte die MfS-Dienststelle Dessau, die Gewaltanwendung gegen einen Häftling aus der Gruppe um Horst Benecke zu verschleiern.
(Quelle: BStU Außenstelle Halle/Saale)

Auf den Einsatz physischer Gewalt wurde im weiteren MfS-Alltag dennoch nie ganz verzichtet. Die Haftzellen waren notdürftig eingerichtet und häufig unbeheizt. Kontakte mit der Familie beschränkten sich auf Weitergabe von Paketen mit Wäsche, Winterbekleidung oder Hygienartikeln, die die Angehörigen nach Aufforderung bei angegebenen Polizeirevieren hinterlegen konnten. Einen offiziell zugelassenen Briefwechsel zwischen Angehörigen und Untersuchungshäftlingen gab es nicht. Von den Familien bestellte Rechtsanwälte wurden regelmäßig abgewiesen. In ihrer Haftzeit verfügten viele der Beschuldigten oft nur über die Bekleidung, die sie am Tage ihrer Festnahme getragen hatten.

Standen die Festgenommenen unter dem Verdacht der „Militärspionage“, der „antisowjetischen Propaganda“ oder des „illegalen Waffenbesitzes“, wurden sie vom MfS mehrheitlich rasch den sogenannten „Freunden“, das heißt dem MGB, übergeben. Dies geschah unter Missachtung des Artikels 10 der DDR-Verfassung vom Oktober 1949, der die Auslieferung von DDR-Bürgern an eine fremde Macht ausschloss. Bürger der BRD erhielten in jener Zeit keinerlei konsularischen Rechtsbeistand.

Die Staatssicherheit in Sachsen-Anhalt

Mit Gründung des MfS zum Jahresanfang 1950 wurde eine Landesverwaltung der Staatssicherheit für Sachsen-Anhalt in der damaligen Landeshauptstadt Halle/Saale eingerichtet. Als erster Dienstsitz dienten zwei durch die Besatzungsmacht geräumte Häuser, Jentzschstraße 2 und 3 (heute: Ernst-König-Straße), bevor die Länderverwaltung im späten Frühjahr 1950 in das repräsentative Gebäude Robert-Franz-Ring 14-16 umzog. Der Länderverwaltung, geleitet von dem böhmischen Kommunisten Martin Weikert, waren Dienststellen u.a. in Aschersleben, Bernburg, Dessau, Eisleben, Haldensleben, Halberstadt, Halle/Saale, Magdeburg, Merseburg, Naumburg, Schönebeck, Stendal, Osterburg, Weißenfels, Wernigerode und Zerbst unterstellt.



*Sitz der MfS-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt in Halle, Robert-Franz-Ring 14-16
(Quelle: Stadtarchiv Halle/Saale)*

Martin Weikert, der nach einer Ausbildung in Moskau und Ufa im slowakischen Volksaufstand 1944/1945 gekämpft hat, scheint als ehemaliger Partisan und – seit 1947 – als Leiter der Geheimpolizei K5 sowie als Chef der Landesverwaltung zum Schutze des Volkseigentums für den Posten des Landeschefs der Staatssicherheit geradezu prädestiniert zu sein. Sein ehemaliger Vorgesetzter in der Landespolizei – Wilhelm Zaisser – führt seit Februar 1950 das Ministerium für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg.

Bereits im Frühsommer 1949 rekrutiert Weikert, der spätere Chef der ostdeutschen Geheimpolizei im Land, unter dem Deckmantel eines Personalleiters der VP die ersten hauptamtlichen Mitarbeiter der künftigen Staatssicherheit. Zu Beginn des Jahres 1953 steigt er zum stellvertretenden Minister im MfS auf. Zwischen 1956 und 1957 leitet Weikert die Bezirksverwaltung von Groß-Berlin. Im November 1957 übernimmt er die Leitung der Bezirksverwaltung in Erfurt und tritt 1982 als Generalleutnant des MfS in den Ruhestand.

Nach einer DDR-weiten Verwaltungsreform im Sommer 1952, bei der die fünf Länder in 15 Bezirke aufgegliedert worden waren, führten die im August 1952 eingerichteten Bezirksverwaltungen des MfS in Halle/Saale und Magdeburg die Verfolgung politischer Gegner des SED-Regimes durch die vormalige Länderverwaltung Sachsen-Anhalt in den neugegliederten Territorien fort. Die Verwaltung der Staatssicherheit im Bezirk Halle stand unter Leitung des VP-Inspektors Rudolf Vödich und verblieb bis 1972 im bisherigen Gebäude, um anschließend in einen Neubau umzuziehen.

Die neu gebildete Verwaltung der Staatssicherheit für den Bezirk Magdeburg, unter Führung des Inspektors Franz Schkopik, nahm ihren Sitz in der Elbestadt im Gebäude Walter-Rathenau-Straße 88-89. 1953 zählte sie bereits 464 Beschäftigte. Zum Zeitpunkt der Auflösung des MfS im Jahre 1989 befand sich hier die Kreisdienststelle des MfS für die Stadt Magdeburg. Die Bezirksverwaltung Magdeburg war zuvor in einen Neubau im Kroatenweg umgezogen.

Für die abgetretenen Gebiete des Landes Sachsen-Anhalt zeichneten nach der Gebietsreform die Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit in Cottbus, Leipzig bzw. Potsdam verantwortlich.

Das MfS brachte Personen nach ihrer Inhaftierung zunächst in Revierzellen örtlicher Polizeidienststellen oder Einheiten der Transportpolizei sowie Grenzpolizei unter. Auch überführte sie ihre Opfer in Kellerzellen von MfS-Dienstgebäuden sowie in die Untersuchungshaftanstalten Halle/Saale, Kleine Steinstraße oder den eigenen Untersuchungshaft-

bereich im „Roten Ochsen“ in Halle/Saale, Am Kirchtor. In Magdeburg wurden Untersuchungshäftlinge in das MfS-Untersuchungsgefängnis auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Magdeburg-Sudenburg in der Halberstädter Straße verbracht. Das 1876 in der Neustadt errichtete Haftgebäude, heute Gedenkstätte am Moritzplatz, war erst 1957 vom MfS als eigenes Untersuchungsgefängnis übernommen worden.

Bald nach Gründung des MfS zählt auch der ehemalige Grundschullehrer Heinz Eggebrecht zu den Mitarbeitern der Länderverwaltung. Eggebrecht, geboren 1916 in Oberkaufungen/Kreis Kassel, tritt im April 1950 in die Dienste des MfS. Bereits im September des gleichen Jahres wird er in das Untersuchungsorgan der Landesverwaltung in Halle/Saale – Abt. IX – übernommen. Im Sommer 1952 tritt Eggebrecht in der neugegründeten Bezirksverwaltung Magdeburg an die Spitze der Abteilung IX. Zehn Jahre später leitet er die Bezirksverwaltung in der Elbestadt. Nach einem Zwischenspiel bei der Spionageabteilung unter Markus Wolf übernimmt der MfS-Offizier 1972 als Leiter das Büro der Sportvereinigung Dynamo. 1982 wird Eggebrecht in den Ruhestand versetzt.

Mit Abschluss des MfS-Ermittlungsverfahrens durch die Untersuchungsabteilung überstellte das MfS die Häftlinge in das zentrale Untersuchungsgefängnis „Roter Ochse“ des MGB in Halle/Saale oder übergab sie örtlichen MGB-Dienststellen bzw. der ostdeutschen Justiz. Ebenso wurde mit Personen verfahren, die das MfS nach Anforderung durch die sowjetischen „Berater“ festzunehmen hatte. Mehrere Häftlinge der MfS-Länderverwaltung saßen jedoch zum Zeitpunkt der Übergabe der Ermittlungsverfahren an das MGB bereits im „Roten Ochsen“ ein, so dass es hierbei vermutlich nur zu ihrer Verlegung innerhalb der Hafthäuser kam.

Die 1842 errichtete königlich preußische Justizvollzugsanstalt in Halle/Saale, Am Kirchtor, diente seit Sommer 1945 dem sowjetischen Geheimdienst NKWD/MGB als zentrales Untersuchungs- sowie Durchgangsgefängnis für das Land Sachsen-Anhalt. Es befand sich unweit des Dienstsitzes der Länderverwaltung des MfS, Robert-Franz-Ring, sowie des NKWD/MGB-Quartiers in der Peißnitzstraße. Im Zuchthaus verfügte das MfS seit September 1950 über zwei Hafthäuser mit Zellen und Vernehmungsräumen, nachdem sich die sowjetischen „Freunde“ formal schrittweise aus dem Gelände zurückgezogen hatten. Vermutlich im Rahmen einer am 30. August 1950 einsetzenden Verhaftungswelle gegen Mitglieder der Zeugen Jehovas in Magdeburg, dem Sitz ihrer Deutschlandzentrale, sowie in Halle/Saale und in Halberstadt hatten einige Wochen darauf die

60

erst im Sommer 1950 an die ostdeutsche Innenverwaltung übertragenen Hafthäuser dem MfS überlassen werden müssen. 1952 zieht sich das MfS in das Hafthaus A zurück und nutzt das Gebäude bis zu seiner Auflösung 1989 als Untersuchungshaftanstalt. Häftlinge aus dem Strafvollzug Naumburg mussten 1952 die Hinterlassenschaft des sowjetischen und ostdeutschen Geheimdienstes in den Häusern B, D und C – Wasserzellen und Zugluftbunker – beseitigen. Die Strafvollzugsanstalt Halle diente in jenen Jahren auch als Haftort für SMT-Verurteilte, die später von der SKK der DDR zum weiteren Strafvollzug übergeben worden waren. Im August 1953 saßen 11.603 SMT-Häftlinge in DDR-Gefängnissen ein, bevor man sie schrittweise entließ. Die Abteilung Strafvollzug des DDR-Innenministeriums nutzte die Haftstätte seit 1954 als Strafvollzugsanstalt für verurteilte Frauen, als die sie bis heute in Funktion ist.

Untersuchungshäftlinge des MfS dürften Siegfried Rataizick, geboren 1931 in Halle/Saale, in schlechter Erinnerung behalten haben. Rataizick, von Beruf Kraftfahrer, tritt 1950 seinen Dienst als Wachmann in der Länderverwaltung Sachsen-Anhalt an und wird im gleichen Jahr zum MfS nach Berlin, Abteilung Untersuchungshaft (ab 1952 Abt. XIV) versetzt, deren Leitung er 1963 übernimmt. Oberst Rataizick wird 1990 bei Auflösung des MfS/AfNS entlassen. In seine Zuständigkeit fielen bis zu diesem Zeitpunkt alle Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalten des MfS, unter ihnen auch die UHA Halle/Saale im „Roten Ochsen“, Berlin-Hohenschönhausen sowie die besondere Strafvollzugseinrichtung Bautzen II. Heute befinden sich an diesen Orten Gedenkstätten.

In der Länderverwaltung der Staatssicherheit bildete man, nach dem sogenannten Linienprinzip, die Abteilungen des Berliner Ministeriums ab. Die Abteilung zur Überwachung und Bekämpfung des politischen Untergrunds (Abt. V), die Abteilung zur Überwachung der Innenverwaltung und Polizeikräfte (VII) sowie die Abteilung zur Beobachtung und Verhaftung von Personen (VIII) haben neben der Abteilung für Spionageabwehr und Westarbeit (Abt. II) die meisten der in Moskau erschossenen Personen „operativ bearbeitet“, d.h. überwacht, inhaftiert, verhört und über die Abteilungen Untersuchung (Abt. IX) dem MGB übergeben. Ihre Abteilungsleiter konnten nach Abstimmung mit dem Chef der Länderverwaltung oder seinem Stellvertreter mit einer Unterschrift Maßnahmen bis hin zur Inhaftierung des Beschuldigten verfügen. Die „Zielpersonen“ verloren mit einer Unterschrift von MfS-Obristen alle bürgerlichen Rechte, bis hin zur Hilfestellung durch einen Rechtsanwalt, und alle Kontakte zur Außenwelt.

In den Jahren 1950 bis 1953 stimmten mindestens 1,4 Millionen Ostdeutsche „mit den Füßen“ gegen das SED-Regime ab und flohen aus der DDR. Manche der Flüchtlinge überquerten die Grenze illegal aber auch ein zweites Mal, in Richtung DDR, in die sie aus persönlichen oder wirtschaftlichen Gründen zurückkehrten. Im seit Kriegsende bestehenden Wachregime an der Demarkationslinie nahm in der SBZ am 1. Dezember 1946 eine eigens hierfür gegründete Grenzpolizei die Kontrolle auf. Bei Flucht, Schmuggel oder Heimkehr verhaftete Personen mussten mit drastischen Strafen in Form hoher Geldbußen oder der Inhaftierung als „Spion“ oder „Wirtschaftsverbrecher“ rechnen. Das Risiko derartig brutaler Konsequenzen gingen Tausende ein, um ein aussichtslos scheinendes Genehmigungsverfahren für den Passierschein zu umgehen oder die Geheimpolizeien nicht auf eventuelle Ausreisepläne aufmerksam zu machen. Zwischen Januar und Juni 1950 floh etwa ein Drittel der ca. 700.000 abgewanderten Personen ohne die erforderlichen Papiere.

Nach der Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie vom 16. Mai 1952 verlegte die DDR die Überwachung der Grenzanlagen und Siedlungsräume zunehmend in deren Vorland, verstärkte Sicherungsanlagen oder suchte mit Hilfe von Bahnstreifen oder Kontrollpunkten auf Straßen die Flucht und das Einschmuggeln politisch unliebsamer Schriften und Waren zu verhindern. Solche Schmugglerwaren, fehlende Papiere und Fahrkarten oder aber das „auffällige Verhalten“ eines Reisenden konnten zu dessen Inhaftierung führen. Nach Prüfen der Verhaftungsumstände entschieden die Vorgesetzten der Grenzpolizei darüber, ob die Verhafteten entlassen oder an die MfS-Kreisdienststellen überstellt werden sollten.

Fluchten von VP-Angehörigen in den Westen, ob aus familiären oder dienstlichen Gründen, gehören zum Ermittlungsfeld von Heinz Kühne. Viele Volkspolizeiangehörige haben Kühne mit Sicherheit nie persönlich kennen gelernt, dennoch kannte der Leiter der Abteilung VIIa – VP-Bereitschaften – in der MfS-Länderverwaltung alle ihre Akten sowie Meldungen über besondere Vorkommnisse bei den Polizeibereitschaften und der Grenzpolizei. Personen, die im Rahmen politischer Säuberungen aus dem VP-Dienst ausscheiden mussten, wurden weiterhin durch seine Abteilung verfolgt. Der Antifa-Schüler Heinz Kühne, Jahrgang 1921, 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, tritt nach seiner Entlassung 1948 der VP in Bernburg bei. Das SED-Mitglied wird 1950 für das MfS tätig und leitet bald die Abteilung VIIa in Sachsen-Anhalt. Im Sommer 1952 wird er zum Leiter der Abteilung VII (Mdl/DVP) in der Bezirksverwaltung Magdeburg befördert, im Frühjahr 1953 übernimmt er die Führung der Abteilung III (Volkswirtschaft). Kühne steigt dort 1957 zum „Stellvertreter Operativ des Leiters“ auf. Als Leiter der Bezirksverwaltung und Mitglied der SED-Bezirksleitung Magdeburg scheidet Kühne 1977 aus dem aktiven Dienst der Staatssicherheit aus.

Auf Weisung des Chefs der Deutschen Volkspolizei, Maron – Befehl 39/51 vom 11. Juni 1951 – verfielen alle VP-Angehörigen, welche nach einer Flucht festgenommen werden konnten, dem MfS. Etwa 30 ehemalige VP-Anhörige wurden in Moskau hingerichtet.

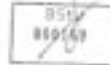
Ende September 1950 flieht der VP-Oberkommissar Gerhard Beil, SED-Mitglied und Leiter der VP-Bereitschaft in Burg bei Magdeburg, in die Bundesrepublik. Der gelernte KfZ-Schlosser, geboren 1924 in Königsberg/Ostprien, dient von 1942 bis 1945 als Unteroffizier in der Wehrmacht und gerät 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1949 entlassen wird.

Bis zu seiner Rückkehr in die DDR, am 21. September 1951, wohnt Beil in Reutlingen. Bei dem Versuch, die Demarkationslinie in Richtung DDR mit gültigem Interzonenpass für eine Reise nach Weimar zu überschreiten, wird er durch die Patrouille des Grenzkontrollpostens Gutenfürst an der bayerisch-sächsischen Grenze (südwestlich von Plauen) verhaftet. Beil, noch immer im Besitz seiner VP-Dienstwaffe, wird drei Tage später von der MfS-Kreisdienststelle Schleiz nach Berlin überführt. Am 9. Oktober 1951 übergibt ihn das MfS an das MGB in Magdeburg.

Abteilung X

Heinrich, den 24.9.1951

BStU
880171



S e r i e n t.

Beilger: Beilger, Gerhard, geboren am 20.11.1924 in Königsberg.

Am 29.7. 1951 wurde ermittelt, daß B. ein Interessengruppe in Berlin erhalten hat und die Absicht habe sich Beil zu seinen Eltern nach Berlin zu begeben.

Am 19.7.1951 war ihm bekannt, daß B. mit Interessengruppe am 20.7. 1951 wahrscheinlich in einem einsamen Ort, von dem keine Angaben gemacht wurden, um bei Kontakten des B. mit dem Interessengruppe festzunehmen. Die Wohnung der Eltern, Berlin, [REDACTED] wurde ständig überwacht.

Am 29.7.1951 postierte B. den Kontaktpunkt "Gutenfurch" mit Interessengruppe. Bei der Kontrolle am Kontaktpunkt fand man bei Beil eine Pistole. Daraufhin wurde er sofort von der Grenzpolizei festgenommen und Berlin verhaftet.

Von der Abteilung 7a Berlin wurde Beil sofort von der VP 0,1st inhaftiert abgeholt.

Der Fahndungsvorgang "Beil Gerhard" ist somit für die Abteilung X der Vertriebenen "Thüringen" abgeschlossen.

In den Untersuchungen durch die Abteilung 7a Berlin gegen den flüchtigen ehemaligen VP Angehörigen durchgeführt werden, über dessen wir Ihnen das von uns bearbeitete Vergehen "Beil Gerhard" zur weiteren Verwendung und Auswertung.

(Schluß)
Leiter der Abteilung X

Bericht der Länderverwaltung Thüringen an das MfS über den Abschluss der Fahndung nach dem VP-Angehörigen Gerhard Beil vom 24. September 1951.
(Quelle: BStU Zentralarchiv Berlin)

Gerhard Beil wird am 29. Dezember 1951 wegen angeblicher Spionage und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation durch das SMT Nr. 48240 zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 18. März 1952 ab, das Urteil wird zwei Tage später in Moskau vollstreckt.

An Feiertagen oder Großveranstaltungen der Staatspartei versuchte das MfS durch besonders scharfe Kontrollen den illegalen Grenzübertritt zu verhindern. So waren während der Jugendfestspiele im August 1951 im Rahmen der Absicherungsaktion „Morgenröte“ allein in Ost-Berlin 722 MfS-Angehörige zur Überwachung eingesetzt. DDR-weit hatte das MfS 11.161 GMs, Informatoren und Hilfsinformatoren mobilisiert, unter ihnen 1.274 Agenten, die von der Länderverwaltung Sachsen-Anhalt beauftragt wurden. Unter den 716 bei der Operation „Morgenröte“ Festgenommenen befanden sich Gerhardt Mann aus Sachsen und Paul Pagels aus Brandenburg. Beide wurden in Moskau erschossen.

Das MGB als Ermittlungsorgan in SMT-Verfahren

Die Verhafteten wurden nach einer ersten Durchsuchung, Verhören zur Person und Gegenüberstellungen in Untersuchungsgefängnisse des MfS gebracht oder sofort an das MGB überstellt.¹⁰ Nach einer offiziellen Statistik des russischen Inlandsnachrichtendienstes soll der Geheimdienst in den Jahren 1950 bis 1953 ca. 8.200 Deutsche inhaftiert haben. Hierbei dürfte etwa die Hälfte der Verhaftungen auf das Konto des MfS gegangen sein.

Alle bei Hausdurchsuchungen in Wohnungen des Beschuldigten, bei den Eltern oder im sozialen Umfeld aufgefundenen Beweismittel wurden dem MfS-Abschlussbericht beigelegt und häufig zusammen mit dem Häftling an das örtliche MGB-Quartier übergeben.



*Lubjanka – das Zentralgebäude des sowjetischen Geheimdienstes in Moskau, heute Sitz des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, 2005.
(Quelle: Facts & Files Berlin / Jörg Rudolph)*

¹⁰ Rolf Lehrmann (Name geändert) wurde am 22. Februar 1952 im „Roten Ochsen“ Halle/Saale zum Tode verurteilt und am 30. Mai in Moskau begnadigt. Er erinnert in seinem Bericht an die Umstände seiner Verhaftung durch das MfS Ende Oktober 1951, das Tribunalverfahren und die anschließende Lagerzeit. Vgl. dazu: Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Landesgruppe Sachsen (Hsg.) Betroffene erinnern sich. „Vom Roten Ochsen geprägt“ Lebensumstände politischer Häftlinge von 1944 bis 1956. Schriftenreihe LStU Sachsen-Anhalt, Bd. 1, Magdeburg 1995, S. 61 – 74.

Nach der Übernahme durch den sowjetischen Geheimdienst wurden die Beschuldigten in den MGB-Gefängnissen inhaftiert und dort einem oft wochenlangen Ermittlungsverfahren unterzogen. Die Verhöre durch die verantwortlichen MGB-Untersuchungsführer fanden unter unmenschlichen Bedingungen häufig nachts statt. Das MGB folterte seine Opfer durch Schläge, Isolation oder Schlafentzug. Die beteiligten Protokollanten und Dolmetscher zeichneten in russischer Sprache auf, was ihnen für das Verfahren zweckmäßig und sinnvoll erschien, so dass sich die Geheimdienstprotokolle heute wie Handreichungen zur Manifestierung typischer Feindbilder des Ostblocks lesen. In der Hoffnung, sich dadurch den unwürdigen Haftbedingungen entziehen zu können, oder angesichts der Drohungen, Familienmitglieder ebenfalls festzunehmen und brutal zu verhören, unterschrieben die Beschuldigten selbst Protokolle mit völlig falschen Behauptungen.

Der verantwortliche Ermittler legte dem Ankläger des Militärtribunals in seinem Abschlussbericht eine Empfehlung für das zu verhängende Strafmaß vor. Nicht die objektiv festgestellte Schuld des Einzelnen, sondern bereits willkürliche Behauptungen einer Spionagetätigkeit konnten so das Todesurteil für die Betroffenen bedeuten. Persönlich vom Gefangenen unterschriebene Verhörprotokolle führten der Ankläger und später der Vorsitzende Richter als wichtigstes Beweismittel in das Verfahren ein. Die Aussage von Entlastungszeugen konnten die Beschuldigten im Prozess ebenso wenig beanspruchen wie einen eigenen Rechtsbeistand. Die Akteneinsicht zur Vorbereitung auf den Prozess wurde ihnen ebenfalls nicht gewährt. Auch konnte ein Teil der in Gruppenprozessen eingebundenen Beschuldigten unvermittelt in den Rang von Zeugen der Anklage geraten, ohne sich dem entziehen zu können oder zur Sache selbst gehört worden zu sein. Das bloße Bekenntnis einer persönlichen Bekanntschaft, der Eintrag im Adressteil eines Kalenders oder aufgefundene Briefe genügten bereits als Indiz für die Gruppenbildung.

Die von den Geheimdiensten manipulierten Unterlagen, eventuelle Beweise oder gesicherte Aussagen sind schwer zu prüfen, da noch nicht alle Akten zugänglich sind oder die Unterlagen teilweise auf Weisung des Militärtribunals vernichtet wurden. Recherchen in den Akten westlicher Geheimdienste werden noch immer durch erhebliche Hindernisse erschwert.

Sowjetische Klassenjustiz in Deutschland

Von 1945 bis 1955 verhängten sowjetische Militärtribunale verschiedener Truppenteile Urteile gegen ca. 40.000 deutsche Zivilpersonen und Kriegsgefangene. In dieser Zeit wurden ca. 3.000 Deutsche durch Militärrichter zum Tode verurteilt. Unter Anwendung des Staatsschutzartikels 58 aus dem Strafgesetzbuch der russischen Sowjetrepublik verhängte die Militärjustiz zwischen Februar 1950 und Anfang 1954 gegen 1.112 Deutsche die Höchststrafe – den Tod. Zwischen Oktober 1947 und Februar 1950 setzte die sowjetische Führung Todesstrafen mittels eines Moratoriums aus. Die Wiedereinführung der Todesstrafe wurde in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.¹¹

In den ersten beiden Jahren nach Kriegsende verurteilten Militärrichter auf Grundlage der „Kontrollratsdirektive Nr. 10“, des „Ukas 43“ oder des Artikels 58-2, Personen in erster Linie wegen ihrer Teilnahme an nationalsozialistischen Verbrechen bzw. Kriegsverbrechen gegen die Sowjetbevölkerung, der Besetzung der UdSSR oder des illegalen Waffenbesitzes. Jugendlichen wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit zumeist wegen des Vorwurfs der Teilnahme an Aktionen des „Werwolfs“ drastische Strafen auferlegt. Die Mehrzahl der Todesurteile aus den Jahren 1945 bis 1947 wurden in der SBZ an bisher unbekannten Orten oder unmittelbar in den Speziallagern, wie Bautzen oder Sachsenhausen, vollstreckt.

Trotz einer feierlichen Machtübergabe an die ostdeutsche Partei- und Staatsführung bei Gründung der DDR im Oktober 1949 behielt sich die sowjetische Besatzungsmacht unter dem Deckmantel der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) mit Sitz in Berlin-Karlshorst das weitere Verfügungsrecht über die ostdeutsche Besatzungszone und ihre Bewohner vor. Zwar übertrug die SKK zum Jahreswechsel 1949/1950 offiziell neben der Rechtssprechung auch den Strafvollzug von politischen Häftlingen an die neu geschaffene Innenverwaltung der DDR, dennoch unterhielt die Be-

¹¹ Ende November 1950 konnten Angehörige von Wilhelm Schluckebier im „Thüringer Tageblatt“ lesen, dass durch ein Militärtribunal der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (SMT) gegen ihn und vier weitere Angeklagte ein Todesurteil ausgesprochen worden war. Die DDR-Presse berichtete unter dem Titel „Gerechtes Urteil gegen Spione“ einen Tag nach der Tribunalssitzung über die Todesurteile. Mit derartigen Meldungen kam die DDR-Regierung Weisungen höchster sowjetischer Stellen nach, um eine Drohkulisse aufzubauen. Doch schon nach der Publikation einiger weniger Fälle kurz vor Ende des Jahres 1950 verzichtete man in Moskau auf die weitere Veröffentlichung von Todesurteilen, da sich hierfür vorbereitete Verfahren verzögerten und vermehrt antisowjetische Stimmen in der Bevölkerung laut wurden.

satzungsmacht auch weiterhin ein paralleles Rechtssystem, das, entgegen dem genannten verfassungsrechtlichen Auslieferungsverbot, ostdeutsche Zivilisten verurteilte. Die bereits seit 1945 in der SBZ agierenden Sowjetischen Militärtribunale (SMT) verhängten bis 1955 unangemessen hohe Strafen gegen Zivilisten aus beiden deutschen Staaten.

Die MGB-Untersuchungsführer schlossen in der Regel nach ca. einem halben Jahr Ermittlungstätigkeit ihr Verfahren ab. In der vom Militärankläger dem Gericht vorgelegten Anklageschrift griff man in weiten Teilen auf die Ermittlungsergebnisse und Formulierungen aus dem abschließenden MGB-Bericht zurück. Ähnliches galt für das Gericht, das in seiner ausführlichen Urteilsbegründung auf die Textvorlagen des MGB und des Anklägers zurückgriff. Den vorgeschlagenen Strafraum legitimierte das MGB mit ausgewählten Dokumenten, die der Nachrichtendienst speziell in einer für das Tribunal aufbereiteten Akte zusammenführte.

Zu den geheimen Gerichtsverhandlungen reisten Militärrichter des SMT Nr. 48240 aus Berlin-Lichtenberg in die zentralen MGB-Haftanstalten der Länder Brandenburg (Potsdam, Lindenstraße sowie Leistikowstraße), Mecklenburg (Schwerin, Demmlerplatz), Sachsen (Dresden, Bautzener Straße), Sachsen-Anhalt (Halle/Saale, Am Kirchtor) und Thüringen (Weimar, Carl-von-Ossietzky-Straße). In der MGB-Haftanstalt Chemnitz-Kaßberg ahndete das Militärtribunal „Verbrechen“ im sogenannten „Wismut-Gebiet“. An den Haftstandorten bildeten die Militärjuristen zeitweise auch zusammen mit örtlichen Offizieren ein Tribunal. Alle Verfahren wurden auf russisch geführt, auf Grund mangelnder Sprachkenntnisse übersetzten die Dolmetscher die Verfahren oft nur bruchstückhaft. Im Verfahren selbst ließ der Vorsitzende Richter weder Entlastungszeugen noch Verteidiger oder Publikum zu. Die Einsprüche der Beklagten oder Forderungen nach Rechtsmitteln wurden grundsätzlich abgelehnt. Der Vorsitzende Tribunalrichter verkündete die Urteile und ließ sich von den Gefangenen zum Schluss die Kenntnisnahme der Urteile in einem Formular quittieren. Wie viele Häftlinge nach der Urteilsverkündung feststellen konnten, entsprach ihre Sitzordnung während des Prozesses dem verkündeten Strafmaß, das also bereits vorher festgelegt worden war.

Nicht selten fand sich bei derartigen Gerichtsverhandlungen erstmals eine Gruppe von Beschuldigten zusammen, die willkürlich von den Geheimdiensten als „Tatgemeinschaft“ zusammengestellt wurde. Im Gerichtssaal – im MGB-Untersuchungsgefängnis Halle/Saale „Roter Ochse“ fanden die Verhandlungen im zentralen Haftgebäude statt – sahen eventuell mitangeklagte Ehefrauen oder Freunde die zum Tode Verurteilten oft das letzte Mal. Bereits kurz nach der Verkündung der Todesstrafe separierte das MGB seine Opfer von den übrigen Häftlingen und brachte

diese in speziellen Todeszellen unter. Auf allen folgenden Transporten wurden sie von den Häftlingen mit Zeitstrafen streng abgesondert und ihr Einschluss in Gemeinschaftszellen vermieden.

Die Strafanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale war seit 1945 einer der zentralen Gerichtsstandorte sowjetischer Militärtribunale für das spätere Land Sachsen-Anhalt. Dem hier tagenden Militärtribunal konnten im Zeitraum ab 1950 bisher 51 Todesurteile nachgewiesen werden. Ganze fünf der für diesen Gerichtsort bekannten Todesurteile wurden nicht vollstreckt und in 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt. Von April 1950 bis Dezember 1953 wurden am Gerichtsstandort Berlin-Lichtenberg 19 Personen, in Weimar 9, in Potsdam 8, in Schwerin 2, in Dresden eine Person sowie in Chemnitz-Kaßberg vermutlich zwei Einwohner des Landes Sachsen-Anhalt zum Tode verurteilt.¹² Es ist daher anzunehmen, dass die Mehrzahl derjenigen, die im Land Sachsen-Anhalt verhaftet worden waren, in Halle/Saale verurteilt wurde.

Insgesamt wurden zwischen 1950 und 1953 in Moskau vom MGB 140 Personen hingerichtet, die entweder auf dem Gebiet der preußischen Provinz Sachsen oder im Land Anhalt geboren waren oder bis zu ihrer Verhaftung im Land Sachsen-Anhalt gewohnt hatten. Unter diesen Opfern stalinistischer Justiz finden sich fünf Frauen.

Zum Jahresende 1978 prüft das MfS im Rahmen der Überwachung von Messebesuchern aus Westdeutschland das Schicksal von Elfriede und Erhard Liebscher. Durch einen „inoffiziellen Hinweis“ hat es erfahren, dass ein ehemaliger Mithäftling bzw. Familienangehöriger, der sich offenbar als Messegast in der DDR aufhält, nach den beiden sucht. Der Bitterfelder Lokführer, Jahrgang 1908, und seine Frau, eine selbstständige Scheiderin, Jahrgang 1915, waren am 12. Juni 1952 verhaftet und Elfriede Liebscher in das Frauengefängnis Halle/Saale überführt worden. Seitdem gelten beide als verschollen. Das MfS erkundigt sich nach erfolglosen Recherchen in den eigenen Akten beim KGB. Anfang 1979 teilt dessen Verbindungsoffizier mit, das Paar sei wegen seines selbstgesuchten Kontaktes zur KGU und der Verteilung von Flugblättern durch ein Tribunal zum Tode verurteilt und beide Urteile seien vollstreckt worden. Der KGB fordert vom MfS strengste Geheimhaltung über den Fall.

¹² Zwei Personen verurteilte das SMT Nr. 92410 am Standort Magdeburg am 18. Juni 1953 zum Tode, die Urteile sind auf dem Boden der DDR vorstreckt worden.

Hauptabteilung IX
Stellvertreter des Leiters

Berlin, den 10. April 1979
za-kru/13/114/987 /79

314

BStU
009003

Abteilung X
Leiter

LIEBSCHER, Erhard und Elfriede, ehemals wohnhaft in Bitterfeld
Schreiben der BV Leipzig, AGM vom 20. 12. 1978, Tgb.-Nr.: AGM/
333/78, dattiges Schreiben vom 22. 12. 1978, Tgb.-Nr.: X/7181/78

Das Komitee für Staatssicherheit der UdSSR hat aufgrund der Anfrage der Hauptabteilung IX mitgeteilt, daß obengenanntes Ehepaar LIEBSCHER wegen subversiver Tätigkeit im Auftrage der Westberliner Diversions- und Spionagezentrale "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (KgU) am 15. 10. 1952 durch ein Militärtribunal zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil wurde vollstreckt.

In dem durchgeführten Untersuchungsverfahren wurde nachgewiesen, daß LIEBSCHER, Erhard und Elfriede im Jahre 1951 aus feindlicher Einstellung gegen die DDR und UdSSR Kontakt mit der KgU aufnahmen und sich als Agenten anwerben ließen. In der Folgezeit führten sie systematisch und arbeitsteilig erhaltene Aufträge zur Sammlung und Auslieferung geheimhaltender Nachrichten sowie zur Verbreitung der von der KgU erhaltenen Hetzschriften auf dem Gebiet der DDR aus. Darüber hinaus warben sie auftragsgemäß weitere Träger der DDR zur Feindschaft an und versuchten mittels chemischer Substanzen Diversionsakte zu begehen.

Es wird gebeten, den vorstehenden Sachverhalt der Arbeitsgruppe Messe über den Stellvertreter Operativ der BV Leipzig mitzuteilen und darauf hinzuweisen, daß diese Information der sowjetischen Freunde ausschließlich zur internen politisch-operativen Kenntnisnahme bestimmt ist.


Coburger
Oberst

Personenanfrage des „Untersuchungsorgans“ IX/11 im MfS zum Verbleib der Familie Liebscher an die MfS Abteilung XIV, zuständig für die internationalen Verbindungen, vom 8. Januar 1979. Ende März 1979 läuft die Antwort aus dem KGB-Archiv Moskau in Berlin ein.
(Quelle: BStU Zentralarchiv Berlin)

Im Bericht des KGB finden sich keine Hinweise zu Elenore Hintz und Günter Schreiber, die zusammen mit den Liebschers am 15. Oktober 1952 durch das SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg wegen angeblicher Spionage, Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation, Verteilung konterrevolutionärer Flugblätter sowie Vorbereitung und Durchführung von Sabotageanschlägen zum Tode durch Erschießen verurteilt werden.

Eleonore Hintz, Jahrgang 1920, arbeitet als Sachbearbeiterin bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Halle/Saale. Seit 1946 ist sie Mitglied der LDP(D). Sie wird am 30. Juni 1952 auf offener Straße verhaftet, als sie Kontakt zu einem Kurier der Kampfgruppe aufnimmt. Am folgenden Tag wird Günter Schreiber, Jahrgang 1910, Referent für die Abteilung Alkohol und Benzin bei der IHK in Halle/Saale, in seiner Wohnung verhaftet. Schreiber, Vater zweier Söhne, hat seit Mitte Mai 1951 für die KgU gearbeitet und deren Flugblätter sowie Broschüren verteilt.

Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt die Gnadengesuche der Gruppe am 2. Januar 1953 ab. Die Todesurteile werden am 7. Januar 1953 in Moskau vollstreckt. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert die vier Opfer am 23. November 1994.

Prüfung der Verfahren und Gnadengesuche an das Präsidium des Obersten Sowjets

Kurz nach der Urteilsverkündung, häufig noch in der darauffolgenden Nacht, durften die Häftlinge ein Gnadengesuch an das Präsidium des Obersten Sowjets formulieren und bei Gericht einreichen. Einige resignierte Häftlinge mussten durch ihre Mitgefangenen dazu gedrängt werden, von diesem letzten zur Verfügung gestellten „Rechtsmittel“ Gebrauch zu machen. Zusammen mit einer Übersetzung ihres Gnadengesuchs in russischer Sprache sowie den ausführlichen Stellungnahmen des Militärtribunals und der Militärstaatsanwaltschaft übersandte das Gericht die Strafakten an die Oberste Militärstaatsanwaltschaft, das Oberste Militärgericht, das ZK der KPdSU sowie an das Präsidium des Obersten Sowjets in Moskau. Stalin selbst nahm alle politischen Todesurteile im Rahmen der Überprüfung der Vorschläge des ZK der KPdSU für den Obersten Sowjet zur Kenntnis. In ca. 10 Prozent aller bekannten Fälle folgten die obersten Gremien den Gnadengesuchen und begnadigten die Verurteilten zu 25 Jahren Strafarbeitslager des sowjetischen GULags. Aus diesen konnten einige, dank der Moskau-Reise des Bundeskanzlers Dr. Adenauer in September 1955, wenig später nach Deutschland heimkehren.

Erich Zahn und Werner Richter werden im Verfahren gegen eine vorgeblich bewaffnete Widerstandsgruppe in Großmühlungen südlich von Schönebeck ebenso wie der Kopf ihrer Gruppe, Theodor Wesche, vom SMT Nr. 48240 am 2. Dezember 1950 im MGB-Gefängnis Halle/Saale wegen ihrer Verbindung zur KGU zum Tode verurteilt.

Der Stahlwerker Zahn, Jahrgang 1921, wird 1949 nach fünf Jahren aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Richter, Jahrgang 1927, arbeitet als Kranführer.

Im Sommer 1950 verhaftet das MfS beide als Mitglieder einer „Kampfgruppe“ um Wesche. Zusammen mit den Brüdern Theodor und Fritz Wesche sowie Rudi Rose werden sie an das MGB in Halle/Saale übergeben. Zahn und Richter werden vom Präsidium des Obersten Sowjets am 15. März 1951 begnadigt und aus dem Moskauer Gefängnis Butyrka in Lager des GULag verschleppt. Von dort können sie 1955 bzw. 1956 in die DDR zurückkehren.

Weil das Urteil der ersten Instanz von den Moskauer Richtern oder Funktionären als zu milde eingestuft wurde, mussten einige der zu Zeitstrafen verurteilten Personen durch eine Revision ihrer Verfahren härtere Strafen hinnehmen. Unter den Betroffenen waren auch Häftlinge, die, zu Zeitstrafen wie 25 Jahre Arbeitslager verurteilt, bereits in DDR-Haftanstalten einsaßen und nach der Revision ein erneutes Tribunalverfahren über sich ergehen lassen mussten.

Der Spitzelbericht eines Geheimen Mitarbeiters des MfS bringt im Sommer 1951 den Angehörigen der VP-Bereitschaft Torgau, Walter Monien, in Bedrängnis. Nach Aussagen eines Informanten spiele der VP-Hauptwachtmeister mit dem Gedanken, sich während der III. Weltfestspiele nach West-Berlin abzusetzen; außerdem habe er Stalin vor Kameraden der Lächerlichkeit preisgegeben und dem NS-Staat sowie dessen Idealen nachgetrauert. Monien, 1927 in Dorben/Ostpreußen geboren, war 1944 freiwillig dem Reichsarbeitsdienst der Waffen-SS beigetreten und bei Kriegsende in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten. Nach seiner Rückkehr in die DDR Ende 1949 tritt der gelernte Gärtner in die FDJ ein und verpflichtet sich zum Dienst bei der Volkspolizei. Am 19. Juli 1951 verhaftet ihn das MfS und übergibt ihn an das MGB in Halle/Saale. Ein in Halle/Saale tagendes Sowjetisches Militärtribunal verurteilt ihn bereits am 4. August desselben Jahres wegen „antisowjetischer und antidemokratischer Hetze“ zu 25 Jahren Arbeitsbesserungslager. Die Besatzungsmacht überstellt ihn zum 20. Oktober 1951 in die Justizvollzugsanstalt Bautzen, von wo aus er auf Weisung des MGB am 15. Juni 1952 zurück an die „SKK Halle“ überstellt wird. Der Untersuchungshäftling des MGB Monien wird fast ein Jahr nach seinem ersten Urteil vom SMT Nr. 48240 am 10. Juli 1952 erneut in Halle/Saale wegen angeblicher Verleumdung und Agitation gegen die UdSSR, Anstiftung zu Terroranschlägen sowie antisowjetischer und antidemokratischer Propaganda vor Gericht gestellt und diesmal zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt sein Gnadengesuch am 8. September 1952 ab. Das Todesurteil wird zwei Tage später in Moskau vollstreckt. Auf einer MfS-Karteikarte aus dem August 1972 wird fälschlicherweise vermerkt, dass Monien „1955 ungesetzlich die DDR verlassen“ hätte. Die russische Militärsstaatsanwaltschaft rehabilitiert ihn am 15. Februar 1999.

Häftlingstransport und Hinrichtungen in Moskau

Das MGB überführte meist wenige Tage nach der Urteilsverkündung die Mehrzahl aller auf dem Gebiet der DDR zum Tode Verurteilten in das Gefängnis Berlin-Lichtenberg, Magdalenenstraße. Bereits 1945 hatte der NKWD/MGB das frühere Amtsgericht Berlin-Lichtenberg am benachbarten Roedeliusplatz übernommen. Zwischen 1950 und 1953 nutzte das höchste Militärgericht der Sowjetarmee auf dem Boden der DDR, das SMT Nr. 48240, den imposanten Behördenbau. Im angegliederten Gefängnis brachte der Geheimdienst seine zentrale Untersuchungshaftanstalt für die SBZ/DDR unter. Zwischen 1952 und 1953 übernahm das MfS das Hafthaus. Hier wurden noch bis 1989 Untersuchungshäftlinge der Staatssicherheit eingesperrt. Nach kurzem Leerstand ist seit 1994 im Gebäude ein Frauengefängnis der Berliner Justizverwaltung untergebracht. Eine Plakette auf der Seite Alfredstraße des renovierten Gebäudes erinnert an die Nutzung als Terrorstätte der kommunistischen Diktatur zwischen 1945 und 1989.



Amtsgerichtsgefängnis Berlin-Lichtenberg, Magdalenenstraße. Von 1945 bis 1952 wurde es vom NKWD/MGB und von 1952/53 bis 1989 vom MfS als zentrale Untersuchungshaftanstalt für die SBZ/DDR genutzt. Seit 1994 ist dort ein Frauengefängnis untergebracht, 2005. (Quelle: Facts & Files Berlin / Jörg Rudolph)

Die Häftlinge des MGB wurden in als Reise- oder Postwagen getarnten Waggons vom Bahnhof Berlin-Lichtenberg aus nach Brest-Litowsk verlegt. Die Waggons wurden zumeist an den Pendelzug zwischen Berlin und Moskau, den „Blauen Express“, angehängt. Aus dem Transitgefängnis Brest-Litowsk, das in einer historischen Festung an der sowjetischen Grenze untergebracht war, wurden die Häftlinge in ähnlichen Waggons nach Moskau weitertransportiert. Das MGB überstellte sie in die Gefängnisse der sowjetischen Hauptstadt: Butyrka, Lefortowo sowie in das „Innere Gefängnis“ in der Zentrale der sowjetischen Geheimdienste: der Lubjanka.

Während des Eisenbahntransports oder bei Verladungen in Brest und Moskau wurden einige der später Ermordeten zum letzten Mal lebend von Mithäftlingen gesehen. Wie Heimkehrer später berichteten, konnten sich die Verurteilten während ihrer Haftzeit untereinander mittels eines einfachen Systems von Klopfzeichen verständigen. Die Häftlinge ritzen ihre Namen und Urteile ins Essgeschirr oder in die Zellenwände, um so letzte Nachrichten über ihr Schicksal zu hinterlassen. Nachrichten dieser Art erreichten die Familien meist erst Jahre nach dem Verschwinden ihrer Angehörigen.

Herbert Dubois, geboren 1909, Kaufmann aus Aschersleben, wird von Mithäftlingen während eines Transports im März 1952 im Durchgangsgefängnis Brest-Litowsk zum letzten Mal lebend gesehen.

Die MfS-Dienststelle Aschersleben verhaftet Dubois und seine Ehefrau am 10. Oktober 1951. Dubois, seit 1950 Mitglied der LDP(D), wird durch das MfS in die Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ nach Halle/Saale überstellt. Dort verurteilt ihn das SMT Nr. 48240 zusammen mit Konrad Gräble am 12. Januar 1952 wegen angeblicher Spionagetätigkeit für ausländische Geheimdienste und wegen Aufbaus einer Widerstandsorganisation zum Tode durch Erschießen. Gleich nach dem Urteil wird Dubois aus Halle über das MGB-Gefängnis in Berlin-Lichtenberg nach Moskau transportiert. Das Präsidium des Obersten Sowjets lehnt das Gnadengesuch am 29. März 1952 ab und das Todesurteil wird am 2. April 1952 in Moskau vollstreckt. Die russische Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert ihn am 28. April 2001. Dubois' Ehefrau wird vom SMT zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt und Anfang 1957 aus dem Frauengefängnis Hoheneck bei Stollberg/Erzgebirge entlassen.

Die meisten der zum Tode verurteilten Deutschen wurden in die Todeszellen des berühmten Moskauer Butyrka-Gefängnisses, unweit des Weißrussischen Bahnhofs, eingeliefert. Die im Nordwesten Moskaus gelegene, festungsartige Kaserne aus dem 17. Jahrhundert dient seit 1879 bis zum heutigen Tag als Haftstätte u.a. für politische Gefangene.



*Hofansicht des Butyrka-Gefängnisses. Die im Nordwesten Moskaus gelegene Festung aus dem 17. Jahrhundert dient seit 1879 als Gefängnis für politische Gefangene.
(Quelle: Memorial International Moskau)*

Häftlinge, die in anderen Gefängnissen Moskaus inhaftiert waren, wurden durch das MGB kurz vor der Hinrichtung in das Butyrka-Gefängnis gebracht. Nach einer letzten Personenidentifizierung wurden die Gefangenen nachts von Mitarbeitern der Verwaltung/Hauskommandantur der MGB-Zentrale in den Kasematten des Butyrka-Gefängnisses¹³ hinterrücks erschossen. Das Erschießungskommando unterstand dem MGB-Generalmajor Wassili Michajlowitsch Blochin (1895–1955). Blochin, seit 1926 für die Vollstreckungen von Todesurteilen in Moskau verantwortlich, war zuletzt als stellvertretender Leiter der Verwaltung und als Kommandant des MGB tätig. Er unterzeichnete regelmäßig den Vollstreckungsbescheid der Todesstrafe. Kurz nach Stalins Tod wurde der General aus dem Geheimdienst entlassen.

¹³ Die vier Todesurteile durch das SMT nach Kriegsrecht im Umfeld des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 bilden die einzige bisher bekannte Ausnahme. Diese Urteile wurden auf dem Boden der DDR vollstreckt.

346

С П Р А В К А

Приговор Военного Трибунала восточной части
48240 от 4 апреля 1951 года в
 отношении осужденного к СМ - расстрелу Штихлин
Оtto-Эриха-Рихарда
1890 года рождения, уроженца _____
г. Ахсенбург, Земля Бранденбург
 приведен в исполнение 27 июня 1951 года.

НАЧАЛЬНИК 3 ОД 1 СЕКТОРА (УЧЕЛА «Д» МГБ СССР
 ПОДПОДЛИСНИК

 (Воронов)

MGB-Bescheid über die Vollstreckung des Todesurteils von Otto Stichling, der zusammen mit zehn weiteren Mitgliedern der Gruppe um Anna und Gerhard Schubert aus Guben am 27. Juni 1951 in Moskau hingerichtet wurde.
 (Quelle: Privat)

Nach einer schriftlichen Mitteilung über den Vollzug der Todesstrafe an das beteiligte Militärgericht, allein in 917 Fällen also an das SMT Nr. 48240, schloss die MGB-Verwaltung die betreffenden Häftlingsakten und überwies diese an ein Geheimdepot, wo sie bis heute lagern.

Bestattungen auf dem Moskauer Friedhof Donskoje

Die Leichen der Ermordeten ließ das MGB noch in der Nacht der Hinrichtung im Krematorium des Friedhofs Donskoje im Südwesten Moskaus verbrennen. Das damals einzige Krematorium der Stadt wurde Mitte der 1920er Jahre in ein Kirchengebäude auf dem Gelände des „Neuen Friedhofs“ des 1591 gegründeten Klosters Donskoje eingebaut. Das Krematorium der bekannten Erfurter Firma Topf & Söhne war zwischen 1927 bis 1972 regelmäßig und in Ausnahmefällen auch bis 1982 in Betrieb. Seit 1935 ließ hier der NKWD/MGB die Leichen seiner Opfer aus den Moskauer Gefängnissen einäschern. Bis 1955 wurde die Asche von schätzungsweise 10.000 Menschen in mindestens drei Massengräbern auf dem Gelände verscharrt. Friedhof und Krematorium wurden als städtische Institutionen auch für die Einäscherung und Beisetzung von Moskauer Bürgern genutzt. Auf dem Friedhof befinden sich auch Gräber von Geheimdienstmitarbeitern, unter ihnen das Urnengrab von Generalmajor Blochin. Die Asche der zwischen April 1950 und Dezember 1953 ermordeten Deutschen ließ das MGB in das Massengrab Nummer 3 unweit der Krematoriumsmauer schütten.



*Kirche auf dem Friedhof Donskoje in Moskau, 2005.
(Quelle: Facts & Files Berlin / Christian Reinhardt)*

Seit Mitte der 1990er Jahre richteten Menschenrechtsgruppen in Zusammenarbeit mit der Friedhofsverwaltung die Massengräber zu würdigen Erinnerungstätten an die Opfer des Stalinterrors her. Am 1. Juli 2005 wurde auf dem Friedhof Donskoje in Anwesenheit von Vertretern der Angehörigen, Mitgliedern von Opferverbänden sowie des amtierenden Bundesratspräsidenten Matthias Platzeck feierlich ein Gedenkstein für die deutschen Toten eingeweiht. Der Text auf dem Grabstein lautet:

**„Zur Erinnerung an die Bürger Deutschlands
Opfer der politischen Repressionen 1950–1953.“**

Daneben ist auf dem Friedhof ein Erinnerungsbuch mit allen bekannten Namen der deutschen Opfer in russischer und deutscher Sprache einzusehen. Die ehemalige Klosterkirche wird inzwischen wieder als Gotteshaus bzw. als Urnen- und Trauerhalle genutzt. Aus dem Gebäude wurden alle technischen Anlagen entfernt und der Schornstein und die Nebengebäude des Krematoriums abgetragen.



Gedenkstein für die deutschen Opfer sowjetischer Militärjustiz auf dem Friedhof Donskoje in Moskau, 2005.

(Quelle: Facts & Files Berlin / Christian Reinhardt)

Die verzweifelte Suche der Angehörigen nach den Verschollenen

Die Angehörigen der Opfer suchten oft jahrzehntelang vergebens nach ihren verschwundenen Familienmitgliedern. Sowjetische oder ostdeutsche Behörden reagierten auf die vielfältigen Gesuche oder Anzeigen entweder gar nicht oder informierten die Fragenden bewusst falsch. In den meisten Fällen verfügten die angefragten Einrichtungen tatsächlich nicht über die erforderlichen Informationen, wenn sie nicht vom MfS in Kenntnis gesetzt worden waren. Wenn dem MfS bekannt wurde, dass DDR-Bürger bei den Suchdiensten des DRK-West, den politischen Parteien der Bundesrepublik und der KGU in Westdeutschland nach ihren verschollenen Familienangehörigen oder Bekannten fahndeten, drohten ihnen Repressalien.

Durch Aussagen der aus sowjetischen Lagern zurückgekehrten deutschen Häftlinge bekamen Verwandte und Freunde erste, oft nur vage Informationen über das Schicksal der Vermissten. Erst nach dem politischen Wandel und der Öffnung von Geheimarchiven in Osteuropa seit 1990 konnte das RKM verlässlichere Daten über die Verschollenen und deren Bestattungsort ermitteln. Die seit 1958 durch den KGB nach und nach herausgegebenen Todesdaten waren systematisch verfälscht worden. Mindestens die Hälfte aller in Deutschland vor 1990 ausgestellten Sterbeurkunden erwies sich durch die jüngsten Recherchen als Fälschungen. Nur für 30 von 92 Opfern aus dem Land Sachsen-Anhalt stimmen die Angaben aus den Urkunden mit den tatsächlichen Hinrichtungsdaten überein. Bei den übrigen 62 Fällen waren die Daten bereits in Moskau verfälscht worden. Hierbei hatte der Geheimdienst den tatsächlichen Todestag seiner Opfer in der Regel um zwei Jahre nach hinten verlegt, um die Familien in Ungewissheit über die wirkliche Todesursache zu lassen. In einigen Fällen waren die Todesdaten vollständig vom KGB gefälscht worden.

So verstarben der Eisenbahner Erhard Liebscher aus Bitterfeld und seine Ehefrau nicht, wie in den Sterbeurkunden des Standesamts Leipzig vermerkt, am 7. Januar 1955 „in der UdSSR“. Beide waren bereits in der Nacht des 7. Januar 1953 vom MGB in Moskau erschossen worden. Doch die seit 1958 bekannten Daten wurden durch die DDR-Verwaltung nicht an alle suchenden Familien weitergegeben. So erhielten Personen, die inzwischen die DDR verlassen hatten, keinerlei Auskunft zum Schicksal der Erschossenen; erinnert sei hier an den Fall der Familie von Curt Handrik aus Naumburg/Saale. In anderen Fällen waren offenbar politische Vor-

behalte der Grund, weshalb Todesdaten nicht weitergegeben wurden. So überstellte das Rote Kreuz Moskau bereits im März 1958 die Nachricht über den Tod des Bergmanns Ernst Fritz Schubert an die Innenverwaltung der DDR. Allerdings erfuhr der Sohn vom Schicksal seines Vaters erst aus einem „Spiegel“-Artikel über das Wirken sowjetischer Militärtribunale gegen deutsche Kriegsgefangene vom 2. November 1992. In der Zeitschrift beschriebene und abgebildete persönliche Dokumente von Ernst Fritz Schubert, darunter auch die Wismutausweise und ein Gesellenbrief, wurden ihm inzwischen vom russischen Geheimdienst FSB ausgehändigt.

Erinnern und Gedenken an die SMT-Opfer

Öffentliche Formen des Gedenkens an die Opfer des Stalinismus setzten in der UdSSR in der Gorbatschow-Ära bereits Ende der 1980er Jahre ein. Sowjetische Behörden erhielten in einer Zeit der historischen Neubewertung stalinistischer Verbrechen von betroffenen Familien und Mithäftlingen zahlreiche Bitten um Rehabilitierung, denen auf unterschiedlichen Wegen entsprochen wurde. All diese Wünsche und politischen Aktionen russischer Menschenrechtler mündeten im Gesetz zur Rehabilitierung der Opfer politischer Gewalt vom 18. Oktober 1991. Nach diesem Recht ist es möglich, auch die in Moskau hingerichteten Deutschen bei der Obersten Militärstaatsanwaltschaft Russlands rehabilitieren zu lassen. Dies geschieht auf Antrag von betroffenen Familien, von Organisationen ehemaliger Häftlinge oder parallel zu den Rehabilitationsverfahren der in denselben Prozessen verurteilten Personen.

Im Verfahren einer solchen amtlichen Rehabilitierung wird das in der Stalin-Zeit verhängte und vollstreckte Urteil geprüft und, sobald es für Unrecht befunden wird, aufgehoben. Eine finanzielle Wiedergutmachung ist für die Opfer aus dem Ausland nicht vorgesehen, ihnen stehen ebenfalls keinerlei soziale Vergünstigungen oder Renten, ähnlich denen für russische Veteranen, zu. Dennoch ist den Angehörigen eine Rehabilitierung wichtig, um damit die Reputation der Opfer wiederherzustellen. Bis jetzt wurden mindestens 667 der Erschossenen rehabilitiert, bei 74 Personen wurde der entsprechende Antrag von den Militärrichtern aus verschiedenen Gründen abgelehnt.

Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelangten Informationen aus den Archiven von beteiligten Geheimdiensten und Parteigliederungen über die Opfer des Stalinismus an die Öffentlichkeit. Betroffene

Familien berichteten nach der politischen Wende in der DDR erstmals in den Medien über ihre verschwundenen Angehörigen oder suchten in den bis dahin verschlossenen Akten ostdeutscher Ämter nach Details und Gründen zur Verhaftung und dem späteren Urteil. Forschung und Medien konzentrierten sich nach 1989 zunächst auf die Verbrechen der Besatzungsmacht von 1945 bis zur Gründung der DDR.

Ab 2004 wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts von Memorial International Moskau, Facts & Files Berlin und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin erstmals systematisch in russischen und deutschen Archiven nach den in Moskau ermordeten Deutschen recherchiert. Bis zur Publikation der Ergebnisse im Buch „Erschossen in Moskau...“ im Oktober 2005 waren in Deutschland weder die Zahl der in Moskau erschossenen und verstorbenen Deutschen (927, darunter 60 Frauen) noch viele der nunmehr ermittelten Details einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

UdSSR		S.W.	H.	Tot	Hk.
Personalien des Abwesenden / Heimkehrers		nicht xxx			
Humprecht / ?					
1930	(Flüchtling)				
geb. am		geb. in		Wohnort	
		in der		bei, wohn. u. nach	
Eisenbahner					
Tröglitz bei Zeitz		bis zur Verhaftung tätig als			
() Meuselwitz / Th., Penkwitzer Weg					
() DDJ. Bln.-Wannsee, Am Bahndorfer 2 (Heim)					
Febr. 52		Wohnort zum Zeitpunkt der Verhaftung			
Potsdam					
Tag der Verhaftung		durch wen verhaftet (Angabe Name, Dienststelle)			
Bei d. Verteilung v. Flugzeitschriften verhaftet worden. H. wurde zum Tode verur. u. angebl. begnadigt worden. August 1952 aus Potsdam verschwunden.					
Aus welchem Grunde inhaftiert (wenn nicht genau bekannt, weil wesentliche Gründe)					
Gesendet am: 19.1.55		LND/ U			
Datum der Anzeigung: 14.6.57 Mo		HKE / H.			

DRK-Meldung zum Schicksal des Eisenbahners Fritz Humprecht, Jahrgang 1930. Vor seiner Flucht nach West-Berlin lebte er in Tröglitz bei Zeitz; in Berlin wohnte er zwischenzeitlich im Heim der antikommunistischen Widerstandsorganisation „Bund deutscher Jugend“ (BDJ), später in Berlin-Friedenau. Humprecht beteiligte sich an Flugblattaktionen des BdJ gegen das SED-Regime, am 14. Februar 1952 wurde er in Ost-Berlin festgenommen. Das SMT Nr. 48240 verhängte am 17. Mai 1952 ein Todesurteil gegen ihn, welches am 21. Juli 1952 in Moskau vollstreckt wurde. Mit dem Beschluss vom 29. Januar 2001 rehabilitierte ihn die Militärstaatsanwaltschaft.

(Quelle: DRK-Suchdienst München)

Memorial International gab parallel zum deutschen Erinnerungsband in Moskau ein russisches Totenbuch zu den Stalinopfern der Jahre 1934 bis 1955 heraus, die auf dem Friedhof Donskoje bestattet worden sind. In diesem Buch sind die Kurzbiografien von 5.065 Opfern veröffentlicht. Die Moskauer Organisation schätzt die Gesamtzahl der heimlich bestatteten Opfer auf dem Friedhof auf ca. 10.000 Menschen.

Eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer stalinistischer Gewalt in Deutschland fehlt bis heute. Im Land Sachsen-Anhalt selbst erinnern Plaketten, Mahnzeichen, aber auch ehemalige Terrorstätten des MGB und des MfS dezentral an das dunkle Kapitel kommunistischer Gewaltherrschaft auf deutschem Boden. Neben der wissenschaftlichen Forschung haben sich bis zum heutigen Tag im Bundesland Opferinitiativen, Gedenkstätten oder Privatpersonen verdienstvoll um die Schicksalsklärung und Dokumentation der Opfer bemüht, organisatorische Zusammenhänge der Verfolger entschlüsselt und wichtige historische Zeugnisse zum zeithistorischen Verständnis zusammengetragen.

Diese Ergebnisse eines kritischen Umgangs mit der äußerst schwierigen Vergangenheit gilt es auch weiterhin in der Öffentlichkeit zu präsentieren, auch um die Erinnerung an die Opfer der zweiten Diktatur auf deutschem Boden für künftige Generationen zu bewahren. Gleichwohl besteht die Aufgabe weiter fort, nach wie vor ungeklärte Schicksale oder Details aus der Verfolgungsgeschichte aufzuhellen, Zeugen zu befragen und private oder amtliche Dokumente zu sichern, die vom Terror des sowjetischen Geheimdienstes und seiner deutschen Erfüllungsgehilfen gegen die deutsche Bevölkerung in der Hochphase des Kalten Krieges künden. Daher bitten die Autoren und Herausgeber alle Interessierten, Angehörigen und Freunde, sich mit Erinnerungsberichten, Kopien von Dokumenten oder Hinweisen, die eine Verfolgung durch russische und deutsche Dienststellen – NKWD / MGB / MfS – in den Jahren 1945 bis 1955 dokumentieren, oder auch mit Fragen zur Schicksalsklärung an nachfolgende Einrichtungen zu wenden:

Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
Klewitzstraße 4 · 39112 Magdeburg
Telefon: 0391 / 567 50 51 · Fax: 0391 / 567 50 60
E-Mail: poststelle.lstu@mjl.sa-net.de

Biografien der Opfer aus Sachsen-Anhalt

Verzeichnis der 140 Männer und Frauen aus Sachsen-Anhalt, die zwischen April 1950 und Dezember 1953 in Moskau erschossen und auf dem Friedhof Donskoje in Moskau begraben wurden.

Die hier genannten Opfer des Stalinismus wohnten bei ihrer Verhaftung durch MfS oder MGB im Land Sachsen-Anhalt oder waren in den Gebieten der Provinz Sachsen bzw. im Land Anhalt geboren.

Das Verzeichnis erfasst auch Personen aus den historischen Gebieten im Südosten des im Sommer 1952 aufgelösten Landes Sachsen-Anhalt, die bis 1990 den Bezirken Cottbus, Leipzig und Potsdam angegliedert gewesen waren und heute den neuen Bundesländern Sachsen und Brandenburg zugehören.



Josef Anders · Schlosser · geb. am 7.12.1909 in Königshütte/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Stendal/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 14.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 9.1.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.3.1951 · hingerichtet am 4.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 29.11.2001

Franz Arndt · Eisenbahner · geb. am 5.10.1894 in Dirschelwitz/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Magdeburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 18.6.1948 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 14.3.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.5.1951 · hingerichtet am 22.5.1951 in Moskau · rehabilitiert am 4.7.2002



Horst Avemann · Polizist · geb. am 9.2.1924 in Parey/Elbe/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Parey/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 12.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 3.7.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.9.1950 · hingerichtet am 12.9.1950 in Moskau · rehabilitiert am 10.10.2001

Alfred Baier · Melker und Milchkontrolleur · geb. am 28.9.1924 in Klietz/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Coppanz bei Bucha/Thüringen · verhaftet am 16.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 19.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.7.1951 · hingerichtet am 6.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 3.5.1995



Dietrich Barowski · Angestellter · geb. am 31.1.1920 in Halberstadt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halberstadt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 12.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.10.1995



Gotthard Baumann · Planungsökonom, Technischer Zeichner · geb. am 19.11.1911 in Aue/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Aschersleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 14.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 16.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 13.4.1951 · hingerichtet am 24.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 29.3.1999



Gerhard Beer · Kaufmann · geb. am 15.4.1913 in Krumpa bei Neumark/Krs. Querfurt · zuletzt wohnhaft in Altenburg/Thüringen · verhaftet am 28.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 1.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau · rehabilitiert am 11.1.1995



Gerhard Beil · Schlosser · geb. am 8.11.1924 in Königsberg/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Merseburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 21.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 18.3.1952 · hingerichtet am 20.3.1952 in Moskau



Horst Benecke · Technischer Zeichner · geb. am 8.7.1926 in Wolfen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Dessau/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 29.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.5.1952 · hingerichtet am 21.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 23.6.1995



Erich Berger · Buchhalter · geb. am 18.8.1912 in Lissa/Prov. Posen · zuletzt wohnhaft in Calbe/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 13.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 7.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.5.1952 · hingerichtet am 28.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 1.12.1994



Karl-Heinz Beyer · Eisenbahner · geb. am 16.6.1924 in Halberstadt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halberstadt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 20.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 12.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.10.1995



Ernst Bischoff · Maschinenschlosser · geb. am 3.1.1906 in Magdeburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Aue/Sachsen · verhaftet am 21.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 31.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.7.1951 · hingerichtet am 24.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 23.6.1995



Kurt Blossfeld · Angestellter · geb. am 20.11.1913 in Ziegelrode/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Lietzow/Rügen/Mecklenburg-Vorpommern · verhaftet am 17.9.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 26.11.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.1.1953 · hingerichtet am 19.1.1953 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998

Kurt Böhme · Lehrer · geb. am 28.2.1907 in Zschöllau/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Merseburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 6.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Dresden am 26.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.3.1951 · gestorben am 27.3.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.6.1995



Heinrich Brückner · Buchhändler · geb. am 11.3.1904 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Helbra/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 29.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 10.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.6.1951 · hingerichtet am 20.6.1951 in Moskau · rehabilitiert am 4.11.1995



Werner Brust · Polizeikommissar · geb. am 9.2.1925 in Stendal/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Stendal/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 12.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 9.1.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.3.1951 · hingerichtet am 4.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 29.11.2001



Horst Buchwald · Angestellter · geb. am 17.7.1931 in Naumburg/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft bei Magdeburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 22.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 18.3.1952 · hingerichtet am 20.3.1952 in Moskau · rehabilitiert am 17.3.1998



Ernst Demele · Landwirt · geb. am 1.6.1927 in Hopfendorf/Böhmen · zuletzt wohnhaft in Großrössen bei Falkenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 3.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 14.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.8.1951 · hingerichtet am 22.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 7.4.1998

Albert Diehl · Weber · geb. am 28.1.1927 in Groß Liebenthal/Gebiet Odesa/UdSSR · zuletzt wohnhaft in Burg bei Magdeburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 8.2.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 2.6.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.9.1950 · hingerichtet am 12.9.1950 in Moskau

Fritz Döbel · Kaufmann · geb. am 29.3.1929 in Minkwitz bei Zeitz/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Wannsee · verhaftet am 4.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.8.1951 · hingerichtet am 22.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 26.2.1998



Rudolf Drexler · Amtsrichter · geb. am 3.2.1920 in Weißkirchlitz/Böhmen · zuletzt wohnhaft in Weißenfels/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 18.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 18.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.9.1951 · hingerichtet am 1.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 21.9.1998



Herbert Dubois · Goldschmied · geb. am 10.7.1909 in Aschersleben/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Aschersleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 10.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 12.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.3.1952 · hingerichtet am 2.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 28.4.2001



Gerhard Dunkel · Holzkaufmann · geb. am 7.4.1914 in Köln-Kalk/Rheinprovinz · zuletzt wohnhaft in Elsterwerda/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 7.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 25.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.10.1951 · hingerichtet am 9.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 14.7.1994

Horst Eberhardt · Kaufmann · geb. am 26.8.1924 in Wiesbaden/Hessen-Nassau · zuletzt wohnhaft in Wittenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 9.4.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.9.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.10.1950 · hingerichtet am 12.12.1950 in Moskau



Erwin Ebert · Buchhalter · geb. am 15.8.1913 in Hamburg · zuletzt wohnhaft in Stendal/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 9.5.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 9.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.3.1951 · hingerichtet am 20.3.1951 in Moskau · rehabilitiert am 9.11.1994

Rudolf Ehrhardt · Sprengmeister · geb. am 8.9.1912 in Rüdersdorf/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Leimbach/Mansfelder Gebirgskreis/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 3.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 15.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.8.1951 · hingerichtet am 14.8.1951 in Moskau ·

Arthur Engel · Heizer · geb. am 12.9.1904 in Brandenburg/Havel · zuletzt wohnhaft in Wittenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 26.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 11.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.6.1951 · hingerichtet am 20.6.1951 in Moskau



Joachim Esfeld · Polizist · geb. am 9.4.1905 in Berlin-Charlottenburg · zuletzt wohnhaft in Zerbst/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 26.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 20.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.9.1951 · hingerichtet am 11.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 16.2.2000



Karl Fabig · Neulehrer · geb. am 14.9.1919 in Laura-
hütte/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Seegrehna/Sach-
sen-Anhalt · verhaftet am 5.4.1952 · Todesurteil durch
SMT Nr. 48240 am 12.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuch-
es am 19.9.1952 · hingerichtet am 22.9.1952 in
Moskau · rehabilitiert am 28.9.2001

Hermannn Otto Felke · Rentner · geb. 1910 in Breitenrode bei Oebisfel-
de/Prov. Sachsen · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.7.1952 · Ab-
lehnung des Gnadengesuches am 28.8.1952 · hingerichtet am 1.9.1952
in Moskau

Gerhard Fieker · Geologe · geb. am 9.3.1927 in Magdeburg/Prov. Sach-
sen · zuletzt wohnhaft in Johannegeorgenstadt/Sachsen · verhaftet am
10.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 16.8.1951 · Ablehnung
des Gnadengesuches am 25.10.1951 · hingerichtet am 1.11.1951 in Mos-
kau · rehabilitiert am 25.5.1994

Siegfried Flegel · Kaufmann · geb. am 22.7.1924 in Delitzsch/Prov. Sach-
sen · zuletzt wohnhaft in Dortmund · verhaftet am 10.3.1951 · Todesurteil
durch SMT Nr. 48240 am 11.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am
17.9.1951 · hingerichtet am 24.9.1951 in Moskau



Günther Fleischer · Polizist · geb. am 29.12.1927 in
Steinau/Oder/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Acken-
dorf/Krs. Haldensleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet
am 27.5.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am
9.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 13.4.1951
· hingerichtet am 24.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am
17.5.1999

Karl-Heinz Franke · Normer · geb. am 13.2.1927 in Beuthen/Oder/
Schlesien · zuletzt wohnhaft in Zerbst/Sachsen-Anhalt · verhaftet am
26.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.5.1952 · Ableh-
nung des Gnadengesuches am 28.8.1952 · hingerichtet am 1.9.1952 in
Moskau

Kurt Franke · Fotograf · geb. am 28.4.1928 in Aschersleben/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-West · verhaftet am 7.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 15.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.7.1952 · hingerichtet am 8.7.1952 in Moskau

Kurt Frister · kaufmännischer Angestellter · geb. am 30.10.1909 in Brandenburg/Havel · zuletzt wohnhaft in Schkeuditz/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 26.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.7.1952 · hingerichtet am 29.7.1952 in Moskau



Peter Gaßmann · Kraftfahrer · geb. am 26.2.1912 in Kefferhausen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Burg bei Magdeburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 5.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 14.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.3.1952 · hingerichtet am 2.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 13.12.1995



Adalbert Gehritz · Postangestellter · geb. am 30.12.1907 in Dramburg/Pommern · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 13.10.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 31.12.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.2.1953 · hingerichtet am 2.3.1953 in Moskau · rehabilitiert am 19.6.1998



Paul Götze · Hochfrequenzingenieur · geb. am 3.4.1904 in Schönebeck/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Magdeburg-Buckau/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 23.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 17.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.7.1951 · hingerichtet am 24.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999



Konrad Gräble · Kürschner · geb. am 6.5.1910 in Mannheim/Baden · zuletzt wohnhaft in Aschersleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 12.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 12.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.3.1952 · hingerichtet am 2.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 30.4.2001



Ingeborg Großstück · Dolmetscherin · geb. am 1.1.1926 in Quedlinburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern · verhaftet am 29.4.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 2.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.2.1951 · hingerichtet am 27.2.1951 in Moskau · rehabilitiert am 18.10.1995



Walter Grothe · Handelsvertreter · geb. am 12.8.1895 in Magdeburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Weimar/Thüringen · verhaftet am 18.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 29.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.5.1952 · hingerichtet am 28.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 21.11.1995



Heinz Haberland · Bauarbeiter · geb. am 21.6.1923 in Kuhberge/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Zernitz/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 12.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 11.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.4.1952 · hingerichtet am 30.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998

Hans Hampe · Kaufmann · geb. am 5.4.1912 in Bielefeld/Westfalen · zuletzt wohnhaft in Wernigerode/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 18.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 15.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.8.1951 · hingerichtet am 14.8.1951 in Moskau



Curt Handrik · Unternehmer · geb. am 2.9.1897 in Dresden/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Naumburg/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 12.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 15.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 16.10.1952 · hingerichtet am 22.10.1952 in Moskau · rehabilitiert am 31.1.2002

Ilse Harke · geb. am 21.9.1929 in Brehna/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Brehna/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 15.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.5.1952 · hingerichtet am 28.5.1952 in Moskau



Friedrich Haushahn · Friseur · geb. am 25.5.1921 in Gardelegen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Gardelegen/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 28.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 9.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.10.1951 · hingerichtet am 9.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.4.1998

Werner Otto Heinzel · Kaufmann · geb. am 2.7.1905 in Weißenfels/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Weißenfels/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 16.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 23.9.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.11.1952 · hingerichtet am 26.11.1952 in Moskau

Karl-Otto Hennig · Unternehmer · geb. am 17.11.1895 in Wartenburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Burg bei Magdeburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 28.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 20.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.9.1951 · hingerichtet am 11.9.1951 in Moskau



Hans Herrmann · Entwicklungsingenieur im Flugzeugbau · geb. am 7.6.1897 in Koblenz/Rheinprovinz · zuletzt wohnhaft in Dessau/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 6.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 1.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.4.1952 · hingerichtet am 30.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 5.5.1997



Eleonore Hintz, geb. Wege · Sachbearbeiterin · geb. am 11.11.1920 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 30.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 15.10.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 2.1.1953 · hingerichtet am 7.1.1953 in Moskau · rehabilitiert am 23.11.1994

Heinrich Hofmeister · Stadtangestellter · geb. am 23.9.1912 in Teistungen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Dessau/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 3.7.1948 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 17.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.2.1951 · hingerichtet am 20.2.1951 in Moskau

Georg Höhnel · Verkäufer · geb. am 11.1.1902 in Großenhain/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Wittenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 29.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 11.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.6.1951 · hingerichtet am 20.6.1951 in Moskau

Wolfgang Hollstein · Handelsvertreter · geb. am 24.1.1917 in Magdeburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Rathenow/Brandenburg · verhaftet am 5.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 4.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.1.1951 · hingerichtet am 7.2.1951 in Moskau



Helmut Huwe · Sportlehrer · geb. am 11.5.1927 in Allenstein/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 14.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 9.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.9.1952 · hingerichtet am 10.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 21.12.1994



Gerhard Jäger · leitender Angestellter · geb. am 24.1.1925 in Hamburg-Altona · zuletzt wohnhaft in Genthin/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 15.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 16.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.9.1951 · hingerichtet am 24.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 8.8.1991



Harry Jahn · Teilkonstrukteur · geb. am 13.5.1928 in Wolfen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Dessau-Törten/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 31.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.5.1952 · hingerichtet am 21.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 23.6.1995



Eduard Juncke · Gastwirt · geb. am 21.1.1888 in Boschwitz/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Gransee/Brandenburg · verhaftet am 19.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 26.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.4.1951 · hingerichtet am 28.4.1951 in Moskau

Wilhelm Jurk · Maler · geb. am 10.3.1905 in Lieske/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Wittenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 18.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 11.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.6.1951 · hingerichtet am 20.6.1951 in Moskau

Günther Kammer · Arzt · geb. am 8.4.1908 in Benneckenstein/Harz/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Lommatzsch/Sachsen · verhaftet am 26.6.1948 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 17.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.2.1951 · hingerichtet am 27.2.1951 in Moskau



Karl-Heinz Kilian · geb. am 24.4.1928 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Loccum bei Hannover/Niedersachsen · verhaftet am 1.2.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 16.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.7.1951 · hingerichtet am 24.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 29.3.1999



Werner Kliem · Tischler · geb. am 22.8.1921 in Olvenstedt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halberstadt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 25.2.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 28.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.9.1951 · hingerichtet am 18.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 5.5.1995



Manfred Knauer · Bäckerlehrling · geb. am 4.8.1931 in Zeitz/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Zeitz/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 13.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 14.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.9.1951 · hingerichtet am 18.9.1951 in Moskau



Clemens Köhler · Arbeiter · geb. am 21.6.1925 in Dönstedt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Haldensleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 9.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 16.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.11.1951 · hingerichtet am 26.11.1951 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998



Dietrich von Kopp · Verwaltungsangestellter · geb. am 29.9.1923 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Quedlinburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 20.2.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 14.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.7.1952 · hingerichtet am 16.7.1952 in Moskau · rehabilitiert am 19.7.2001

Gerhard Krüger · Kaufmann · geb. am 23.1.1924 in Zerbst/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Zerbst/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 21.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 20.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.7.1951 · hingerichtet am 24.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998

Karl Kügler · Wirtschaftsprüfer · geb. am 3.4.1894 in Bodenbach/Böhmen · zuletzt wohnhaft in Aschersleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 24.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 21.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.1.1951 · hingerichtet am 7.2.1951 in Moskau

Heinz Kugler · Schlosser · geb. am 19.4.1921 in Berlin · zuletzt wohnhaft in Köthen/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 11.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 30.8.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 6.11.1952 · hingerichtet am 12.11.1952 in Moskau

Horst Kusche · Fernmeldemechaniker · geb. am 31.5.1926 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 29.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 10.4.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.8.1952 · hingerichtet am 13.8.1952 in Moskau

Hugo Langkau · Uhrmacher · geb. am 23.10.1903 in Allenstein/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Stendal/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 24.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 28.5.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.9.1952 · hingerichtet am 10.9.1952 in Moskau

Kurt Latz · kaufmännischer Angestellter · geb. am 2.7.1914 in Liegnitz/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 26.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 9.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.6.1951 · hingerichtet am 20.6.1951 in Moskau · rehabilitiert am 8.11.2001

Werner Leiberich · Elektriker · geb. am 6.6.1920 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 26.4.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 7.10.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 21.12.1950 · hingerichtet am 27.12.1950 in Moskau

Elfriede Liebscher, geb. Gotthardt · Schneiderin · geb. am 22.12.1915 in Leipzig/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Bitterfeld/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 12.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 15.10.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 2.1.1953 · hingerichtet am 7.1.1953 in Moskau · rehabilitiert am 23.11.1994

Erhard Liebscher · Lokführer · geb. am 17.10.1908 in Großharthau/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Bitterfeld/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 12.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 15.10.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 2.1.1953 · hingerichtet am 7.1.1953 in Moskau · rehabilitiert am 23.11.1994



Engelbert Lohse · Postangestellter · geb. am 25.5.1927 in Badersleben/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halberstadt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 26.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 12.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.10.1995



Waldemar Lorenz · Maschinenbauingenieur, Werftarbeiter · geb. am 22.12.1911 in Zerbst/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Zerbst/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 24.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 1.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.4.1952 · hingerichtet am 18.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 5.5.1997



Friedrich Lübke · Kaufmann · geb. am 29.10.1926 in Neuhalbensleben/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halbensleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 18.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 30.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 20.2.1951 · hingerichtet am 10.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 21.12.1998



Karl-Heinz Magdeburg · Schmied · geb. am 31.8.1928 in Merseburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Knapendorf/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 17.6.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 7.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.6.1951 · hingerichtet am 14.6.1951 in Moskau

Hermann Majert · Chemiker · geb. am 21.5.1906 in Dillingen/Saarland · zuletzt wohnhaft in Wolfen/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.6.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 24.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.1.1952 · hingerichtet am 21.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 7.6.1996



Hilmar Meinhardt · Polizist, Angestellter · geb. am 28.12.1927 in Wolfen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Frohnau · verhaftet am 18.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 7.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.9.1952 · hingerichtet am 22.9.1952 in Moskau



Martin Meißner · Dekorateur, Sattler · geb. am 13.7.1932 in Rehmsdorf/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Rehmsdorf/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 31.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 26.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.8.1951 · hingerichtet am 11.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 9.4.1996



Heinrich Mischer · Bankangestellter · geb. am 22.10.1887 in Seehausen/Altmark/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Parchim/Mecklenburg-Vorpommern · verhaftet am 13.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Schwerin am 30.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 26.1.1952 · hingerichtet am 31.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 29.1.1996

Erich Moser · Maschinist · geb. am 24.1.1919 in Kayna/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Rehmsdorf/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 23.6.1948 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 17.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.2.1951 · hingerichtet am 20.2.1951 in Moskau



Werner Müller · Kinobetreiber · geb. am 11.4.1925 in Taucha bei Weißenfels/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Moabit · verhaftet am 28.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.4.1952 · hingerichtet am 10.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999



Horst Muttray · Entwicklungsingenieur · geb. am 30.8.1898 in Gröditz/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Dessau-Ziebigk/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 19.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 1.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.4.1952 · hingerichtet am 18.4.1952 in Moskau · rehabilitiert am 5.5.1997



Albert Naumann · Hilfsarbeiter · geb. am 16.3.1920 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 13.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.6.1951 · hingerichtet am 4.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 19.2.1998

Ludwig Nebelung · Lehrer · geb. am 6.12.1905 in Hettstedt/Sachsen-Anhalt · zuletzt wohnhaft in Leipzig/Sachsen · verhaftet am 19.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 21.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.1.1951 · hingerichtet am 7.2.1951 in Moskau



Karl Neumann · Arbeiter · geb. am 15.8.1903 in Aken/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Piesteritz/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.3.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 11.9.1952 · hingerichtet am 12.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 12.12.1995

Helmut Niemann · Kraftfahrer · geb. am 9.8.1922 in Preußisch Börnecke/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Eisleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 22.6.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 24.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.1.1952 · hingerichtet am 21.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 7.6.1996



Werner Niemann · Rechtspfleger · geb. am 4.8.1928 in Zerbst/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Zerbst/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 18.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 18.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.9.1951 · hingerichtet am 1.10.1951 in Moskau · rehabilitiert am 21.9.1998



Wolfgang Ostermann · Lehrer · geb. am 18.11.1928 in Magdeburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Altenburg/Thüringen · verhaftet am 21.3.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 13.9.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.11.1950 · hingerichtet am 12.12.1950 in Moskau · rehabilitiert am 8.11.1995

Erhard Palme · Eisenbahner · geb. am 25.3.1930 in Schönborn/Böhmen · zuletzt wohnhaft in Staßfurt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 11.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 31.1.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 13.4.1951 · hingerichtet am 24.4.1951 in Moskau

Walter Peters · Maschinenbauingenieur · geb. am 13.4.1902 in Halberstadt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Leipzig/Sachsen · verhaftet am 30.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 18.3.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.6.1951 · hingerichtet am 14.6.1951 in Moskau · rehabilitiert am 24.10.1994



Lothar Pfuhl · Former und Gießer · geb. am 4.4.1930 in Wittenberg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Wittenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 21.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 9.1.1952 · hingerichtet am 12.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998

Charles Pietschker · Mechanikermeister · geb. am 7.4.1897 in Magdeburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Saalfeld/Thüringen · verhaftet am 12.6.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 2.10.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 12.12.1952 · hingerichtet am 3.1.1953 in Moskau · rehabilitiert am 18.7.2001



Paul Pioch · Maurer · geb. am 10.11.1928 in Halberstadt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halberstadt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 12.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.10.1995



Walter Pulvers · Eisenbahner · geb. am 20.10.1909 in Diemitz/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Potsdam/Brandenburg · verhaftet am 4.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 20.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.4.1951 · hingerichtet am 14.5.1951 in Moskau · rehabilitiert am 26.2.1999

Karl Randel · Polizist · geb. am 11.8.1922 in Hettstedt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Zossen/Brandenburg · verhaftet am 10.1.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 24.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.6.1951 · hingerichtet am 28.6.1951 in Moskau



Karl-Heinz Rehbein · Buchhalter · geb. am 24.8.1923 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Wilhelmshorst bei Potsdam/Brandenburg · verhaftet am 19.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.8.1951 · hingerichtet am 22.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999



Paul Reppin · Kaufmann · geb. am 15.1.1888 in Magdeburg-Buckau/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Magdeburg-Buckau/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 23.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 17.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.7.1951 · hingerichtet am 24.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999

Werner Richter · Koch, Gastwirt · geb. am 10.4.1912 in Halberstadt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Alt-Gersdorf bei Bad Freienwalde/Brandenburg · verhaftet am 9.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 24.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 22.6.1951 · hingerichtet am 28.6.1951 in Moskau · rehabilitiert am 10.6.1996



Edgar Riepe · Kaufmann · geb. am 7.10.1919 in Sargstedt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halberstadt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 12.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.10.1995

Rudi Rose · Dreher · geb. am 11.2.1927 in Groß Mühlingen/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Groß Mühlingen/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 2.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.3.1951 · hingerichtet am 10.4.1951 in Moskau



Gerhard Rosenberg · Kellner · geb. am 25.8.1924 in Garlitz/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Magdeburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 21.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 17.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 25.10.1951 · hingerichtet am 1.11.1951 in Moskau · rehabilitiert am 19.6.1995



Johannes Rupp · Klempner · geb. am 21.2.1921 in Kähme/Prov. Posen · zuletzt wohnhaft in Halberstadt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 12.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 27.7.1951 · hingerichtet am 2.8.1951 in Moskau

Wilfried Sanderhoff · Technischer Zeichner · geb. am 12.4.1927 in Bad Suderode/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Wernigerode/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 13.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 15.5.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.8.1951 · hingerichtet am 14.8.1951 in Moskau ·



Paul Scharping · Angestellter · geb. am 2.12.1895 in Roßlau/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg · verhaftet am 14.4.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.12.1951 · hingerichtet am 31.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998

Egon Scheibe · Schlosser · geb. am 27.2.1932 in Wolfen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Brehna/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 15.5.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.7.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.10.1951 · hingerichtet am 9.10.1951 in Moskau



Oskar Schmiedeknecht · Handelsvertreter · geb. am 20.3.1915 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 20.2.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 8.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 11.9.1952 · hingerichtet am 12.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 29.3.1995

Heinz Schneider · Elektroingenieur · geb. am 22.1.1914 in Breslau/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Wolfen/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 31.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.5.1952 · hingerichtet am 21.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 23.6.1995



Helmuth Schneider · Buchhalter · geb. am 3.8.1907 in Dessau/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Meinsdorf/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 24.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 10.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 24.5.1952 · hingerichtet am 28.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 15.9.1998



Herbert Schönmath · Student · geb. am 3.6.1926 in Langengrassau/Brandenburg · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 27.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 29.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 18.3.1952 · hingerichtet am 20.3.1952 in Moskau · rehabilitiert am 28.3.1995

Johannes Schorlemmer · Ingenieur für Flugtechnik · geb. am 7.3.1899 in Hannover · zuletzt wohnhaft in Dessau/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 18.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 8.3.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 7.6.1952 · hingerichtet am 12.6.1952 in Moskau



Günter Schreiber · Referent · geb. am 25.6.1910 in Freystadt/Niederschlesien · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 1.7.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 15.10.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 2.1.1953 · hingerichtet am 7.1.1953 in Moskau · rehabilitiert am 23.11.1994



Arnold Schultz · Angestellter · geb. am 27.2.1924 in Arneburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Groß Beuster/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 16.9.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 16.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 3.1.1952 · hingerichtet am 10.1.1952 in Moskau · rehabilitiert am 12.2.1996

Erich Schulz · Fotolaborant · geb. am 11.8.1922 in Danzig · zuletzt wohnhaft in Havelberg/Brandenburg · verhaftet am 29.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 18.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.4.1952 · hingerichtet am 10.4.1952 in Moskau

Karl-Heinz Schulze · Kfz-Schlosser · geb. am 15.6.1924 in Halberstadt/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Halberstadt/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 25.2.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Weimar am 28.6.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 10.9.1951 · hingerichtet am 18.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 5.5.1995



Ernst Louis Schwarz · Ingenieur · geb. am 13.6.1892 in Bernburg/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Bernburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 8.2.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 31.8.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.10.1951 · hingerichtet am 2.11.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.3.1999

Georg Schwensitzki · Eisenbahner · geb. am 9.12.1924 in Herrndorf/Ostpreußen · zuletzt wohnhaft in Herzberg/Elster/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 20.8.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 21.11.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.1.1951 · hingerichtet am 7.2.1951 in Moskau



Heinrich Singer · Maschinenbauingenieur · geb. am 18.2.1894 in Rothenkirchen/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Dessau/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 18.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 6.3.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 7.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau · rehabilitiert am 9.1.1998



Helmut Sonnenschein · Mathematiker · geb. am 28.5.1906 in Leipzig/Sachsen · zuletzt wohnhaft in Naumburg/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 16.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 26.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.6.1951 · hingerichtet am 4.7.1951 in Moskau · rehabilitiert am 22.3.1994

Harry Stuck · Kfz-Schlosser · geb. am 12.9.1917 in Wittenberg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Luckenwalde/Brandenburg · verhaftet am 16.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 13.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.5.1951 · gestorben am 27.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 30.11.1998



Eberhard Syska · Student · geb. am 24.3.1917 in Eisleben/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Eisleben/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 20.2.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Potsdam am 9.6.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.9.1950 · hingerichtet am 7.9.1950 in Moskau · rehabilitiert am 18.12.1996

Johannes Thieß · Kaufmann · geb. am 16.12.1900 in Wollin/Pommern · zuletzt wohnhaft in Havelberg/Brandenburg · verhaftet am 22.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 18.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.4.1952 · hingerichtet am 10.4.1952 in Moskau



Hans Werner Thießen · Apotheker · geb. am 19.1.1926 in Ellerwald/Westpreußen · zuletzt wohnhaft in Zerbst/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 16.11.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 22.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.5.1952 · hingerichtet am 4.6.1952 in Moskau · rehabilitiert am 19.10.1998



Wolfgang Thomas · Lehrer · geb. am 3.5.1926 in Berlin-Neukölln · zuletzt wohnhaft in Wittenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 5.4.1952 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 12.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 19.9.1952 · hingerichtet am 22.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 28.9.2001



Elisabeth Tietze, geb. Stephan · Parteireferentin · geb. am 6.9.1914 in Wittenberg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Wittenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 31.12.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 12.10.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 14.12.1951 · hingerichtet am 19.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 26.6.1998



Heinz Torgau · Schriftsetzerlehrling · geb. am 30.4.1932 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Bad Dürrenberg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 1.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 1.2.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 13.4.1951 · hingerichtet am 18.4.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.1.1999

Karl Triebel · Baggerführer, Mechaniker · geb. am 27.9.1922 in Bernburg/Anhalt · zuletzt wohnhaft in Bernburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 4.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 27.12.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 29.3.1952 · hingerichtet am 2.4.1952 in Moskau

Rudolf Vatterott · Landwirt · geb. am 14.12.1924 in Hakeborn/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Hakeborn/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 28.10.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 19.4.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 30.6.1951 · hingerichtet am 4.7.1951 in Moskau

Winfried Voerckel · Student · geb. am 16.4.1926 in Halle/Saale/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Weimar/Thüringen · verhaftet am 20.11.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 14.9.1951 · Ablehnung des Gnadengesuches am 28.12.1951 · hingerichtet am 31.12.1951 in Moskau

Helmut Wachs · Elektroingenieur · geb. am 24.5.1904 in Petzelsdorf/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Wolfen/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 1.9.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 27.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 17.5.1952 · hingerichtet am 21.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 23.6.1995

Gerhard Walter · Geologe · geb. am 23.10.1929 in Jessen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Annaburg/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 6.8.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 1.3.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 7.6.1952 · hingerichtet am 12.6.1952 in Moskau · rehabilitiert am 30.5.2002



Karl-Heinz Weise · Landwirt · geb. am 20.8.1931 in An-naburg/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Dützen bei Minden/Nordrhein-Westfalen · verhaftet am 29.7.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 27.9.1951 · Ableh-nung des Gnadengesuches am 4.12.1951 · hingerichtet am 13.12.1951 in Moskau · rehabilitiert am 15.4.1998



Reinhard Weise · Schneider · geb. am 26.8.1922 in Lo-itsch/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Loitsch/Sach-sen-Anhalt · verhaftet am 31.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 26.6.1951 · Ablehnung des Gnaden-gesuches am 28.8.1951 · hingerichtet am 11.9.1951 in Moskau · rehabilitiert am 9.4.1996



Hanns Weltzel · Schriftsteller, Dokumentar · geb. am 8.1.1902 in Breslau/Schlesien · zuletzt wohnhaft in Roß-lau/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 15.4.1952 · Todes-urteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 5.7.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 8.9.1952 · hin-gerichtet am 10.9.1952 in Moskau · rehabilitiert am 29.3.1999

Theodor Wesche · Former · geb. am 6.7.1931 in Groß Mühlingen/An-halt · zuletzt wohnhaft in Groß Mühlingen/Sachsen-Anhalt · verhaf-tet am 27.7.1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Halle/Saale am 2.12.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 15.3.1951 · hingerichtet am 10.4.1951 in Moskau

Karl-Heinz Wille · Student · geb. am 23.10.1923 in Weferlingen/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg · verhaftet am 10.3.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 in Berlin-Lichtenberg am 21.2.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 16.6.1952 · hingerichtet am 26.6.1952 in Moskau

Herbert Wüstenberg · Kraftfahrer · geb. am 8.4.1917 in Zeitz/Prov. Sachsen · zuletzt wohnhaft in Zeitz/Sachsen-Anhalt · verhaftet im Februar 1950 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 14.6.1950 · Ablehnung des Gnadengesuches am 4.9.1950 · hingerichtet am 13.10.1950 in Moskau



Rudolf Zechel · Heizer, Konditor · geb. am 11.7.1889 in Jüdendorf/Böhmen · zuletzt wohnhaft in Halle/Saale/Sachsen-Anhalt · verhaftet am 21.10.1951 · Todesurteil durch SMT Nr. 48240 am 30.1.1952 · Ablehnung des Gnadengesuches am 5.5.1952 · hingerichtet am 9.5.1952 in Moskau · rehabilitiert am 24.7.1998

Auszug aus dem Artikel 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) vom 22. November 1926 in der gültigen Fassung vom 1. Januar 1952

(Quelle: Strafgesetzbuch ..., übersetzt von Wilhelm Gallas, Berlin 1953, S. 16 ff.)

Art. 58, 1. Als gegenrevolutionär gilt jede Handlung, die auf den Sturz, die Unterhöhlung oder die Schwächung der Herrschaft der Räte der Arbeiter und Bauern und der von ihnen auf Grund der Verfassung der Union der SSR und der Verfassungen der Unionsrepubliken gewählten Regierungen der Arbeiter und Bauern der Union der SSR, der Unionsrepubliken und autonomen Republiken oder auf die Unterhöhlung oder die Schwächung der äußeren Sicherheit der Union der SSR und der grundlegenden wirtschaftlichen, politischen und nationalen Errungenschaften der proletarischen Revolution gerichtet ist. Kraft der internationalen Solidarität der Interessen aller Werktätigen gelten Handlungen gleicher Art als gegenrevolutionär auch dann, wenn sie gegen einen anderen – der Union der SSR nicht angehörenden – Staat der Werktätigen gerichtet sind.

Art. 58, 1a. Vaterlandsverrat, d. h. Handlungen, begangen von Bürgern der UdSSR zum Nachteil der militärischen Macht der UdSSR, ihrer staatlichen Unabhängigkeit oder der Unantastbarkeit ihres Gebiets, wie Spionage, Preisgabe eines militärischen oder Staatsgeheimnisses, Überlaufen zum Feind, Flucht ins Ausland, wird bestraft – mit der schwersten Kriminalstrafe – Erschießung, verbunden mit Konfiskation des gesamten Vermögens – bei Vorliegen mildernder Umstände mit zehn Jahren Freiheitsentziehung, verbunden mit Konfiskation des gesamten Vermögens. [...]

Art. 58, 6. Spionage, d.h. Weitergabe, Entwendung oder zwecks Weitergabe vorgenommene Sammlung von Nachrichten, die sich ihrem Inhalt nach als ein besonders schutzwürdiges Staatsgeheimnis darstellen, zugunsten ausländischer Staaten, gegenrevolutionärer Organisationen oder Privatpersonen, zieht nach sich – Freiheitsentziehung nicht unter drei Jahren, verbunden mit völliger oder teilweiser Vermögenskonfiskation; in den Fällen jedoch, in denen die Spionage besonders schwere Nachteile für die Interessen der Union der SSR herbeigeführt hat oder hätte herbeiführen können: Erhöhung bis zur schwersten Maßnahme des sozialen Schutzes – Erschießung oder Erklärung zum Feind der Werktätigen, verbunden mit der Aberkennung der Staatsangehörigkeit der Unionsrepublik und damit der Staatsangehörigkeit der Union der SSR, dauernder Verweisung

aus dem Gebiet der Union der SSR und Vermögenskonfiskation. Weitergabe, Entwendung oder zwecks Weitergabe vorgenommene Sammlung von wirtschaftlichen Nachrichten, die sich ihrem Inhalt nach als ein besonders schutzwürdiges Staatsgeheimnis nicht darstellen, aber gemäß einem ausdrücklichen gesetzlichen Verbot oder der Verfügung des Leiters einer Behörde, Anstalt oder Unternehmung der Bekanntgabe entzogen sind, zugunsten der oben bezeichneten Organisationen und Personen, sei es entgeltlich, sei es unentgeltlich, ziehen nach sich – Freiheitsentziehung bis zu drei Jahren. [...] Art. 58, 10. weiter in Text vgl. Seite 114

Propaganda oder Agitation, die zu Sturz, Unterhöhlung oder Schwächung der Sowjetherrschaft oder zur Begehung einzelner gegenrevolutionärer Verbrechen (Art. 58,2 bis 58,9 dieses Gesetzbuchs) auffordern, sowie Verbreitung, Herstellung oder Aufbewahrung von Schriften gleichen Inhalts ziehen nach sich – Freiheitsentziehung nicht unter sechs Monaten. Werden die gleichen Handlungen bei Massenaufbruch, unter Ausnutzung religiöser oder nationaler Vorurteile der Massen, während des Krieges oder an Orten, über die der Kriegszustand verhängt ist, begangen, so ziehen sie nach sich – die in Art. 58,2 dieses Gesetzbuchs bezeichneten Maßnahmen des sozialen Schutzes.

Art. 58, 11. Auf die Vorbereitung oder Begehung der in diesem Kapitel vorgesehenen Verbrechen gerichtete organisatorische Tätigkeit jeglicher Art sowie Teilnahme an einer Organisation, die zur Vorbereitung oder Begehung eines in diesem Kapitel vorgesehenen Verbrechens gebildet worden ist, ziehen nach sich – die in den entsprechenden Artikeln dieses Kapitels genannten Maßnahmen des sozialen Schutzes. [...]

Literatur- und Abkürzungsverzeichnis

Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky (Hrsg.): „Erschossen in Moskau ...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2006, Metropol-Verlag, 2. Auflage, ISBN 3-938690-14-3.

Andreas Hilger (Hrsg.): „Tod den Spionen !“. Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953, Göttingen 2006.

Rasstrelnyje spiski. Moskwa 1935–1953. Donskoje kladbistsche. Moskwa, obstschestwo „Memorial“, Moskau 2005 (Erschießungslisten. Moskau 1935–1953. Donskoje-Friedhof. Gedenkbuch für die Opfer der politischen Repressionen. Hrsg. von der Gesellschaft Memorial. Moskau 2005. 5.065 Biografien in russischer Sprache).

Zu dem Thema einschlägige Hefte aus der Schriftenreihe des LstU Sachsen-Anhalt „Betroffene erinnern sich“ sowie „Sachbeiträge“ finden sich unter www.sachsen-anhalt.de oder können beim Landesbeauftragten direkt bezogen werden.

Abkürzungen

BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheits-
	dienstes der ehemaligen DDR
CDU	Christlich Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency
CIC	Counter Intelligence Corps (US-Spionageabwehr)
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FSB	Federalnaja slushba besopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst
der	Russischen Föderation)
GM	Geheime/r Mitarbeiter/in des Ministeriums für Staatssicherheit

GWP	Glawnaja woennaja prokuratura (Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation)
HO	Handelsorganisation der DDR
IM	Inoffizielle/r Mitarbeiter/in des Ministeriums für Staatssicherheit
KGB	Komitet gosudarstwennoj besopasnosti SSSR (Komitee für Staatssicherheit der UdSSR)
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (e.V.) in Berlin-West
LDP(D)	Liberal-Demokratische Partei (Deutschlands)
LStU	Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheits-
diens-	tes der ehemaligen DDR
Mdl	Ministerium des Inneren der DDR
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerstwo gosudarstwennoj besopasnosti SSSR (Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR)
MWD	Ministerstwo wnutrennich del SSSR (Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR)
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NKWD	Narodny komissariat wnutrennich del SSSR (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR; ab 1946: MWD)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RKM	Rotes Kreuz Moskau (Allianz der sowjetischen Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond)
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungs-Zone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontroll-Kommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMASaA	Sowjetische Militäradministration für Sachsen-Anhalt
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSD	Staatssicherheitsdienst (Bezeichnung in Westdeutschland)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VVB	Verwaltung Volkseigener Betriebe
ZK	Zentralkomitee

Kontaktadressen

Weitere Informationen zu den historischen Ereignissen und Umständen können Sie dem Band „Erschossen in Moskau ...“ oder der Homepage von Facts & Files entnehmen.

Für Anmerkungen, Korrekturen und zusätzliche Hinweise wenden Sie sich bitte an unser Institut. Die Autoren sind dankbar für alle Informationen, die helfen, das Schicksal der Opfer des Stalinismus genauer zu beschreiben. Daher bitten wir Angehörige, Freunde oder Mithäftlinge, uns ihre Erinnerungen mitzuteilen und uns Fotos und Kopien von Dokumenten zu überlassen.

Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin
Pestalozzistraße 38 · 13187 Berlin
Telefon: 030 /48 09 86 20 · Fax: 030 /48 09 86 29
E-Mail: rudolph@factsandfiles.com
Internet: www.factsandfiles.com

Bei weiterreichenden Fragen bieten auch die beteiligten Partner des internationalen Forschungsprojektes ihre Unterstützung an:

Memorial Internationale Gesellschaft für Historische Aufklärung,
Menschenrechte und soziale Fürsorge
Mal'yi Karetnyi Pereulok 12 · 127051 Moskau
Telefon: +7095 /2 09 78 83 · Fax: +7095 /9 73 20 94
E-Mail: zhemkova@memo.ru · Internet: www.memo.ru

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Otto-Braun-Straße 70–72 · 10178 Berlin
Telefon: 030 /23 24 72 00 · Fax: 030 /23 24 72 10
E-Mail: buero@stiftung-aufarbeitung.de
Internet: www.stiftung-aufarbeitung.de

Betroffene Familienangehörige und Mithäftlinge können beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in München weitere Informationen zur Schicksalsklärung erhalten oder dort hinterlassen. Mit Hilfe eines Bescheides vom DRK ist es möglich, eine Sterbeurkunde ausstellen zu lassen.

Deutsches Rotes Kreuz – Suchdienst München
Chiemgaustraße 109 · 81549 München
Telefon: 089 /6 80 77 30 · Fax: 089 /68 07 45 92
E-Mail: info@drk-suchdienst.org
Internet: www.drk-suchdienst.org

Über das Auswärtige Amt können durch die Angehörigen Rehabilitationsurkunden bei der russischen Militärstaatsanwaltschaft beantragt werden; diese sind u.a. für die Einsicht der MGB-Akten beim Russischen Geheimdienst FSB notwendig. Hierfür sind dem Antrag an das Amt möglichst Kopien von Geburtsurkunden oder Ausweisen beizufügen, aus denen der Verwandtschaftsbezug zwischen Antragsteller und Opfer erkennbar ist.

Auswärtiges Amt
Ref. 506-12 · 11013 Berlin
E-Mail: 506-12@auswaertiges-amt.de
Internet: www.auswaertiges-amt.de

Für Fragen zur Rehabilitation, Entschädigung und Rentenleistungen in Deutschland wenden Sie sich an den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mit der Bitte um Beratung.

Landesbeauftragter für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
Klewitzstraße 4
39112 Magdeburg
Telefon: 0391 /567 50 51 · Fax: 0391 /567 50 60
E-Mail: poststelle.lstu@mjl.sa-net.de

Da das MfS seit Anfang 1950 in die Verfolgung der SMT-Opfer eingebunden war, können bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen durch nahe Angehörige oder Forscher Anträge auf Klärung des Schicksals gestellt werden. Hierzu sind alle vorliegenden biografischen Daten und die Umstände der Verhaftung und späteren Verfolgung wie zum Beispiel der Ort der Inhaftierung, die Namen von Mithäftlingen oder Verhöre von Ehefrauen mitzuteilen. Auch diesem Antrag sind möglichst Kopien von Geburtsurkunden oder Ausweisen beizufügen, aus denen der Verwandtschaftsbezug zwischen Antragsteller und Opfer erkennbar ist.

BStU Zentralstelle Berlin

Otto-Braun-Straße 70/72 · 10178 Berlin

Telefon: 030 /23 24 50 · Fax: 030 /23 24 77 99

E-Mail: post@bstu.bund.de

Internet: www.bstu.bund.de

BStU Außenstelle Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 4 · 39116 Magdeburg

Telefon: 0391 /62 710 · Fax: 0391 /62 71 22 19

E-Mail: astmagdeburg@bstu.bund.de

BStU Außenstelle Halle/Saale

Blücherstraße 2 · 06122 Halle/Saale

Telefon: 0345 /61 410 · Fax: 0345 /61 41 27 19

E-Mail: asthalle@bstu.bund.de